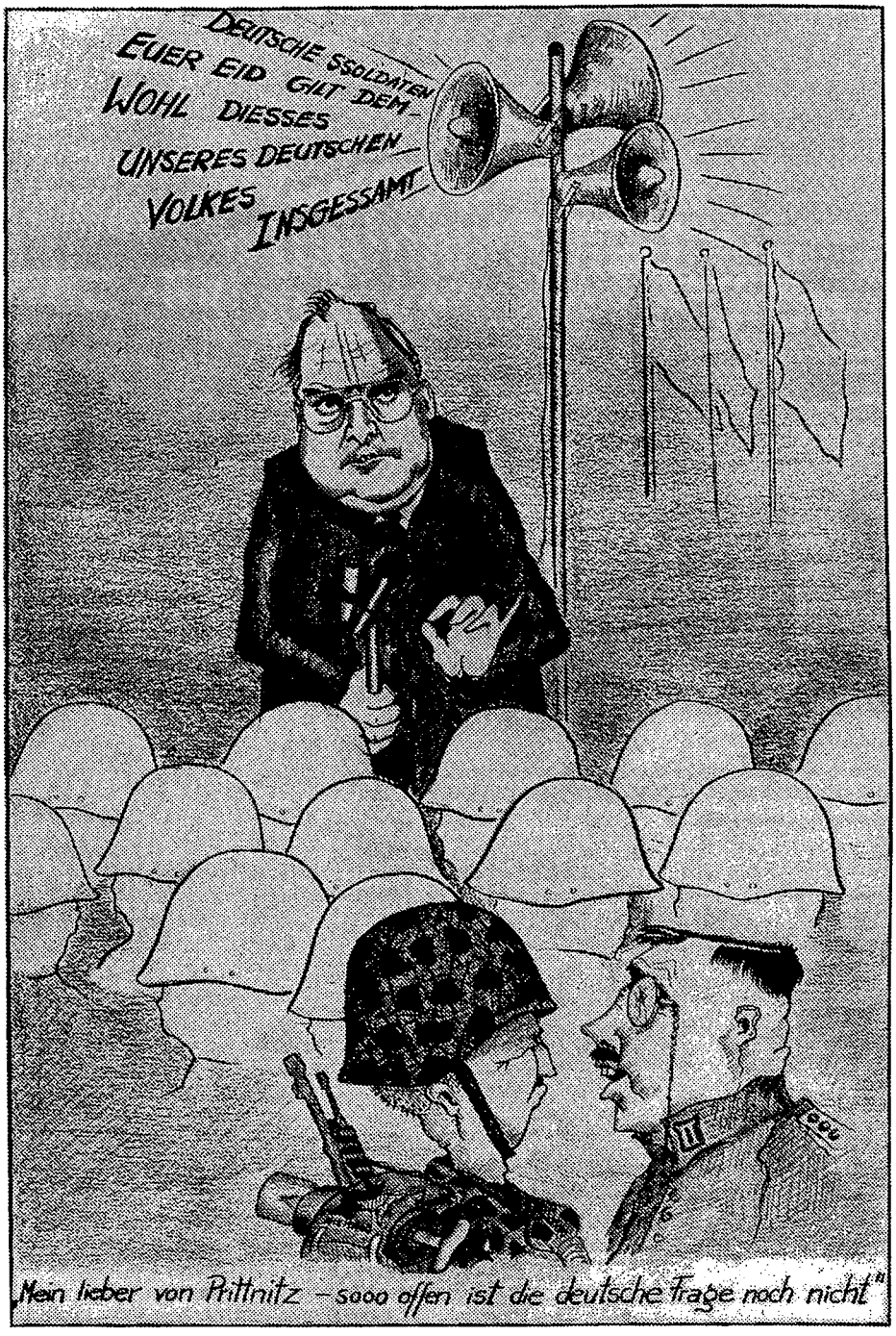
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

23. April 1983
Jg. 4 Nr. 8

G 7756 D

Preis: 2,50



1. Mai: Lohnsenkung, Rationalisierung, Versicherungskürzungen – DGB-Aufruf zwischen Friedensangebot und Kapitulation Seite 3

Mittelstandsförderung: Halbierung der Erbschaftssteuer und andere Wohltaten für die Finanzbourgeois Seite 8

Großbritannien: Widerstand der Automobilarbeiter gegen weitreichende Kapitalistenpläne Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt *8/1983*

1. Mai: Lohnsenkung, Rationalisierung, Versicherungskürzungen – DGB-Aufruf zwischen Friedensangebot und Kapitulation ..... Seite 3

Öffentlicher Dienst: Der Verhandlungsweg kann nur in eine böse Sackgasse führen ..... Seite 4

Gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften durch die türkische Militärjunta ..... Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Lohnabschluß Chemie: „Durchbruch" – zu weiteren Lohnsenkungen? ..... Seite 7

Fernverkehr: Kapitalisten verschleppen neuen Manteltarif ..... Seite 7

Mittelstandsförderung: Halbierung der Erbschaftssteuer und andere Wohltaten für die Finanzbourgeois ..... Seite 8

VDS-MV: Keine Festlegungen gegen Regierungspolitik ..... Seite 9

Volkszählung: Gesetz geöffnet für Verschärfungen ..... Seite 9

Ostermarsch 1983: Ohne Kritik des Chauvinismus wenig Aussicht auf Erfolg ..... Seite 10

Italien: Justizterror gegen Revolutionäre ..... Seite 11

Hochwasser: Kein Geld für Sicherung gegen Überflutung ..... Seite 12

„17. Juni": Revanchistische, großdeutsche Propaganda und ideologische Kriegsvorbereitung sollen sich nicht ungehindert entfalten! ..... Seite 13

„Die Heimatvertriebenen". Propagandalügen für einen erneuten Angriffskrieg ..... Seite 14

Am sogenannten Volksaufstand „17. Juni" waren die BRD-Imperialisten maßgeblich beteiligt ..... Seite 16

Gemeinsame Erklärung der Zentralen Komitees von BWK und KPD zum „17. Juni" ..... Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Lehrplanrevision: Von der Tendenzwende zur Ausrichtung auf Regierungspolitik ..... Seite 19

Versicherungsgewerbe: Gehaltstarife und Rationalisierungsschutz ..... Seite 19

Krankenhäuser: CDU greift Beschäftigte in der öffentlichen Gesundheitsversorgung an ..... Seite 20

FAG Kugelfischer: Streichung nichttarifierter Lohnanteile ..... Seite 21

Madsack: Einführung eines Integrierten Satzsystems ... Seite 21

Berufsgenossenschaft Chemie: Die häufigste Berufskrankheit ist die Lärmschwerhörigkeit ..... Seite 22

Negativliste gegen Versicherungsschutz ..... Seite 23

Rückkehrförderung: „Beratungs"stelle zwecks Abschiebung von Türken ..... Seite 23

Beamtenrecht: Strategie der CSU ..... Seite 23

Dachau: Ausstellung „Die Stadt und das Lager" ..... Seite 24

Gewerkschaft der Polizei: Veranstaltung: „Polizei und Datenschutz" ..... Seite 24

Lohnrahmentarifvertrag II: Die Gewerkschaft IG Metall will mehr Einfluß auf Arbeitsorganisation und Arbeitsablauf ..... Seite 25

Die Metallkapitalisten wollen verhandeln: aber nur über Almosen ..... Seite 26

Stichwort: Lohnrahmentarifvertrag ..... Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Zimbabwe: Das südafrikanische Siedlerregime führt Terroraktionen durch ..... Seite 29

Brasilien: Demonstrationen von Arbeitslosen ..... Seite 29

Indien: Textilarbeiterstreik in entscheidender Phase .... Seite 30

Nicaragua: US-Umsturzpläne diplomatisch isoliert ..... Seite 30

USA: Neue Gesetze gegen „illegale" Einwanderer ..... Seite 31

Portugal: Eisenbahnerstreik – eine Provokation? ..... Seite 31

Großbritannien: Widerstand der Automobilarbeiter gegen weitreichende Kapitalistenpläne ..... Seite 32

Thatcher verlangt viktorianische Tugenden von den britischen Arbeitern ..... Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

„Tootsie": Gewohntes aus Hollywood: „Das Weib sei dem Manne untertan" ..... Seite 34

„Aktion wider den undeutschen Geist" ..... Seite 34

Deutsche Chronik 1933 bis 1945 ..... Seite 34

Enthüllungen eines „Republikflüchtlings" ..... Seite 35

Institut für Auslandsbeziehungen: Mit Kulturarbeit Expansion vorbereiten und absichern ..... Seite 35

„Dauernde Befriedung Europas": Deutscheuropa-Strategie, NATO und Westeuropäische Union (II) ..... Seite 36

Fotografie ..... Seite 37

Effektivlohnentwicklung 1980 – 1982 in der Investitionsgüterindustrie ..... Seite 38

WSI des DGB zur Tarif- und Effektivverdienstentwicklung ..... Seite 39

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrike Kirchhof; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

1. Mai

Lohnsenkung, Rationalisierung, Versicherungskürzungen – DGB-Aufruf zwischen Friedensangebot und Kapitulation

Nach dem Metallabschluß steht der Kurswert gewerkschaftlicher Äußerungen in der bürgerlichen Öffentlichkeit so niedrig wie selten. Man kann dem DGB nicht mangelnden Fleiß vorwerfen, er verschickt Stellungnahmen zu x-erlei Sachen. Aber nichts dringt durch. Wieso auch? Die große IG Metall hat 3,2% genommen. Und wenn das Angebot auch einige Wochen zwischen den Tarifkomissionen hin und hergeschoben werden mußte, bis sich eine fand, die den Dreck zu schlucken bereit war, so steht doch fest: die IG Metall scheute sich, irgendwas zu unternehmen, was ihr irgendwer als beschäftigungspolitisch schädlich hätte anlasten können. Die IG Metall hat nun zum wiederholten Mal darauf verzichtet, den Reallohn zu verteidigen. Kein Wunder, daß man in der bürgerlichen Öffentlichkeit die Ersuchen des DGB nicht mehr der Rede für wert hält und Blüm sich von christlichen Spaltergewerkschaften als Maikundgebungsredner einladen läßt, ohne sich um seine IG Metall-Mitgliedschaft zu sorgen.

Kundgebung von 10000 Arbeitern und Angestellten von Daimler-Benz Sindelfingen Anfang März gegen die Lohnsenkungspläne der Kapitalisten.

Die Parteispezialisten für Arbeiterfragen allerdings verfahren nicht gar so grobschlächtig. Die SPD Bundestagsfraktion ersuchte zum Beispiel den Bundeskanzler Kohl, seine Regierungserklärung nicht wie vorgesehen vor dem 1. Mai, sondern erst einige Tage danach abzugeben. Sie wollten auf alle Fälle vermeiden, bei den geplanten Maireden direkt auf die nächsten Vorhaben der Regierung eingehen und enthüllen zu müssen, was sie dagegen alles nicht zu tun vorhaben. Das hätte zu einem Vertrauensverlust der organisierten Arbeiterbewegung in die SPD führen können. So hatte dann Kohl, der nicht so sehr der SPD als vielmehr direkt den Arbeitern schaden will, ein Einsehen. Die Folge ist: Dieser 1. Mai wird sich nicht als Ausgangspunkt einer Kritikbewegung an der Politik des Deutschen Bundestags entwickeln können; obwohl Stoff genug da wäre, bleibt doch vieles im Unbestimmten, bis die Regierungserklärung da ist. Vielmehr wird der Bundestag ausschwärmen und nach dieser Manifestation in aller Ruhe und der gebotenen Vorsicht, gänzlich frei vom Druck der Straße, erörtern können, wie man zum Nutzen des deutschen Volkes noch mehr aus den Arbeitern in der BRD herausholen kann.

Nun ist es ja nicht so, daß kein Mensch wissen könnte, was in ungefähr in der Regierungserklärung stehen wird. Die großen Linien sind festgelegt. Die Regierungskoalition wird alle, die sich für was besseres als einen gewöhnlichen Arbeiter halten, hofieren. Sie wird versuchen, alle von der Arbeiterbewegung erreichten Solidarverpflichtungen als eine ebensolche Vielzahl von unzulässigen Belastungen des Tüchtigen durch weniger Tüchtige hinzustellen, und diese schwere Last zu mäßigen versprechen. Sie wird die am meisten geplagten der kapitalistischen Gesellschaft als Objekt christlichen Mitleids bloßstellen. Sie wird die Krisenfurcht etwas besser gestellter Bevölkerungsteile benützen, um diese durch ordnungs- und sicherheitspolitische Versprechungen an sich zu binden. Das war bis jetzt ihre Linie und sie war damit erfolgreich.

Man kann nicht behaupten, daß diese Politik nicht auf Widerspruch der organisierten Arbeiterbewegung gestoßen wäre. Dennoch erkennen viele nicht, daß diese Politik darauf zielt, die Grundfesten gewerkschaftlicher Widerstandskraft zu erschüttern. Die Widerstandskraft der Arbeiterbewegung beruht auf ihrer Solidarität. Die Solidarität der Arbeiterbewegung ist was anderes als billiges Mitleid. Fast jedem ist klar, daß zwar der einzelne Lohnabhängige sich durch Buckeln bei den Kapitalisten ein bißchen besser stellen kann, die Lage der Arbeiter aber dadurch so weit sinkt, daß letztlich keiner mehr was davon hat. Deswegen schneidet man im Betrieb einen solchen und versucht, ihm Sitten zu lehren. Deswegen erlaubt die organisierte Arbeiterbewegung z.B. nicht, daß untertariflich eingestellt wird. Deswegen tritt sie für gesetzlichen Versicherungszwang ein. Das engt die Freiheit des Individuums ein, die der bürgerlichen Gesellschaft heilig ist, ist jedoch die Grundvoraussetzung dafür, daß in der bürgerlichen Gesellschaft Individuen, die Arbeiter sind, von den bürgerlichen Freiheiten überhaupt was haben.

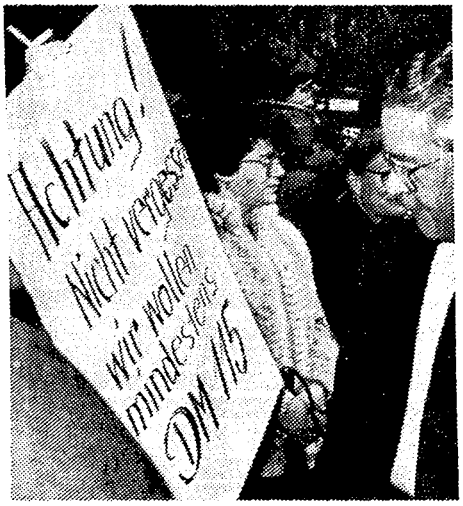
Deswegen ist die Politik der Regierung bei so vielen verhaßt, und deswegen ist diese Politik aber auch so gefährlich: Je mehr Schranken gegen diese Konkurrenz entfernt werden, um so schwerer fällt deren Überwindung in jedem einzelnen Fall. So kann man sich auf der bürgerlichen Seite zwar keinen kompletten Erfolg, aber doch eine sehr beachtliche Schwächung der Widerstandskraft der Arbeiterbewegung erwarten; zu einem gewissen Grad ist eine solche Schwächung auch schon spürbar. In seinem Maiaufruf z.B. zeigt der DGB den doch vielen Hunderttausend, die gegen die sog. „Sparpolitik" demonstriert haben, eine kalte Schulter. Ihre Forderungen finden nicht einmal Erwähnung. Stattdessen veröffentlichte der DGB ein Dokument, aus dem entweder Panik angesichts des wachsenden CDU/CSU/FDP-Anhanges spricht oder die Absicht, der Arbeiterbewegung zu schaden. Der Aufruf ist in drei Abschnitte gegliedert.

Im ersten Abschnitt stellt der DGB die Gefahren dar, die aus der Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit erwachsen wären und heute wiederum aus ihr erwachsen könnten:

„Die Ausschaltung der Gewerkschaften besiegelte das Ende der ersten deutschen Republik. Der direkte Weg in die Katastrophe begann. Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit und heute lehrt: Arbeit für alle ist eine für jeden Arbeitnehmer wie für den Staat und die Gesellschaft wichtige Forderung. Arbeit ist mehr als die Sicherung des Lebensunterhaltes. Länger oder gar dauernd Arbeitslose haben keine Perspektive mehr. Für sie verliert das Leben seinen Sinn. Die Folge kann sein, daß die Betroffenen am demokratischen Staat verzweifeln und anfällig werden für die Ideen von Demagogen. Dem Recht auf Arbeit und Ausbildung muß Geltung verschafft werden!"

Man droht also. Wem womit? Nun, denen, die Arbeit zu vergeben haben und deswegen Arbeitgeber heißen, mit dem „Weg in die Katastrophe". Man droht den Erfindern des Faschismus mit dessen Folgen, die für *sie* doch so schlimm gar nicht waren.

Man liefert eine Definition vom „Sinn des Lebens". Der geht mit dauernder Arbeitslosigkeit verloren. Über einem so schlimmen Verlust muß dann freilich zurücktreten, daß vor allem die Sicherung des Lebensunterhalts verliert, wer länger arbeitslos ist. So gesehen steht die abschließende Warnung vor Demagogen schon an der richtigen Stelle, wenn sie auch an die falsche Adresse gerichtet ist.



In keinem Tarifbezirk hat die IG Metall mit den diesjährigen Abschlüssen Mindestforderungen durchgesetzt.

Im zweiten Abschnitt legt der DGB dar, warum er für die Verkürzung der Arbeitszeit ist:

„Die Arbeitszeit muß verkürzt werden. 35-Stunden-Woche, zusätzliche Freischichten, mehr bezahlte Pausen, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit stehen weiterhin im Mittelpunkt unserer Tarifpolitik und unserer Forderungen an den Gesetzgeber. Ohne eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit gibt es keine Chance zu Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung."

Wieso tritt an die Stelle von konkreten Feststellungen wie: 40 Stunden die Woche sind beim erreichten Stand der Arbeitsintensität zu lange! Oder: Schichtarbeit ist so anstrengend, daß mehr Freischichten her müssen! Oder: der Akkord ist so hochgeschraubt, daß bezahlte Pausen eingeschoben werden müssen! Oder: Die Arbeiter können die Arbeit nicht mehr bis zum 65. Lebensjahr aushalten!, wieso tritt an die Stelle einfacher und wahrer Feststellung das geschraubte Geschwafel von der „Umverteilung der vorhandenen Arbeit"?

Aus den Veröffentlichungen der Kapitalisten entnimmt man, daß sie eine Arbeitszeitverkürzung zugestehen würden, wenn ihnen unbenommen bleibt, Überstunden arbeiten zu lassen, sobald es ihnen paßt, Schichten zu fahren, wie es ihnen paßt, kurzum arbeiten zu lassen, wann es ihnen paßt und zu den Preisen, zu denen ihnen das paßt. Die Kapitalisten streben nach zeitlich unbegrenzter Verfügbarkeit menschlicher Arbeitskraft. Sie sehen darüberhinaus die Möglichkeit, schubartig die Arbeitsintensität zu steigen. Der DGB meint, diesen Plänen in keiner Weise in die Quere kommen zu dürfen, weil das eine (vermutete) Kompromißbereitschaft in Sachen tariflicher Arbeitszeitfestsetzung gefährden könne. Deswegen nennt der DGB eine Revision der gesetzlichen Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 in diesem Maiaufruf nicht als Ziel.

Öffentlicher Dienst: Der Verhandlungsweg kann nur in eine böse Sackgasse führen

Entgegen allen Pressemeldungen ist nicht richtig, daß im öffentlichen Dienst ein konkretes Angebot auf dem Tisch liegt. Das, was Zimmermann geboten hat, ist an die Bedingung geknüpft, vor dem Abschluß eines neuen Lohntarifvertrages die Frage der sogenannten Zusatzversorgung zu lösen.

Weder tarifvertragliche Regelungen, noch gesetzliche Regelungen der Zusatzversorgung sind ausgelaufen, wohl aber ist der Lohntarifvertrag seit dem 28. Februar ausgelaufen und herrscht seit dem 1. März tarifloser Zustand im öffentlichen Dienst. Es besteht überhaupt keine rechtliche Grundlage, daß sich die Gewerkschaften Verhandlungen über die Zusatzversorgung aufzwingen lassen, bevor nicht über die Lohnerhöhung entschieden ist. Wenn die Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Frau Dr. Monika Wulf-Mathies, dennoch Verhandlungsbereitschaft über die sogenannte Zusatzversorgung signalisiert, läßt das Böses befürchten.

Am Tage der Verhandlungen über die Lohn- und Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst läßt Bundesarbeitsminister Blüm verlautbaren, daß er zu Beginn des kommenden Jahres einen Gesetzentwurf für eine langfristig sichere Rentenformel vorlegen will. Mit dieser Reform will die Bundesregierung auf eine drastische Senkung der Renten hinaus. Doch die Rentensenkung wird behindert durch das spezielle System der Altersversorgung im öffentlichen Dienst. Durch die Kombination von gesetzlicher Rentenversicherung und Zusatzversorgung würde die Senkung der Altersversorgung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gemildert, d.h. die Höhe der Altersversorgung zwischen den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und den anderen Rentenversicherten würde auseinanderklaffen, die Rentensenkung insgesamt politisch viel schwieriger durchzusetzen sein.

Deshalb will Zimmermann die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nötigen, einer Begrenzung der Gesamtaltersversorgung auf 90% des letzten Nettoeinkommens zuzustimmen, indem er ohne diese Zustimmung ein Angebot für die Lohnerhöhung verweigert. Es wäre fatal, wenn die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für ein paar Zehntelprozent Lohnerhöhung die Zusatzversorgung, diese Stütze für die allgemeine Rentenhöhe, fallenlassen würden. Die DAG hat erklärt, daß sie keine Veranlassung sieht, vor einem Lohnabschluß über die Zusatzversorgung zu verhandeln. Es wird gut sein, wenn die ÖTV-Mitglieder ihren Hauptvorstand darauf hinweisen, daß es nicht gut sein kann, hinter die Position dieser Standesorganisation zurückzufallen.

Der Verlauf der zweiten Verhandlungsrunde hat gezeigt, daß das Lohndiktat von 2% nicht auf dem Verhandlungswege, auch nicht durch ein fatales Schachern mit der Zusatzversorgung, gebrochen werden kann. März, April, Mai, Juni keine Erhöhung, ab Juli 2%, wobei über die Laufzeit noch gar nicht gesprochen wurde, das ergibt im besten Falle 1,5% Erhöhung auf zwölf Monate gerechnet. Sich zu der Mindestforderung von 110 DM zu äußern, sah sich Zimmermann erst gar nicht veran-

Im dritten Abschnitt handelt der DGB von den Segnungen der Mitbestimmung.

„Unser Ziel bleibt die umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine demokratische Ordnung ist erst gefestigt, wenn die Arbeitnehmer ihren Einfluß nicht nur als Staatsbürger und Wähler ausüben können, sondern auch in der Wirtschaft gleichberechtigt sind. Wer von den Arbeitnehmern Verantwortung verlangt, darf ihnen die Mitbestimmung nicht verweigern!"

Seit wann verlangt die bürgerliche Gesellschaft von den Arbeitern „Verantwortung"? Sie verlangt Arbeitsleistung und Gehorsam. Wenn von Verantwortung die Rede ist, dann z.B. von „der Verantwortung der Tarifparteien". In dieser Passage steckt ein Angebot des DGB: sich als Arbeiteraufsichtsorganisation gebrauchen zu lassen, so man Mitbestimmung gewähre.

Das in diesem Maiaufruf enthaltene Gedankengut ist nicht neu. Aber die Regierung ist neu und ihre politischen Absichten sind erkennbar und ohne Umschweife arbeiterfeindlich. Nicht einmal diese Erkenntnis wollen gewisse Gewerkschaftspolitiker in der DGB-Propaganda zur Verbreitung zulassen. Der Verlauf der Maiveranstaltungen wird zeigen, wie weit ihr Einfluß reicht.

Quellenhinweis: Gewerkschafter, Metall, BDI-Informationen, DGB-Nachrichtendienst

laßt. Die Frankfurter Rundschau spekuliert über den weiteren Verlauf: „Unter dem Strich dürfte deshalb ein ähnlicher ‚Abschlag' von einem halben Prozent gegenüber den Abschlüssen in der Privatwirtschaft wie im vergangenen Jahr ... das höchste der Kompromißgefühle für die erste deutsche Gewerkschaftschefin sein, sofern ihr Zimmermann dafür bei den unteren Lohngruppen entgegenkommt". So idyllisch wird diese Tarifbewegung sicherlich nicht verlaufen. Zimmermann hat keine Gelegenheit ausgelassen, sich gegen eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen auszusprechen. Deshalb steht die Frage, entweder entscheidet sich die Gewerkschaft für die Urabstimmung für Streik oder das im Besoldungsgesetz 1983 vorgezeichnete Lohndiktat wird gegen alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ohne Abstriche durchgesetzt. Eine Urabstimmung im öffentlichen Dienst würde die Unterstützung von vielen gerade auch aus der Metallindustrie finden, die wünschen, daß auch in der Metallindustrie die Lohnbewegung 1983 nicht beendet ist.

Quellenhinweis: Frankfurter Rundschau vom 15.4.83; verschiedene Tageszeitungen vom 15.4.83.

Gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften durch die türkische Militärjunta

Der frühere ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker hat im Namen des Vorstands der Internationale der öffentlichen Dienste (IÖD) dazu aufgerufen, zum 1. Mai 1983 Postkarten an den Juntachef der Türkei, Evren, zu schicken. Ziele dabei sind: „1. Viele einzelne Gewerkschafter in aller Welt sollen an die derzeitigen Machthaber in der Türkei appellieren, die von ihnen inhaftierten Gewerkschafter sofort freizulassen. 2. Die Gewerkschaften werden gebeten, in Zusammenarbeit mit der IÖD die solidarische Hilfe für die Angehörigen von Gewerkschaftern fortzusetzen, die Opfer politischer Verfolgung und Unterdrückung in der Türkei geworden sind. 3. Viele einzelne Gewerkschafter in aller Welt sollen die an die derzeitigen Machthaber in der Türkei gerichtete Forderung unterstützen, unverzüglich die vollen Gewerkschaftsfreiheiten wiederherzustellen ..." Gleichzeitig sollen Postkarten an den unter Anklage stehenden Vorsitzenden des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK, Abdullah Bastürk, geschickt werden, zum Zeichen der Unterstützung des Kampfes der türkischen Gewerkschafter. Ein wichtiger Punkt in der Erklärung Heinz Klunckers ist die Kritik der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Militärjunta durch die westlichen Regierungen.

Die Erklärung richtet sich auch gegen den Entwurf für ein neues Gewerkschaftsgesetz und ein Gesetz über Tarifvertragswesen, die die Militärjunta im Februar 1983 vorgelegt hat. Beide Gesetze beseitigen die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht der türkischen Lohnabhängigen praktisch vollständig.

Kernstück des neuen Gewerkschaftsgesetzes sollen sein: Verboten sind Streiks mit politischen Zielen, Solidaritätsstreiks, Generalstreiks, Besetzungen von Unternehmen, spontane Arbeitsniederlegungen, Langsamarbeit. Die Gewerkschaften sind für den Schaden verantwortlich, der einem Unternehmen durch Streik entsteht. Die Verwaltung und die Finanzen der Gewerkschaften werden jährlich durch das Finanz- und Arbeitsministerium geprüft, Organwahlen werden unter Aufsicht eines Richters durchgeführt und der Personenkreis, der sich nicht gewerkschaftlich organisieren darf, wird erweitert: höhere Angestellte, Arbeitnehmer in religiösen Betrieben sowie alle Beamten (in der Türkei sind Beamte nicht nur in Öffentlichen Verwaltungen tätig, sondern auch in staatlichen Produktionsbetrieben, die ca. ein Drittel der gesamten Produktion ausmachen).

Sogar die regierungstreue Gewerkschaft Türk-Is, einzige von der Junta erlaubte Gewerkschaft, hat u.a. gegen den neuen Gesetzentwurf eingewandt, daß er den Gebrauch des Streikrechts erschwert, der Regierung zuviel Einfluß auf die Gewerkschaften läßt und insgesamt den Forderungen der Kapitalisten auf Einschränkung der Arbeiterrechte und Freiheiten nachgibt.

Zusätzlich zu dieser Aufhebung der Organisations- und Streikrechte hat die Militärjunta nun auch den lange bekämpften Entwurf zur Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten vorgelegt, die u.a. alle Vergehen, die das Tarif- und Streikrecht betreffen, verfolgen sollen.

Quellenhinweis: ÖTV-Magazin April 1983; verschiedene Türkei-Infodienste

Mai 1980: Arbeiterinnen einer Textilfabrik bei Edirne am 99. Streiktag

Kommunique der Zentralen Komitees von BWK und KPD

1. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD, die auf einer gemeinsamen Sitzung die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 beschlossen hatten, trafen sich am 16. April erneut zu einer gemeinsamen Sitzung, um den Wahlausgang und die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zu erörtern.

2. Die gemeinsame Wahlkommission von BWK und KPD hat sofort nach dem 6. März in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 Stellung genommen. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD stimmen den dort getroffenen Einschätzungen zu.

3. Darüberhinaus stellen die Zentralen Komitees von BWK und KPD fest: Der politische Anspruch, mit dem BWK und KPD mit dem Bündnis revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl angetreten sind, kann seine Glaubwürdigkeit nur behalten, wenn BWK und KPD ernsthaft prüfen, wie auch über den 6. März hinaus die Möglichkeit besteht, die politischen Aufgaben, die sich das Bündnis in seiner Wahlplattform gestellt hat, gemeinsam zu lösen.

4. Das Bündnis revolutionärer Sozialisten wollte einen Beitrag zur Frontbildung gegen die Reaktion leisten. Der Wahlausgang hat die Notwendigkeit einer solchen Frontbildung nur noch dringlicher gemacht. BWK und KPD sehen hier nicht nur eine besondere Notwendigkeit, sondern auch die realistische Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit:

a. In der gemeinsamen Erörterung der politischen Fragestellungen, die im Hinblick auf die Frontbildung gegen die Reaktion unter den gegebenen politischen Verhältnissen existieren und von den revolutionären Sozialisten beantwortet werden müssen. Vordringlich erscheint uns hier die Erarbeitung einer korrekten Einschätzung der gegenwärtigen Rolle der SPD in Fortführung dessen, was dazu in der Wahlplattform bereits festgestellt worden ist.

b. In der verstärkten praktischen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Reaktion. Hier existiert bereits insofern eine gemeinsame Tätigkeit von BWK und KPD, als beide Organisationen die Volksfront unterstützen. Der Wahlausgang unterstreicht die Notwendigkeit, dies unbedingt fortzusetzen.

5. Die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl 1983 hat bewiesen, daß heute eine Zusammenarbeit revolutionärer Sozialisten – über konkrete Aktionseinheiten hinaus – möglich ist:

a. Indem BWK und KPD – wie die gemeinsame Wahlplattform zeigt – trotz bestehender Differenzen doch in wesentlichen Fragen der Strategie und Taktik gemeinsame politische Aussagen treffen konnten, die – zumindest in ihrer Substanz – keinen Kompromiß darstellen, sondern der Programmatik von BWK und KPD entsprechen. (Z.B. betreff der Frontbildung gegen die Reaktion, betreff der Unterstützung des Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse, betreff einer revolutionären Kritik am Kapitalismus, betreff der Kritik an der Gesellschaftsordnung in den Ländern des Warschauer Pakts, betreff grundsätzlicher Aussagen über den Sozialismus.)

b. Indem BWK und KPD in der Lage waren, auf dieser Grundlage – zumindest in gewissem Umfang – eine gemeinsame Politik zu entwickeln, wie die drei gemeinsamen Wahlinfos zeigen, und auch gemeinsame Aktivitäten durchzuführen.

c. Dabei übersehen wir keineswegs, daß in vielen Fragen keine Übereinkunft gefunden, andere bisher noch gar nicht erörtert wurden.

6. Durch die Erfahrung des Bündnisses revolutionärer Sozialisten ist theoretisch und praktisch in Frage gestellt, ob die historisch gewachsene Konkurrenz der revolutionären sozialistischen Kräfte in der BRD tatsächlich politisch und ideologisch zwingend und damit auch im Interesse der Arbeiterklasse ist. Andersherum ausgedrückt: Muß man heute nicht ernsthaft fragen, ob tatsächlich für den Kampf um den Sozialismus *wesentliche* Bestandteile der Politik der verschiedenen revolutionären sozialistischen Kräfte die Einheit dieser Kräfte in einer Partei verhindern? Handelt es sich dabei nicht vielleicht um Differenzen, die zwar durchaus bedeutsam sind, der Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei aber keineswegs entgegenstehen?

Die Zentralen Komitees von BWK und KPD sind bereit, die Frage, ob die Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei möglich ist, ernsthaft zu prüfen. BWK und KPD sind unbedingt dafür, das mit möglichst vielen revolutionären sozialistischen Kräften gemeinsam zu tun.

Um eine Verbesserung ihrer Arbeit auf Grundlage ihrer jeweiligen Programmatik zu erreichen, vereinbaren die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) was folgt:

a. Die Zentralen Komitees von KPD und BWK führen in halbjährlichem Abstand gemeinsame Beratungen durch.

Zeitpunkt und Tagesordnung der je nächstfolgenden Beratung werden von der gemeinsamen Versammlung beschlossen.

Eine Erweiterung der Tagesordnung oder eine Veränderung des Zeitpunktes kann einvernehmlich zwischen den ZKs von KPD und BWK beschlossen werden.

b. Zum Zwecke der Vorbereitung der Tagesordnung bildet die gemeinsame Versammlung Projektgruppen. Die Arbeitsergebnisse dieser Projektgruppen sollen den Mitgliedern der ZKs spätestens 14 Tage vor der gemeinsamen Sitzung zugehen.

c. Die Leitung der gemeinsamen Beratung obliegt einem Präsidium. Das Präsidium der gemeinsamen Beratung

– nimmt zwischen den Beratungen die Ergebnisse der Projektgruppen entgegen
– stellt bei Änderungswünschen hinsichtlich Termin und Tagesordnung die Einvernehmlichkeit zwischen beiden Parteien fest
– regelt die Frage der Veröffentlichung der Ergebnisse der je gewesenen Versammlung
– berichtet über die Ergebnisse der vereinbarten gemeinsamen Tätigkeit der Parteien.

d. Die gemeinsame Versammlung hält für denkbar, daß an ihren Beratungen Gäste teilnehmen. Sie beauftragt ihr Präsidium zu prüfen, ob seitens von Organisationen des revolutionären Sozialismus ein solcher Wunsch besteht.

e. Für die nächste gemeinsame Versammlung beschließt sie als Termin den Herbst 1983 und zur Tagesordnung die Punkte, die folgen:

– Themenschwerpunkte für die geplante theoretische Zeitschrift im Hinblick auf die Klärung wesentlicher programmatischer Fragen unter Rücksicht auf die von den jeweiligen Organisationen bereits gesetzten Schwerpunkte der theoretischen Arbeit.
– Erörterung einer gemeinsamen Erklärung zu der Aufgabenstellung im gewerkschaftlichen Kampf (Lohnsenkung, Intensivierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit), wie sie im Herbst aktuell sein wird.
– Erörterung einer gemeinsamen Erklärung gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD in der gegenwärtigen Weltlage.

Köln, 16.4.1983

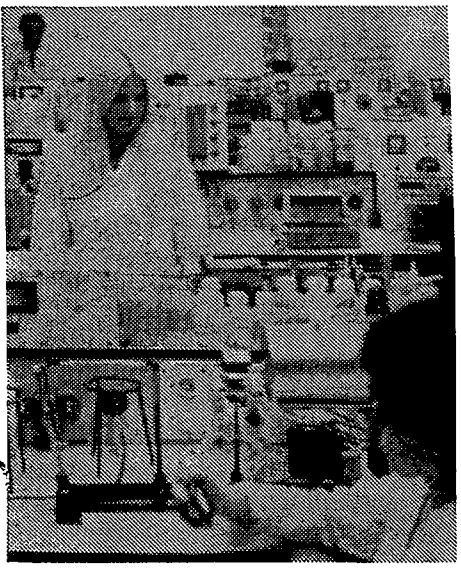
„Illegaler Nachrichtenaustausch"

Über die jüngste Maßnahme des Bundesgerichtshofes, die Isolationshaft politischer Gefangener zu verschärfen und jede Unterstützung der Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft zu kriminalisieren, hat die bürgerliche Presse den Mantel des Schweigens gelegt. Am 8.4.1983 hat der Bundesgerichtshof 31 Zellen von politischen Häftlingen und zahlreiche Wohnungen von Freunden und Verwandten durchsuchen lassen. Als Begründung wurde angegeben: „Verdacht des Vergehens nach § 129 a StGB" (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung). Die Richter sehen im Austausch *zensierter* Briefe zwischen den Gefangenen und solchen Leuten, die deren Forderung nach Zusammenlegung unterstützen, einen „illegalen Nachrichtenaustausch durch ein illegales Informationssystem". Inhalt der Briefe war, wie die vom damaligen Justizminister Schmude nach dem Tod von Sigurd Debus und nach dem Hungerstreik von politischen Gefangenen zugesagten „Hafterleichterungen" und Haftzusammenlegungen durchgesetzt werden können. In einer Presseerklärung schreiben Angehörige der Gefangenen: „Wir haben mit unseren Angehörigen und anderen Gefangenen aus der RAF briefliche Diskussionen geführt; wir haben die Briefe der Gefangenen auch an andere Inhaftierte und an unsere Bekannten geschickt. Das heißt, die ‚Schriftstücke', die das Bundeskriminalamt zum Anlaß genommen hat, sind Briefe, die wir über die Knastzensur erhalten haben. Sofern wir sie an andere Gefangene geschickt haben, sind sie auch dort wieder kontrolliert worden." Nach wie vor befänden sich Gefangene in Isolationshaft. „In der Situation ist es für die Inhaftierten lebenswichtig, daß ihnen zumindest die Möglichkeit bleibt, Briefe zu schreiben, mit ihren Schreiben Diskussionen einzuleiten oder in laufende Diskussionen einzugreifen, auch und gerade, wenn es darum geht, wie sie aus der Isolation herauskommen und in Gruppen zusammengelegt werden können. Selbst diese Diskussion, die seit Monaten ganz offen läuft, wird jetzt kriminalisiert und soll damit abgeschnitten werden. Was dahinter steht, ist das Ziel, die Gefangenen in ihrer Identität als politische Menschen zu zerstören."

Lohnabschluß Chemie

„Durchbruch" – zu weiteren Lohnsenkungen?

Der Tarifabschluß für die knapp 560000 Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie – 3,2% bei 14 Monaten Laufzeit, im ersten Monat Lohnpause, keine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen; ab 58 Jahren erhält jeder ab 1.9.1983 alle zwei Wochen eine vierstündige Freizeit bei vollem Lohnausgleich, ab 1.1.1987 wöchentlich – wird unterschiedlich bewertet: Während Teile der IG Chemie, Papier, Keramik, insbesondere ihr Vorsitzender Hermann Rappe, von einem „Durchbruch" sprechen, denn erstmals sei eine „Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer bei vollem Lohnausgleich" erreicht worden, reagieren die Kapitalistenverbände und die bürgerliche Öffentlichkeit mit tiefer Befriedigung. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BdA) spricht von einer „deutlichen Marke" auf dem Wege zur Kostenstabilisierung. Effekte für den Arbeitsmarkt seien nicht zu erwarten. „Die 40-stündige Arbeitswoche", so Esser, „bleibt für die ganz überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer unberührt. Sie gilt bis Ende 1987 weiter." Und der Arbeitgeberverband Chemie: „Damit haben wir einen Beitrag zur Entschärfung der allgemeinen Arbeitszeitdiskussion geleistet."



Laborarbeit bei BASF

Weshalb die Kapitalistenverbände diesen Abschluß zu Recht als Erfolg und „richtungweisend" werten, ist dem „Handelsblatt" zu entnehmen. „Umgerechnet auf 12 Monate hat diese Lohnerhöhung einen rechnerischen Wert von ca. 2,5% ... Von dieser Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich begünstigt sind etwa 50000 Beschäftigte oder rd. 8% ... Die theoretische zusätzliche Kostenbelastung daraus errechnet sich für 1983 mit etwa 0,3%, die in der Praxis jedoch weitgehend durch eine Produktivitätssteigerung aufgefangen werden."

Hinzufügen möchte man, daß allein durch die „Lohnpause" im ersten Monat die IG CPK nicht nur der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung erheblich entgegengekommen ist, sondern auch den Chemiekapitalisten ein unnötiges Geschenk von ca. 60 Millionen Mark dargeboten hat, das diese mit Kußhand zur Forcierung ihrer Kapitalexporte und Rationalisierungsinvestitionen nutzen werden. Ebenso, daß der „volle Lohnausgleich" für den sogenannten „Einstieg in die 35-Stunden-Woche" zum einen durch Reallohnsenkung für *alle* tariflich bezahlten Arbeiter und Angestellten „erkauft" wurde, wie Hermann Rappe selber erklärt. Dies wird sich niederschlagen in weiteren Einbrüchen der Reproduktion der Beschäftigten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Zum anderen, was sogar dem Kommentator der „Frankfurter Rundschau" auffällt: „Nirgends ist in dem Tarifwerk die Rede davon, wie Leistungsintensivierung und Überstunden begrenzt werden könnten." Da die Kapitalisten angekündigt haben, die Arbeitszeitverkürzung für die älteren Arbeiter und Angestellten kostenmäßig auszugleichen durch Intensivierung für noch nicht ausgelaugte Arbeitskräfte, wie auch der gesunkende Lohnstandard den Zwang zu Überstunden und Schichtarbeit verschärft, hat die Sicherung wesentlicher Flanken gegenüber der Verletzung des Normalarbeitstages durch die Kapitalisten in dem Abschluß keine Berücksichtigung gefunden.

Rappe (SPD-MdB) hatte seinen Gewerkschaftsvorsitz mit einem Grundsatzreferat vor der 3. Bundesarbeitstagung angetreten im Dezember 1982. Hierin sprach er sich für eine „nationale Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" aus. Dafür sei „zwischen allen politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen eine gesamtgesellschaftliche Verabredung zustande zu bringen". Daraus schließt Rappe, „daß wir unsere Tarifpolitik in den Dienst der Krisenbewältigung stellen müssen". Die Konsequenzen solcher staatstragender Ausführungen unter dem Punkt „Große Herausforderungen an die IG CPK in den nächsten Jahren": „... Tarifpolitik. Denn es wird harte Auseinandersetzungen geben, wenn es darum geht, zu einem gerechten Interessenausgleich zwischen den wirtschaftlichen Ansprüchen der Arbeitnehmer und dem notwendigen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu finden. Das wird auch im Hinblick auf die Solidarität der Arbeitnehmerschaft eine harte Bewährungsprobe für unsere Organisation werden." Rappe ist es selbst, der den Interessenausgleich zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse beschwört, gerade dadurch die „Solidarität der Arbeitnehmerschaft" gefährdet, indem er eine Kluft schafft zwischen „Arbeitsplatzbesitzern" und Arbeitslosen, anstatt durch Lohnkampf und Kampf gegen die Kürzung von Versicherungsleistungen die Konkurrenz zwischen den Verkäufern der Arbeitskraft einzuschränken.

Quellenhinweis: Das Presse-Echo zur Tarifvereinbarung Chemie, hrsg. Presseabteilung des HV der IG Chemie, 29.3.83

Fernverkehr

Kapitalisten verschleppen neuen Manteltarif

Seit dem 31.12.1982 ist der Manteltarif Fernverkehr (BMT) von der ÖTV gekündigt. Die Gewerkschaft stellt folgende Forderungen:

- ein gesetzliches und tarifvertragliches Be- und Entladeverbot für Fernfahrer,
- eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit,
- zehn freie Kalendertage im Monat,
- 30% Zuschlag für Nachtarbeit,
- fünf Tage Zusatzurlaub,
- erhöhte Spesen.

Gegenwärtig sind die Arbeitsbedingungen der Fernfahrer, so die ÖTV, „im höchsten Maße gesundheitsschädlich, familienfeindlich und unsozial". In der Regel sind Fernfahrer von Sonntagabend bis Samstagnachmittag unterwegs. Durch äußerst knappe Disponierung der An- und Ablieferungstermine sind Ruhe-, Pausen- und Schlafzeiten aufs unerträglichste begrenzt (2 ½ Stunden Schlaf in der Kabine sind keine Seltenheit). Wird dabei auch noch der Wagen von den Fahrern be- und entladen, so wirkt sich dies in der Länge der Ruhezeit und im Verschleiß aus. Der Fahrer braucht mehr Ruhepausen, hat aber weniger. Auf Grundlage der Übermüdung finden zahlreiche Unfälle statt. Haftbar ist zunächst der Fahrer.

Daher ist der Forderungskatalog auf über 100 Veranstaltungen mit Fernfahrern und durch Umfragen auf Parkplätzen und Grenzübergängen aufgestellt worden. Der Kapitalistenverband ließ bei der ersten Verhandlung am 25.2.83 erkennen, daß die Kapitalisten in diesem Jahr keinen Tarif abschlie-

ßen wollen. Bei den letzten BMT-Fernverkehr-Verhandlungen besaßen die Kapitalisten die Frechheit, den tariflosen Zustand vom 31.12.76 bis zum 25.11.79, also knapp drei Jahre, dauern zu lassen. Seitdem haben sich weitere 20000 Beschäftigte des Güter- und Möbelfernverkehrs in der ÖTV organisiert. In weit mehr als 100 Betrieben wurden trotz erheblicher Repressalien (Kündigungen der Wahlvorstände und Betriebsratskandidaten) erstmalig Betriebsräte gewählt.

Gegen die Verschleppung der Manteltarifverhandlungen durch den Kapitalistenverband führte die ÖTV am 17.3. und am 18.3. Aktionstage durch. An über 70 Raststätten, Parkplätzen, Grenzübergängen und sonstigen Sammelpunkten organisierte die ÖTV Informationsstände. Mehrere tausend Fernfahrer, so die ÖTV, unterschrieben einen Brief an den Kapitalistenverband, in dem gegen die Verzögerungstaktik protestiert wird und die seit ,,langem überfällige Verbesserung der Arbeitsbedingungen" gefordert wird. 97,5% der befragten Fernfahrer erklärten, sie seien bereit, alles zu tun, um die Forderungen der ÖTV durchzusetzen. Am 15. Mai sollen die nächsten Verhandlungen stattfinden.

Quellenhinweis: ÖTV-Magazin 4/83; ÖTV-Verkehrsreport 3/82 und 1/83; BWK Nachrichtendienste öffentlicher Dienst, div. Ausgaben.

Mittelstandsförderung

Halbierung der Erbschaftssteuer und andere Wohltaten für die Finanzbourgeois

Inzwischen liegen erste genauere Ausführungen vor, was die christlich-liberale Regierungskoalition unter dem Titel Förderung des kleinen und mittleren Eigentums an Produktionsmitteln in die Wege leiten will. In Ausführung der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP hat der ,,Beirat für Fragen des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe beim Bundesminister für Wirtschaft" am 24. März Empfehlungen für Regierungsmaßnahmen vorgelegt. Darunter befinden sich solche, bei denen mit dem Etikett ,,Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen" Vorhaben versehen sind, die zur Bereicherung bei ganz anderen Eigentumsgrößen führen.

Im folgenden die Wirkung der beabsichtigten ,,Entlastung bei den ertragsunabhängigen Steuern, vor allem durch einen Abbau der Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen":

Der Meister des Zulieferbetriebes für Siemens, der außer sich selbst noch einen Arbeiter schindet, wird davon wenig bis gar nichts haben, zahlt er doch keine oder nur eine geringe Vermögenssteuer – entweder weil sein Vermögen nicht groß ist (bei verheiratet mit zwei Kindern bleiben 280000 DM als Freibetrag unversteuert) oder weil der größte Teil des Betriebsvermögens gar nicht ihm, sondern den Banken gehört (das Betriebsvermögen wird vor Errechnung der Vermögenssteuer um die Schulden vermindert).

Dagegen bei der Siemens AG z.B.: Die Vermögenssteuer, die auch von Unternehmen zu entrichten ist, berechnet sich als Prozentsatz von der Summe aller Vermögensarten (Grundbesitz, Betriebsvermögen, Bankguthaben, Aktien, Schmuck u.ä.). Der Satz beträgt bei Privatpersonen 0,5%, bei Körperschaften 0,7%. Die beabsichtigte Steueränderung sieht eine geringere Bewertung des Betriebsvermögens vor durch eine Änderung des Bewertungsgesetzes; der Zentralverband des Deutschen Handwerks etwa fordert eine Halbierung des bisherigen Ansatzes. Nun ist ersichtlich, daß diese Entlastung umso größer ist je größer das Vermögen – was bei dem Handwerksmeister fast bis gar nichts ausmacht, häuft sich bei den Konzernen auf Millionenbeträge. Außerdem geht das nach dem Bewertungsgesetz so geringer berechnete Betriebsvermögen ein in die Berechnung der Gewerbekapitalsteuer und so verringerte sich zusätzlich zur bereits für 1984 beschlossenen Senkung (s.a. Pol. Ber. 4/83) die Gewerbesteuer erneut, was ebenfalls in der Hauptmasse den Großkonzernen zugute käme. Und zu guter Letzt hätte ein halb so hoch bewertetes Betriebsvermögen eine halb so hohe Erbschaftssteuer darauf zur Folge – ,,Familien"unternehmen wie Flick, Henkel und Grundig werden das dankbar zur Kenntnis nehmen.

Auch wenn so die Hauptmasse der Steuerentlastung für den ,,Mittelstand" bei der Monopolbourgeoisie hängen bleiben wird, so mag eine geringere Vermögenssteuer ebenso wie die vorgeschlagene Verkürzung der Abschreibungsfristen und die steuerliche Begünstigung der Forschungsinvestitionen den einen oder anderen Klein- und Kleinstkapitalisten vor dem Ruin retten, den einen oder anderen Lohnabhängigen dazu bewegen, eine solche Sorte ,,selbständiger" Existenz auf Kreditbasis zu wagen: bei je zwischen dreißig- bis vierzigtausend ,,Existenzgründungen" im Handwerk in den vergangenen Jahren und einer um jeweils etwas höher liegenden Zahl von Betriebsaufgaben nicht wenige, deren Eigentumsinteressen so befördert würden. Die Mittel für die angekündigten Steuervergünstigungen stammen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer in diesem Jahr – die christlich-liberale Regierung beabsichtigt keineswegs ,,breite Eigentumsbildung", sondern Verwandlung von Mitteln zum Konsum der Arbeiter zu Mitteln in den Händen der Finanzbourgeoisie.

Mit der Ausdehnung des Betriebstyps ,,Autowerkstatt = ein Meister + drei Lehrlinge" wäre dem Wunsch des Industriekapitals nach weiterer Verbilligung der Ausbildung der Industriearbeiter entsprochen. Sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Gesamtzahl ist die Zahl der im Handwerk Ausgebildeten gestiegen (siehe Tabelle); die Erleichterung der Lehrlingsschinderei durch Aufhebung von Jugendarbeitsschutzbestimmungen soll dafür sorgen, daß auch weiterhin die Konzerne aus einem Überangebot an qualifizierter Arbeitskraft wählen können.

Die Liebe der Finanzbourgeois für Mittelständisches hat noch einen weiteren Zielpunkt: Einreißen von tarifvertraglichen oder von durch Belegschaften erkämpfte Beschränkungen gegen zügellose Ausbeutung. Ein anderer Teil der ,,Mittelstands"förderpläne befaßt sich so mit dem ,,Abbau ausbildungshemmender Vorschriften", dem ,,Abbau überzogener Sozialplanregelungen" und stammt aus dem ,,Libera-

Betriebe, Beschäftigte, Auszubildende und Bruttoverdienste im Handwerk

Jahr	Anzahl der Betriebe	Beschäftigte absolut mit Azubi	Beschäftigte je Betrieb	Auszubildende absolut	Auszubildende in % aller Azubi.	Bruttolohn Männer DM je Std	Bruttolohn Männer in % Industrielöhne
1970	585100	4100500	7,01	419530	n.b	6,01	92,2
1971	569900	4137400	7,26	405163	31,9	6,83	93,8
1972	555700	4087800	7,36	432743	33,3	7,53	95,1
1973	541300	4116400	7,60	465434	34,9	8,42	96,1
1974	528000	3988800	7,55	485749	36,6	9,30	96,1
1975	519000	3853200	7,42	504662	38,0	9,86	94,8
1976	507300	3906500	7,70	510356	38,8	10,35	93,4
1977	501700	3890900	7,76	556088	39,8	10,95	92,1
1978	498700	3906500	7,83	615057	40,5	11,57	92,4
1979	496700	4031500	8,12	676597	41,1	12,25	92,5
1980	496200	4116200	8,30	702786	41,0	13,17	93,0
1981	495200	4087400	8,25	674568	40,2	13,88	92,9

Quellen: ZDH, Handwerk 1981; Statistische Jahrbücher der BRD

len Aktionsprogramm für den Mittelstand 1983", das die FDP noch direkt vor den Wahlen verabschiedet hatte. Dort findet sich auch die Ablehnung der „Einschränkung der betrieblichen Flexibilität bei der Wochenarbeitszeit und bei Überstunden". Der Appell an die Ausbeuterinstinkte bei den kleinen und mittleren Kapitalisten verfolgt Absichten, die sich vor allem in den Büchern der großen Kapitale niederschlagen sollen.

Anfang der 70er Jahre konnten die Gewerkschaften eine Annäherung der Löhne der im Handwerk beschäftigten Arbeiter an die der Industriearbeiter durchsetzen, konnten jedoch seit Beginn der Krise dieses Ergebnis nicht mehr halten: Die Löhne im Handwerk sanken relativ zur Industrie. Die folgende Tabelle gibt Anhaltspunkte dafür, daß damit die von uns bereits festgestellte (s. Pol. Ber. 18/82) Verlagerung von Kapital aus der großen Industrie in kleinere Betriebe einhergeht:

	Anzahl der Beschäftigten		
	%Verän. 1968/77	je Betrieb 1968	1977
Insgesamt	– 4,5	6,5	7,8
Baugewerbe	– 16,0	11,7	11,2
Metallgewerbe	+ 5,1	7,5	8,0
dar. Dreher, Werkzeugm.	+ 29,4	10,1	10,3
Holzgewerbe	– 10,7	4,3	5,4
Textilg. u.ä	– 40,0	2,3	2,9
Nahrungsm.	– 5,5	5,1	6,4
Gesundh., u.ä.	+ 37,5	6,2	9,5
dar. Gebäudereinigung	+201,0	50,6	138,7
Glas, Papier	– 12,2	5,6	5,9

Quelle: Stat. Jahrbuch der BRD 1978

Rückläufig war die Beschäftigung in all jenen Betrieben, die Produkte oder Dienstleistungen direkt für den Konsum der Arbeiterhaushalte produzieren, zugenommen haben dagegen alle Arten von Zulieferern, inzwischen rund 100000 Handwerksbetriebe.

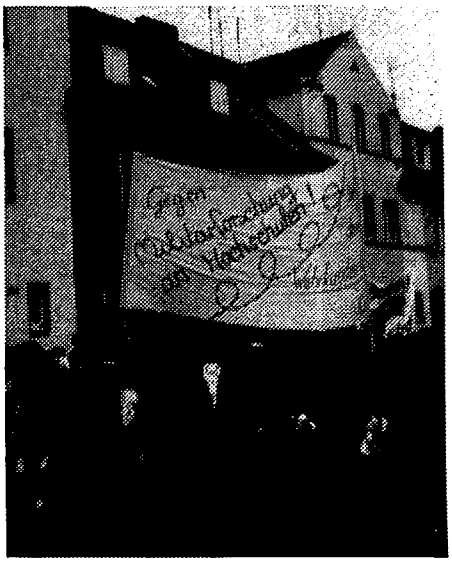
Quellenhinweis: DIHT, Mittelstandspolitische Leitlinien, 25.3.1983; Deutsches Handwerksblatt 5/1983

VDS-MV

Keine Festlegungen gegen Regierungspolitik

Münster. Vom 28.3. bis 1.4. fand in Münster die 8. ordentliche Mitgliederversammlung (MV) der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) statt, des Dachverbandes der bundesdeutschen ASten und unabhängigen Vertretungsorgane der Studenten.

Was die am 6. März gekürte CDU/CSU/FDP-Bundesregierung an Hochschulpolitik betreiben will, liegt ziemlich klar auf der Hand: Die Ende letzten Jahres beschlossene Umstellung des Studenten-BAFöG auf Volldarlehen soll zum Wintersemester in Kraft treten, weitergehend hat sich Wissenschaftsministerin Wilms für die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen. Flankierend dazu streichen die Landesregierungen z.Zt. hauptsächlich im Bereich der Lehrerausbildung, wie z.B. in Baden-Württemberg, wo die Landesregierung Vorschläge diskutiert, nach denen alle PHen bis auf eine aufgelöst und die Lehramtsfächer an allen Universitäten bis auf drei dichtgemacht werden sollen. Daß die Bourgeoisie dies mittels verstärkter po-



VDS-Demonstration, Bonn, 4.12.1982

litischer Gängelung und Zensur gegen die Studenten durchsetzen will, war unter den Fraktionen und Organisationen in der VDS kaum strittig.

Trotzdem war das Einzige, was auf der MV verabschiedet wurde, ein allgemein gehaltenes „Arbeitsprogramm", in dem in nur einem kurzen Abschnitt auf konkrete Tätigkeiten und Schritte gegen die Regierungspolitik eingegangen wird: Im Sommer sollen „Warnstreiks und Protestaktionen" stattfinden, sowie Diskussionen über Aktionene im Wintersemester. Festlegungen, gegen welche Regierungsmaßnahmen im Einzelnen die Auseinandersetzungen geführt werden sollen und welche Ziele man damit im Rahmen der Frontbildung gegen die reaktionäre Hochschulpolitik erreichen will, wurden nicht getroffen; wenig nützlich für die ASten und Fachschaften vor Ort.

Positiv zu bewerten ist, daß zwei Anträge, in denen die VDS aufgefordert wird, Veranstaltungen gegen das verstärkte Treiben von Faschisten an den Hochschulen zu organisieren bzw. Gegenmaßnahmen finanziell zu unterstützen, verabschiedet wurden. Unerträglich aber, daß die Hauptdiskussion um die Frage einer „Strukturreform" der VDS geführt wurde. Hauptbetreiber der „Strukturdebatte" war die Fraktion der Basisgruppen und Grünen, die die „Umwandlung des Dachverbandes in eine rätedemokratische Koordinationsstruktur gemäß basisdemokratischer Prinzipien ohne bürokratischen Ballast" wollte. MSB Spartakus und SHB, beide im bisherigen Vorstand vertreten, verteidigten die bisherige Organisationsform, nach der Vorstand und Zentralrat entsprechend dem Fraktionenproporz jährlich auf der MV gewählt werden. Durchgängig bei allen Fraktionen war, daß die Frage der Organisationsform und der Arbeitsweise unabhängig davon behandelt wurde, was denn da überhaupt organisiert und gearbeitet werden soll.

Wer ernsthaft die Verankerung des Verbandes in den örtlichen Studentenschaften verbessern will und dies nicht über die Diskussion und Beschlußfassung über die Tätigkeiten der VDS gerade in der jetzigen Lage erreichen will, muß sich zumindest den Vorwurf der Abgehobenheit einhandeln. Noch vor Verabschiedung des Arbeitsprogramms verließen die Basisgruppen die MV, nachdem über die „Strukturfrage" keine Einigung zustande gekommen war. Kurze Zeit später auch die Jusos, die die „Strukturfrage" über einen weiteren Juso-Vorstandsposten gelöst haben wollten und damit nicht durchkamen. Die „Strukturdebatte" soll auf einer erneuten MV im Mai fortgesetzt werden, bis dahin bleibt der alte Vorstand im Amt.

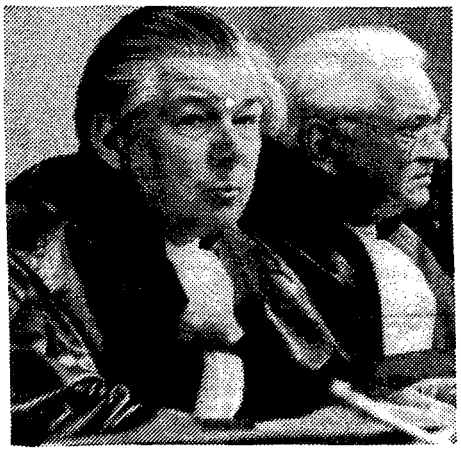
Volkszählung

Gesetz geöffnet für Verschärfungen

Am 13.4. 1983 entschied das Bundesverfassungsgericht mit fünf gegen drei Stimmen, die gesamte Volkszählung am 27.4. nicht stattfinden zu lassen. Entsprochen hat das Gericht lediglich drei Anträgen auf Einstweilige Anordnung, die Zählung zu verschieben. In keiner Weise hat es deren Verfassungswidrigkeit bestätigt. Das dazu ausstehende Urteil ist frühestens im Herbst zu erwarten. Vom Tisch ist damit nichts außer bereits begonnener Verfolgung durch Bußgeldbescheide gegen Leute, die zum Boykott aufgerufen haben. Die Lage ist nicht nur offen, sondern gut für Verschärfungen. Nicht nur das Gericht selber hat in seiner Urteilsbegründung den Hinweis gegeben, daß es, aufgehängt am Mikrozensusgesetz, das ganze staatliche Verhältnis zu statistischen Erhebungen samt der anhängenden Technologie mit Verfassungsrang ausstatten und damit unanfechtbar machen will.

Die „Welt" urteilt: „Die Pause ist nicht tragisch." Sie hebt hervor, das Gericht habe nicht die Bestrebungen der Boykotteure bestätigt, sondern ha-

be im Sinne des Gemeinwohls verhindern wollen, daß möglicherweise alle auskunftspflichtigen Bürger in ihren Grundrechten verletzt würden. Die „Welt" spekuliert jedenfalls jetzt schon darauf, daß der Strafverfolgungszwang per Meldegesetz abgesichert wird: „Die bisher weitgehend verkannte Amnestie-Wirkung dieses Gesetzes und die damit verbundene rechtliche Problematik könnte ein weiterer Aspekt sein, mit dem sich das Gericht zu befassen hat. Dort liegen möglicherweise beachtliche rechtsstaatliche Minen." Diese Minen gegen die ursprünglichen Unterzeichner Schmidt, Baum und Vogel springen zu lassen, wird nicht Hauptanliegen des Verfassungsgerichtes sein. Vielmehr wird es zahllose und langwierige Rechtsstreitigkeiten unterbinden wollen, die sich aus der Tatsache ergäben, daß aufgrund der Volkszählung aufgekommene Rechtsbrüche nicht unmittelbar geahndet werden dürften.



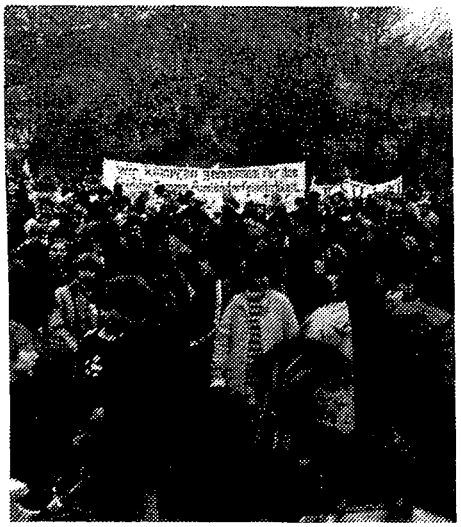
Benda (links) legte 1968 als Innenminister die Notstandsgesetze vor. Jetzt soll der Vorsitzende des 1. Senats des BVG laut „taz" „Spielverderber" sein.

Die Initiatoren der Boykottbewegung sollten schleunigst von der Idee Abstand nehmen, der Boykott wäre ein Kinderspiel gewesen. „Spielverderber" nennt die „taz" die Verfassungsrichter. Der Antrag der Grünen im Bundestag, das Volkszählungsgesetz aufzuheben, ist nicht hinreichend. Vielmehr müssen Forderungen entwickelt werden, die sich gegen die staatliche Unterdrückung durch bereits bestehende Gesetze und Institutionen richten, als da sind Meldegesetze und Einwohnermeldeämter samt ihrer Kompetenz, tief in die privaten Lebensverhältnisse insbesondere von Ausländern einzugreifen. Der fälschungssichere Personalausweis kommt im Herbst 1984. Das Verfassungsgericht wird es sich nicht nehmen lassen, dessen schikanöse Handhabung durch den Staatsapparat gleich mit abzusichern.

Quellenhinweis: Die Welt, 14.4. 1983; Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 13.4. 1983 zu 1 BvR 209/83 u. 1 BvR 269/83

Ostermarsch 1983

Ohne Kritik des Chauvinismus wenig Aussicht auf Erfolg



„Politisch klare Forderungen beginnen sich durchzusetzen" hatten wir im vergangenen Jahr aus Anlaß der damaligen Ostermärsche in dieser Zeitschrift geschrieben. Auf den diesjährigen Ostermärschen konnte man den Eindruck gewinnen, daß dieser ideologische Fortschritt zumindest heftig umkämpft, wenn nicht sogar schon teilweise wieder verloren worden ist.

Zwar ist die Beteiligung an den Ostermärschen deutlich gestiegen. Das Frankfurter Koordinierungsbüro spricht von 785000 Teilnehmern, selbst die Bild-Zeitung meldet zähneknirschend mehr als 300000 Teilnehmer. Unter der zentralen Losung „Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern zurückziehen!" wurden von zahlreichen Ostermarschierern Forderungen erhoben, die den bürgerlichen Politikern schroffe Gegnerschaft gegen ihre Kriegsvorbereitungen und Expansionsabsichten verkündeten. Wir haben ein paar davon auf den obigen Bildern zusammengestellt. Insbesondere die deutlich stärkere Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsgruppen hat diese Entwicklung unterstützt und dafür gesorgt, daß auf fast allen Ostermärschen die Kritik am Rüstungshaushalt der Bundesregierung vorgetragen wurde.

Dennoch, die Gleichung: steigende Teilnehmerzahlen an den Ostermärschen gleich wachsende Klarheit über die Aggressionsabsichten und Expansionsziele der westdeutschen Imperialisten – diese Gleichung stimmt nicht.

Wie sonst soll man erklären, daß in keinem einzigen der offiziellen Aufrufe die Interessen und Absichten, die die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen verbindet, angegriffen wurde? Daß Zimmermanns Drohungen, die „deutsche Frage" bedürfe immer noch ihrer Lösung „in den

Forderungen und Losungen auf den Ostermärschen 1983, von denen in der bürgerlichen Berichterstattung wenig bis gar nicht die Rede war. Seite 10 oben: Mannheim. Darunter links: Hamburg. Rechts: Frankfurt. Diese Seite oben: Heilbronn. Unten links: München. Rechts: Essen.

Grenzen von 1937", in den offiziellen Aufrufen so gut wie unbeantwortet blieb, obwohl die Ostermarschbewegung gerade aus der Kritik des westdeutschen Revanchismus zu Zeiten des kalten Krieges entstanden ist?

Insbesondere die Partei der Grünen, aber auch Vertreter des SPD-Parteivorstandes, rührten stattdessen liebevoll an der chauvinistischen Giftsuppe weiter, die da heißt, daß die Bundesregierung in Wahrheit der unterwürfige Handlanger der US-Regierung sei, weshalb es dringend an der Zeit sei, sie zur Vertretung der „wirklichen" „deutschen Interessen" zu zwingen.

Diese Ritter der „wahren deutschen Interessen" und ihren schädlichen Einfluß auf die Ostermarschierer wird auch Genscher im Auge gehabt haben, als er einen Tag nach Ostern in der Bild-Zeitung erklärte, gegen solche Leute sei nicht polizeiliche Unterdrückung geboten, sondern „geistige Führung" in Sachen „deutsche Interessen". Genscher weiter: „Die deutsche Nation ist zwar staatlich getrennt, aber unteilbar. Das muß den jungen Menschen gesagt werden. Die Kultusminister sollen auch dafür sorgen, daß jeder Schüler wenigstens einmal in die DDR fährt ... Deutschland zu erleben." Im Klartext: für die deutsch-nationalen Friedensritter regierungsamtliche Fürsorge und wohlwollende Erziehung, für die übrigen den Knüppel.

Verschiedene Kräfte wie BBU, Aktion Sühnezeichen usw. planen jetzt gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen eine neuerliche bundesweite Aktion in Bonn am 22.10. Ohne daß bis dahin der Einfluß chauvinistischer Positionen in der Friedensbewegung deutlich verringert worden ist, ist kaum zu erwarten, daß die Regierung sich von solchen Aktionen beeindrucken lassen wird.

Quellenhinweis: Bild-Zeitung 29.3. bis 8.4.83; UZ, Zeitung der DKP, 29.3. bis 14.4.; verschiedene Flugblätter von den regionalen Ostermärschen.

Italien

Justizterror gegen Revolutionäre

Wegen „bewaffneten Aufstands gegen die Staatsgewalt" will die italienische Klassenjustiz die Führer der revolutionären Strömung „Arbeiterautonomie" lebenslänglich hinter Gitter bringen. Seit dem 24. Februar wird in Rom gegen 71 Angeklagte verhandelt; insgesamt sind rund 2000 Genossen der „Arbeiterautonomie" inhaftiert. Die Hauptangeklagten, darunter der führende Theoretiker dieser spontaneistischen Strömung, der Politologieprofessor Toni Negri, sitzen seit dem 7. April 1979 in Untersuchungshaft.

Schon diese vierjährige Haft ohne Prozeß war nur möglich, weil Ende der 70er Jahre die zulässige Höchstdauer der Untersuchungshaft eigens für

„Terrorismusdelikte" verlängert worden ist und die Justiz die neuen, wohl immer noch zu „knappen" Fristen durch Nachschieben von Anklagepunkten und Verschleppung der Hauptverhandlung umgangen hat.

Negri war 1979 zunächst beschuldigt worden, er habe an der Entführung Moros durch die Roten Brigaden teilgenommen und persönlich mit der Familie Moro telefoniert. Ein doppelt absurder Vorwurf, da Negri die „militaristische" Strategie der Roten Brigaden stets öffentlich kritisiert hatte und so bekannt war, daß Hunderttausende seine Stimme erkannt hätten. Der Vorwurf verschwand nach einigen Monaten in der Versenkung.

Stattdessen sollten Negri und Genossen jetzt ein „Zentrum" gebildet haben, das sechs Jahre lang die Tätigkeit der bewaffneten Gruppen verschiedenster politischer Richtung insgeheim „gesteuert" hätte. Auch für diesen Vorwurf blieb die Justiz jeden Beweis schuldig. Negri hatte nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß er auch gewaltsame Gegenwehr gegen die Gewalt der Kapitalisten und des Staatsapparates für nötig und richtig hielt. Aber er war immer gegen die Bildung besonderer, von den Massenkämpfen losgelöster bewaffneter Gruppen aufgetreten.

Die neueste Version, über die jetzt verhandelt wird, ist: Die Gruppe „Potere Operaio", der die meisten Führer der späteren „Arbeiterautonomie" angehörten, wie übrigens auch mehrere heutige Parlamentsabgeordnete der KPI, habe sich 1973 nur „zum Schein" aufgelöst. In Wirklichkeit habe sie sich nur in einen „legalen" Zweig, eben die „Arbeiterautonomie", und eine illegale „bewaffnete Struktur" aufgeteilt, alles immer unter dem heimlichen Oberkommando eines „subjektiven Zentrums" mit Negri an der Spitze.

Die „Beweise" bestehen in diversen Zeitschriftenartikeln und Broschüren, in denen die Angeklagten für die Unvermeidlichkeit revolutionärer Gewalt zum Sturz der Bourgeoisie eingetreten waren, und in den Aussagen eines „reuigen" ehemaligen Terroristen namens Fioroni. Dieser ist wegen Mordes an einem Freund zu 27 Jahren verurteilt worden, wurde aber zur Belohnung für seine gesprächige „Reue" schon vor zwei Jahren wieder freigelassen. Aus anderen Fällen ist inzwischen bekannt, daß der „Reue" oft durch Folter in Polizeikasernen nachgeholfen wurde.

Mit diesem und anderen Massenprozessen – gleichzeitig wird in Mailand gegen 164, in Turin gegen 124 Angeklagte wegen „Terrorismus" verhandelt – will die Bourgeoisie mit den revolutionären Bewegungen der 70er Jahre abrechnen. Die Anklage spricht offen aus, daß im Grund schon das öffentliche Eintreten für die proletarische Revolution zur Verurteilung ausreiche: „Logischerweise muß die Annahme verworfen werden, daß Leute von einem intellektuellen Kaliber, einem Durchhaltevermögen und einer Fähigkeit, andere mitzureißen, wie sie etwa Negri usw. zu eigen sind, seit 1971 von bewaffnetem Aufstand geredet, dann aber zehn Jahre lang die Zeit mit solchen Ausdrücken vertrödelt haben, ohne die Realisierung des angestrebten Verbrechens zumindest auch konkret vorzubereiten." Ohnehin enthält das italienische Strafgesetzbuch seit dem

Genosse Negri im Prozeß

Faschismus einen Paragraphen, mit dem im Prinzip jeder Kommunist hinter Gitter gebracht werden kann: „Wer ... Vereinigungen anstiftet, bildet, organisiert oder leitet, die darauf gerichtet sind, gewaltsam die Diktatur einer sozialen Klasse über die anderen zu errichten ... wird mit Haft von fünf bis zwölf Jahren bestraft." Nach diesem faschistischen Gesetz sind in den letzten Jahren Hunderte verurteilt worden.

Quellenhinweis: Unità, Ausgaben Februar bis April 83; TAZ, 8.4.83

Hochwasser

Kein Geld für Sicherung gegen Überflutung

Spott über die internationalen Trinkwasserexperten aus den fünf Rheinanliegerstaaten verbreitete der „Kölner Stadtanzeiger" am 13.4. 1983. Sie hätten nicht gemerkt, daß das von ihnen besichtigte Klärwerk wegen des Hochwassers stillgelegen habe. Steigt das Wasser über sieben Meter, wird nicht mehr geklärt, sondern das Großklärwerk Stammheim abgesperrt, um zu verhindern, daß dieses selber überflutet wird. Nur völliger Neubau von Teilen des alten Kanalnetzes könnte hier wirklich Abhilfe schaffen. Das aber sei nicht finanzierbar, sagen andere Experten. Hochwasser, und zwar jährlich, und damit Stillegung werden weiterhin von den Behörden einkalkuliert. Die wenigen Hochwassertage im Jahr, an denen die Brühe der Großstadt Köln ungeklärt in den Rhein schwappt, seien nicht so schlimm, meinte der Vorsitzende des Kölner Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerks: „Der Rhein hat dann so viel Wasser, daß das nicht viel ausmacht." Stammheim ist sicher nur einer von vielen Fällen, über die kein Wort verloren wird.

Der jetzige Hochwasserstand erreichte mehr als 9,40 m, die Marke, ab der die Hochwasserschutzmauer im Bereich der Kölner Altstadt überflutet wird, geschehen zuletzt vor 13 Jahren. Nur provisorisch wurde sie genau wie im letzten Jahr erhöht, in der öffentlich geäußerten stillen Hoffnung, die „Naturgewalten" würden ein Einsehen haben.

Die Katastrophe beginnt deutlich dort, wo die Finanzen enden, und sie hat wenig mit Natur zu tun. Zahlreiche Bauern und Winzer, aber auch Hausbesitzer und Gewerbetreibende haben große Schäden erlitten, für die ihnen niemand aufkommt, nicht nur am Rhein, sondern auch an seinen Nebenflüssen. Das unermüdlich in der bürgerlichen Presse verbreitete Argument, eine Versicherung von Gebäuden und Hausrat gegen Hochwasserschäden sei praktisch unmöglich, da die potentiellen Versicherten genau lokalisierbar und zu gering an Zahl seien, und der Hinweis auf die ebenfalls geschäftstötende Alternative, die Prämien müßten so hoch sein, daß die Kosten dem eigenen Aufkommen für Schäden gleichkämen, wirken merkwürdig angesichts der Tatsache, daß eine solche Versicherung in Baden-Württemberg besteht.

Der unterlassene Vorsorgeaufwand, der etwas nützen würde, nämlich ein funktionierendes Kanalsytem und ausreichende Schutzmauern, wird in der bürgerlichen Presse verdeckt durch Schilderungen des unermüdlichen Einsatzes von Staatsorganen wie Polizei und Feuerwehr und natürlich vieler freiwilliger Helfer, denen die Last, die Folgeschäden etwas zu verringern, aufgehängt wird. Wenig war zu erfahren über die gesundheits- und lebensgefährliche Lage in Orten, wo Brand- und Explosionsgefahr herrschte durch defekte Öltanks und wo die Lebensmittelvorräte ausgingen. Überwiegend sind sich die Verfasser der Artikel für keine Albernheit zu gut gewesen. Hier wurden drei Menschen „aus Seenot" gerettet, dort Autos. Hier fuhren Böttchen, dort wurde ein Kalb „tot geborgen". Friede seinen Knochen.

Quellenhinweis: Kölner Stadtanzeiger, Handelsblatt, Unsere Zeit vom 10.—16.4. 1983

„17. Juni"

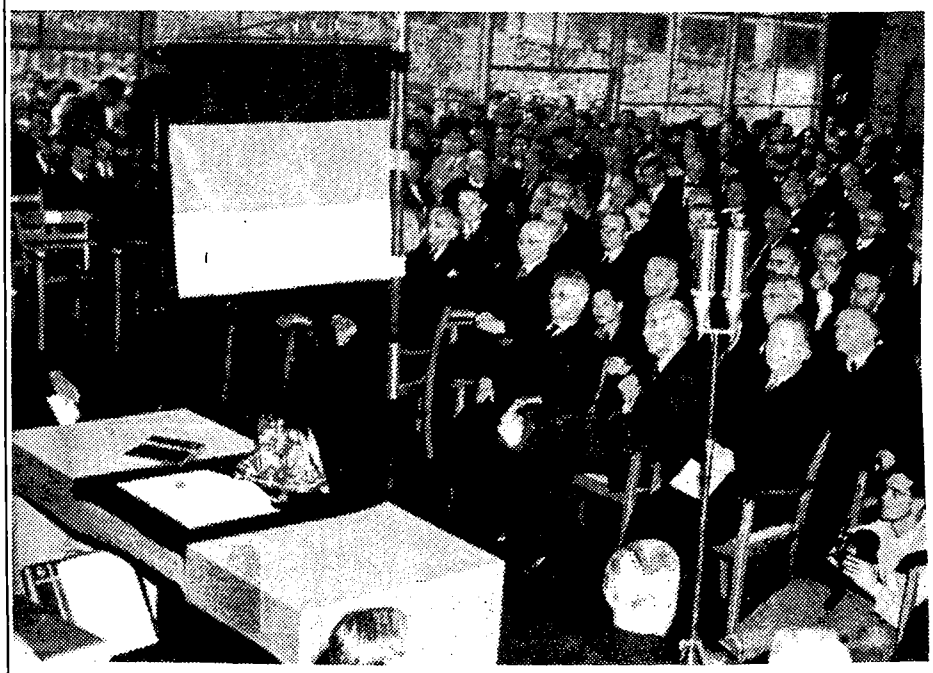
Revanchistische, großdeutsche Propaganda und ideologische Kriegsvorbereitung sollen sich nicht ungehindert entfalten!

Gleich in seiner ersten Regierungserklärung im Oktober 1982 hatte Kohl den Schwerpunkt „Deutschlandpolitik" seiner Regierung deutlich gemacht. Wenige Wochen später gab sein Innenminister Zimmermann vor dem Landesverband Bayern des „Bundes der Vertriebenen" das Signal für eine neue „deutschland"- und ostpolitische Offensive: Tendenzen, die „deutsche Frage" auf die BRD und DDR zu „beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben". Inzwischen wird sichtbar, daß die Reaktion den diesjährigen 30. Jahrestag des „17. Juni" zu einer freiheitlich-demokratischen großdeutschen Mobilisierung sondergleichen nutzen wird.

Fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit, auf den Baden-Badener Unternehmergesprächen, zog vor wenigen Tagen der Präsident des „Deutschen Industrie- und Handelstages" Otto Wolff von Amerongen eine nüchterne, sehr kurze, aber aufschlußreiche Bilanz der sozialliberalen „neuen Ostpolitik", deren vehementer Verfechter er seinerzeit war. Was sei denn mit „Wandel durch Handel" gewesen? „Der Handel war meines Erachtens nie stark genug, um im Osten einen politischen Wandel zu erreichen, wie es einige deutsche Politiker Anfang der 70er Jahre geglaubt haben. Ich kenne eine Meinung, die besagte, daß in 20 Jahren Osteuropa, also nicht die Sowjetunion, sozialdemokratisch sein würde."

Das westdeutsche Finanzkapital disponiert um. Otto Wolffs' kurze Bemerkungen deuten an, daß der Regierungswechsel auch „ostpolitisch" begründet war, wenngleich kaum ein anderer den Nutzen, den die sozialliberale „neue Ost-" oder auch „Entspannungspolitik" für das westdeutsche Kapital hatte, so kennt wie der Kapitalisten-Verbandschef. Wir rufen einige Tatsachen in Erinnerung, die die SPD-geführte Regierung geschaffen hat und die für die Bourgeoisie eine neue Offensive zur „Wiedervereinigung Deutschlands" und „Wiedervereinigung Europas" erst möglich, in gewisser Weise aber auch notwendig machen.

1. 1970, vor der Entfaltung der „Entspannung", war der Osthandel der BRD und der anderen NATO-Staaten unbedeutend, die „Westverschuldung" der osteuropäischen Länder praktisch gleich null. 1975 erzielte allein die BRD einen Handelsbilanzüberschuß im Osthandel von 8,8 Mrd. DM, bei einem Export von 17,4 Mrd. DM. Der westdeutsche Export in die osteuropäischen Länder war in diesem Jahr 1975 so hoch wie in den fünf vorhergegangenen Jahren zusammen, der Überschuß sogar mehr als viermal so hoch.



Der Parlamentarische Rat bei der Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949: Die großdeutschen Ansprüche sind in die Verfassung aufgenommen, nur die Vertreter der KPD stimmen dagegen.

2. Die westdeutschen Imperialisten konnten sich bei dieser Entwicklung in der ersten Hälfte der 70er Jahre auf die Absichten und Kalkulationen der Führungen in den osteuropäischen Ländern stützen, die durch den Import von Industrieausrüstungen in großem Stil vor allem die Erschließung der Energie- und Rohstoffreserven beschleunigen wollten. Sie haben gemeinsam mit ihren westeuropäischen und US-Konkurrenten diese Bestrebungen eiskalt dazu ausgenutzt, die osteuropäischen Länder zu ihren Schuldnern zu machen. 1975 betrug die Nettoverschuldung der osteuropäischen Länder schon 28 Mrd. $.

3. Seit ungefähr 1976 konnten die BRD und die anderen westlichen imperialistischen Mächte den Osthandel nicht mehr im gewünschten Maße steigern. Im Gegenteil sinken ihre Ostexporte seither real, denn die herrschenden Klassen in den RGW-Ländern begannen zu erkennen, daß sie dem Tiger die Tür geöffnet hatten. Sie drosselten ihre Westimporte, um ihre Handelsbilanzdefizite und ihre Verschuldung zu senken.

4. Dennoch konnten die westlichen Imperialisten die Verschuldung Osteuropas noch gewaltig in die Höhe treiben, und zwar vor allem durch die Verteuerung der Zinsen. Für die VR Polen z.B. stiegen die Zinsen von 8% 1975 auf 12% 1981, die Nettoverschuldung auf rund 26 Mrd. $, obwohl Polen seine Handelsbilanz mit dem Westen fast ausgleichen konnte: Die Neuverschuldung resultiert zum allergrößten Teil aus den *Zinszahlungen*, die für die alten Kredite fällig wurden.

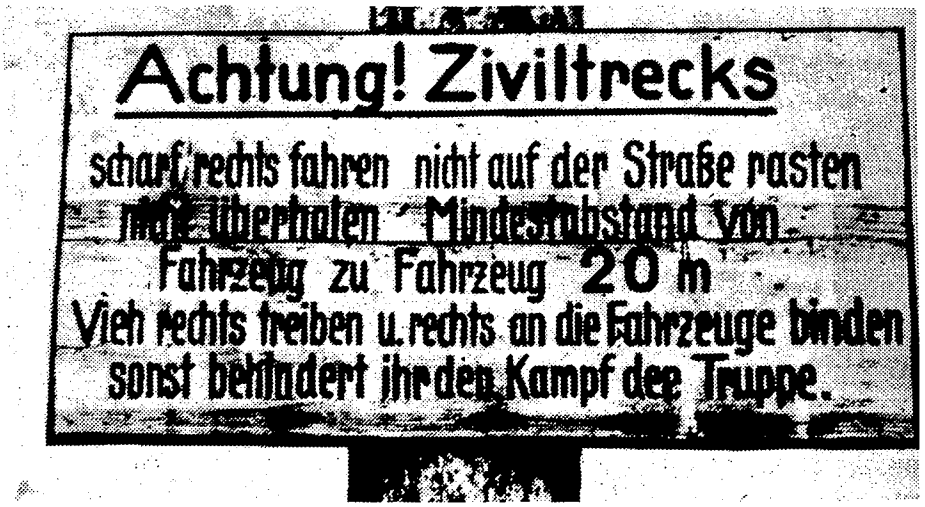
Die sozialliberale Bundesregierung hat die politische Entwicklung in Polen vor Ausrufung des Kriegsrechts immer als „Erfolg" ihrer „Entspannungspolitik" bewertet, und großteils zu Recht. Denn diese Politik hatte zum Ziel, durch wirtschaftliche Infiltration mittels Handel und Krediten die osteuropäischen Planwirtschaften zu erschüttern. Sie hatte zum Ziel, Kräfte zu fördern, die Interesse an engen Verbindungen mit „dem Westen", ja an der Installation „westlicher" Verhältnisse, d.h. der Herrschaft des Privateigentums, haben. Durch Zinsplünderung und Förderung von marktwirt-

„Die Heimatvertriebenen". Propagandalügen für einen erneuten Angriffskrieg

1970 wurden die sogenannten Ostverträge geschlossen. 1972, anläßlich ihrer Ratifizierung, versicherten sich alle Fraktionen des Bundestags in einer Entschließung, daß diese Verträge „keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" geschaffen hätten. Im gleichen Jahr wurde, ebenfalls auf Beschluß aller Parteien, eine Dokumentation in Auftrag gegeben, die die „Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" beschreiben sollte. Sie wurde von der sozialliberalen Koalition vorderhand in die Schublade gelegt, „um die guten Beziehungen zu Polen nicht zu verderben" (der damalige Innenminister Maihofer). Innenminister Zimmermann ließ diese Schublade jetzt wieder öffnen, um das Werk zu vollenden und der Öffentlichkeit zur Untermauerung der deutschen Ansprüche auf Einverleibung der DDR, Zerstückelung Polens und Beraubung der Sowjetunion vorzustellen: eine „Vertriebenen-Dokumentation" mit einer Liste von Kriegsverbrechen, die das polnische Volk angeblich an der deutschen Bevölkerung begangen haben soll.

Der Vorgang ist ungeheuerlich genug. Die deutschen Imperialisten überfielen Polen und ließen ein Drittel des polnischen Volkes erschießen und bestialisch ermorden, um Polen als Staat zu vernichten und seine Reichtümer in Besitz zu nehmen. Darüber gibt es selbstverständlich keine Dokumentation von seiten irgendeiner Bundesregierung, und die Verantwortlichen für diese Verbrechen sitzen noch heute großenteils in Amt und Würden. Eine „Dokumentation" über die angeblichen Verbrechen an Deutschen wird es aber geben, die logisch die Frage aufwirft: Wenn eigentlich die Deutschen die Opfer waren, warum hat man Deutschland dann diese Gebiete weggenommen?

Prof. Dr. Czeslaw Pilichowski, Direktor der Hauptkommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Polen, erklärte anläßlich der Ankündigung dieser „Dokumentation": „Wir wollten uns nicht rächen und auch keine Revanche nehmen. Unser Volk wollte leben und mit dem Blutvergießen Schluß machen. Die gegen uns erhobenen Beschuldigungen sind Verleumdungen. Wir haben jedoch einen gewissen Fehler gemacht, indem wir nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Polen und der BRD darauf verzichteten, die Welt systematisch an die Hitlerverbrechen in Polen zu erinnern. Wir haben die ausgestreckte Hand, die uns Zusammenarbeit und Normalisierung versprach, ernst genommen ... Indes wartete man mit



Fluchttrecks vor Mai 1945 – von den Faschisten als Schutzwall für die Wehrmacht „vertrieben"

schaftlichen Elementen verantwortet sie in der Tat zum guten Teil die Fehlentwicklungen und Versorgungsengpässe, die in der VR Polen dann zum Ausgangspunkt für schroffe Klassenkämpfe wie für den wachsenden Einfluß reaktionärer Ideologien und direkte politische Einmischung der Imperialisten wurden.

Aber die westdeutschen Imperialisten mußten auch die Erfahrung machen, daß die meisten RGW-Länder ihren Kurs der frühen 70er Jahre ein Stück weit revidierten. Die Sowjetunion z.B. halbierte ihre Nettoverschuldung bei westdeutschen Banken und senkte sie auch bei anderen imperialistischen Banken erheblich, und auch die DDR oder die Tschechoslowakei konnten ein weiteres Anwachsen ihrer Verschuldung praktisch verhindern. So scheint die „Entspannungspolitik" der sozialliberalen Koalition, deren Konzeption durch die Devise „Wandel durch Handel" auf den Nenner gebracht ist und die dem westdeutschen Kapital Osteuropa als Wirkungsfeld überhaupt erst wieder geöffnet hat, an ihre Grenzen gestoßen zu sein. Den „Wandel" durchzusetzen und dabei Großdeutschland, d.h. zumindest „Deutschland in den Grenzen von 1937", als strategische Basis westdeutschen Kapitals (wieder-)herzustellen, schicken sich nun andere Kräfte an.

An sich enthält die eingangs zitierte Äußerung Zimmermanns, die auf große Kritik vor allem seitens der VR Polen und im Innern vor allem seitens der DKP stieß, nichts Neues. Schon im Grundgesetz haben die westdeutschen Imperialisten ihren Anspruch auf die Wiedererrichtung eines großdeutschen Reiches festgeschrieben. Die sog. „Ostverträge" haben entgegen allen Irrtümern aus Unkenntnis und bewußten Lügen diesen Anspruch nicht aufgegeben. Sie enthalten, anders als etwa der österreichische Staatsvertrag, keinerlei „Anschluß"verbot und auch keine Garantien der Grenzen in Mitteleuropa, dafür aber ausdrücklich die „Rechtsauffassung" der westdeutschen Imperialisten, wie wir ausführlich in den „Politischen Berichten" 9/1981 nachgewiesen haben. Die unionsgeführte Bundesregierung kann deshalb auch wahrheitsgemäß erklären: „Wir stehen zu diesen Verträgen", und mit besonderem Nachdruck hinzufügen: „und wir werden sie nutzen als Instrumente aktiver Friedenspolitik". (Regierungserklärung v. 13. 10.82) *Wie*, das kündigt sich bereits an und ist in gewisser Weise neu gegenüber der sozialliberalen Ostvertragspolitik, und neu ist hier auch, wie die Reaktion die großdeutschen „Rechtsansprüche" offensiv nach außen und innen geltend macht.

Noch als Oppositionsfraktion, am 6.7.82, hatte die CDU/CSU in einer „Großen Anfrage" vorgeführt, wie sie die offene Einmischung in fast alle osteuropäischen Länder unter Androhung von „Maßnahmen" zu betreiben gedenkt. Dort heißt es: „Die nahezu vier Millionen Deutschen in den Gebieten des Deutschen Reichs östlich von Oder und Neiße, in Polen, in der Sowjetunion, in Rumänien, in Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien bedürfen ganz besonders der Solidarität der im freien Teil Deutschlands lebenden Deutschen ... Diese Bemü-

dieser Dokumentation einfach auf einen geeigneten Zeitpunkt."

Die sogenannten Volksdeutschen, d.h. die deutschen Minderheiten v.a. in den östlichen Staaten waren bereits während des ganzen Jahrhunderts Manövriermasse des deutschen Imperialismus für seine Expansionspläne. Alle bürgerlichen Parteien bis hin zur SPD verlangten die Revision des Versailler Vertrages und die „Vereinigung mit unseren, durch noch ärgere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern in den Sudetenländern, wie in Wien und Klagenfurt, in Bozen und Meran" (Paul Löbe, SPD, späterer Reichstagspräsident, 1919). Sie alle rührten die chauvinistische Suppe mit an, die dann unter dem faschistischen Diktat der Imperialisten ihre Früchte trug. In den dreißiger Jahren bereiteten Deutsch-Österreicher und Sudetendeutsche mit „Heim-ins-Reich"-Kampagnen die Annektion Österreichs und der Tschechoslowakei durch die Faschisten vor. Gleich nach Kriegsbeginn gingen die Faschisten zu Aussiedlungs- und Umsiedlungsmaßnahmen großen Ausmaßes über. Im Oktober 1939 wurde der Reichsführer-SS Himmler mit der „Rückführung der endgültig ins Reich heimkehrenden Auslands- und Volksdeutschen" sowie der Durchführung der „zur Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete erforderlichen Umsiedlungsmaßnahmen" betraut. Im Bericht „Die Umsiedlung der Volksdeutschen in das Großdeutsche Reich" aus den Akten des faschistischen Außenministeriums heißt es dazu z.B.: „Die Rückwanderung der etwa 13000 Deutschen aus Estland begann am 18. Oktober (1939, d.Red.) und war schon Mitte November im wesentlichen abgeschlossen; der erste Transport der rund 50000 Umsiedler aus Lettland traf am 15. Oktober in Gotenhafen ein ... hier (in „Posen", d.Red.) wurden die Baltendeutschen eingebürgert ... wurde es ermöglicht, daß beispielsweise fast sämtliche deutschen Landwirte aus Estland bereits Anfang Dezember ihre neuen Höfe im Warthegau bezogen hatten" – aus denen vorher die polnischen Bauern vertrieben worden waren und meist gleich ermordet oder zur Zwangsarbeit verschleppt wurden. In Ungarn, Rumänien und Jugoslawien z.B. wurden die „Volksdeutschen" massenhaft in die Waffen-SS oder sogen. Partisanenbanden eingezogen zur Niederschlagung der antifaschistischen Befreiungskämpfe. Dieses ganze Personal wurde nicht *nach* 1945 aufgrund des Potsdamer Abkommens ausgesiedelt, sondern machte *vor* 1945 bei Heranrücken der Roten Armee, daß es davonkam. In der bundesrepublikanischen Statistik zählen sie alle natürlich auch als Vertriebene, denen „großes Unrecht durch die Vertreibung geschehen sei". Tatsache ist, daß Fluchtbewegungen bereits im Oktober 1944 in größerem Stil einsetzten, so z.B. flohen damals bereits über 600000 aus dem sog. Ostpreußen ins „Altreich".

Die zweite große Aussiedlungswelle der Faschisten wurde mit dem Rückzug der Wehrmacht organisiert, bewußt in ihrem Zusammenhang und so in letzter Minute ohne jede Vorbereitung der Bevölkerung. Sie diente der rückflutenden Wehrmacht als lebendiger Schutzwall, wobei noch die letzten wehrfähigen Männer aus den Zügen und Trecks geholt wurden. Diese Aussiedlung wurde von den Faschisten erzwungen, z.B. durch Entzug der Lebensmittelkarten oder direkt mit Waffengewalt. Hunderttausende sind auf dieser Flucht erfroren, verhungert, beim Marsch übers Haff eingebrochen und ertrunken, zwischen die Fronten geraten und erschossen worden, beim Aufenthalt in Dresden im Bombenhagel gestorben usw. Die Überlebenden wie die Toten werden in der bundesdeutschen Propaganda ebenso weitgehend umstandslos ohne Angabe der Hintergründe in die „Vertriebenen"statistik und die „Vertriebenenverluste" gerechnet.

Mit der im Potsdamer Abkommen festgelegten Aussiedlung der noch verbliebenen Deutschen aus den von Deutschland überfallenen Ländern des Ostens sollten 700 Jahre Kolonial- und Aggressionspolitik gegenüber diesen Völkern beendet werden. Die westdeutschen Imperialisten haben erneut einen größeren Teil dieses Personals zur Revanchemasse für ihre Expansionsabsichten gemacht und setzen damit die Politik des Faschismus nahtlos fort.

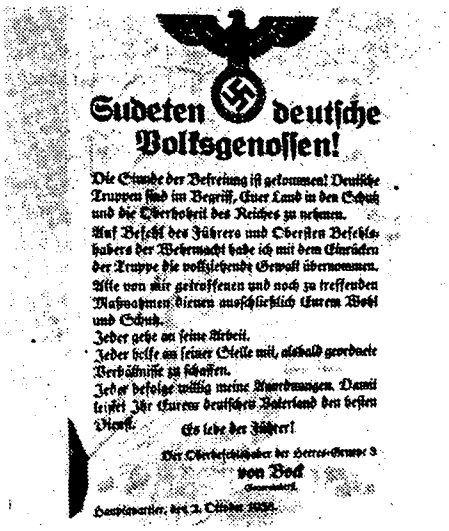
Quellenhinweis: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—45; Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—45, Stuttgart 1961; Stanislaw Schimitzek, Vertreibungsverluste?, Warszawa 1966

hungen sollten sich ... eindeutig auf die Wahrung und Durchsetzung der Menschen- und Grundrechte dieser Deutschen sowie ihrer kulturellen und nationalen Minderheiten- und Volksgruppenrechte beziehen."

In derselben Anfrage verweist die CDU/CSU hinsichtlich der „Deutschen im polnischen Machtbereich" ausdrücklich auf die „den Verfassungsorganen aufgegebene Schutzpflicht für deutsche Staatsangehörige in ihrem jetzigen Wohngebiet" – was mehr als eine nur versteckte Interventionsandrohung beinhaltet.

In einer Erklärung vom 22. Dez. 1982 zum zehnten Jahrestag des Grundlagenvertrages mit der DDR kündigt die unionsgeführte Bundesregierung an: „Die DDR kann sich darauf verlassen, daß wir zu allen Verpflichtungen aus dem Grundlagenvertrag stehen. Wir erwarten, daß sich in Zukunft auch die DDR an Wortlaut und Geist des Vertrages hält."

Man muß nicht unbedingt die Geschichte bemühen, z.B. Hitlers „Begründungen" für den Einmarsch in Österreich 1938 oder in die Tschechoslowakei 1939, um zu erkennen, daß dieser Kurs, den osteuropäischen Ländern eine „Pax Germania" zu diktieren, nur darauf zielt, Vorwände für militärische Aggressionen zu schaffen,


Sudeten deutsche Volksgenossen!

Die Stunde der Befreiung ist gekommen! Deutsche Truppen sind im Begriff, Euer Land in den Schutz und die Oberhoheit des Reiches zu nehmen.

Auf Befehl des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht habe ich mit dem Einrücken der Truppe die vollziehende Gewalt übernommen. Alle von mir getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen dienen ausschließlich Eurem Wohl und Schutz.

Jeder gehe an seine Arbeit.

Jeder helfe an seiner Stelle mit, alsbald geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Jeder befolge willig meine Anordnungen. Damit leistet Ihr Eurem deutschen Vaterland den besten Dienst. Es lebe der Führer!

Der Oberbefehlshaber der Heeres-Gruppe 3
von Bock
Generaloberst

Hauptquartier, den 3. Oktober 1938.

Faschistische Befreiungspropaganda aus dem Jahr 1938

wodurch allein sich die „deutsche" und „europäische Wiedervereinigung" herstellen läßt. Daß die BRD sich dabei der NATO-Unterstützung sicher sein kann, haben erst am 10.6.82 deren Staats- und Regierungschefs festgehalten: „Wir ... bekräftigen unsere Unterstützung für das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

Militärisch ist die Bundeswehr im Rahmen der NATO-Strategie längst für die „Vorwärtsverteidigung", den großdeutschen Eroberungskrieg, gerüstet. Bei der ideologischen Kriegsvorbereitung im Innern sucht die Reaktion Boden zu gewinnen. Sie räumt dabei nicht nur mit der im Zuge der sozialliberalen „Entspannungspolitik" weitverbreiteten Illusion auf, die BRD habe ihre territorialen Ansprüche auf die DDR, Teile Polens und der UdSSR aufgegeben, und begnügt sich auch nicht damit, diese Ansprüche offensiv zu propagieren. Sie ist schon dabei,

den „Verteidigungsfall" zu umschreiben. Hier rächt sich, daß die Linke die Menschenrechtskampagne sich jahrelang nahezu ungestört entfalten ließ. A. Mertes, der folgende Passage vor einem Jahr in einem Arbeitskreis des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" von sich gab, ist heute Staatsminister im Auswärtigen Amt.

„Die Deutschen in der DDR, die Polen, die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn, sie alle haben eines gemeinsam, sie erwarten von uns, daß wir den Gedanken und das langfristige Ziel der Menschenrechte, der Selbstbestimmung ... hochhalten und ihn auch operativ durchsetzen. Der Westen hat eine Strategie der militärischen Abschreckung gegenüber der Möglichkeit eines konventionellen oder nuklearen Angriffs. Es ist eine Strategie der flexiblen Reaktion, die sich aber auf den Fall beschränkt, daß wir angegriffen werden. Wir sehen heute aber, daß es eine andere Form des Angriffs gibt, nämlich des Angriffs gegen den Menschen im sowjetischen Machtbereich."

Und wann wird „zurückgeschossen"?

Wer die Gefahr der „Befreiung" Osteuropas durch den deutschen Imperialismus, der für Befreiungen, vor allem „Deutscher", immer schon gut

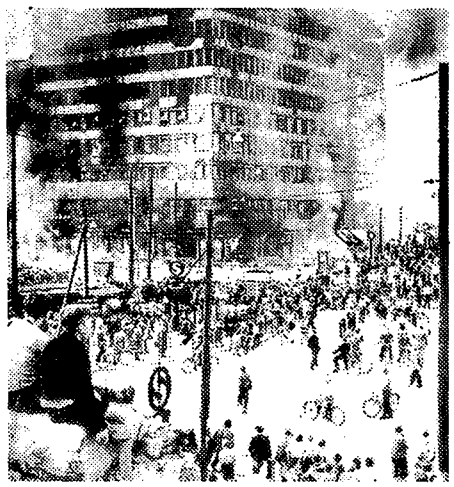
Die Standorte des Bundesgrenzschutzes, einer schlagkräftigen Verstärkung der Bundeswehr, sind an der Grenze zur DDR konzentriert.

war, und die Gefahr der kriegerischen Wiederauferstehung eines großdeutschen Reiches erst erblicken will, wenn die Mehrheit der Bevölkerung „Deutschland erwache" oder ähnliches brüllt, der unterschätzt, wie weit die Reaktion in ihrer Mobilisierung einer beinharten Anhängerschaft ihrer Ziele schon gekommen ist. Man braucht dabei gar nicht mal nur an die mitgliederstarken Revanchistenverbände zu denken. (Obwohl hier immer noch neben vielen „Heimatverbundenen" ein harter Kern von Ostlandrittern konzentriert ist, die mit der „Lösung der deutschen Frage" sehr Konkretes, nämlich die Wiederinbesitznahme ihres Gutes, ihrer Fabrik o.ä. verbinden; diesen harten Kern hält die CDU/CSU zusammen, indem sie sich z.B. für die „Verfügungsrechte über das in Ostdeutschland gelegene private

Am sogenannten Volksaufstand „17. Juni" waren die BRD-Imperialisten maßgeblich beteiligt

Die westdeutschen Imperialisten versuchten, 1953 die westeuropäischen Imperialisten auf ihre Expansionsabsichten in Osteuropa (DDR, Teile Polens und der Sowjetunion) über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Deutschlandvertrag zu verpflichten. Der Aufbau einer eigenen westdeutschen Armee war in Vorbereitung. Nach Adenauer war die „Wiedervereinigung ein Lebensinteresse Europas". Er begründete dies bei einem USA-Besuch im April 1953 so: „Deutschland ist das starke Bollwerk, das unmittelbar an die vom Bolschewismus beherrschten Gebiete angrenzt ... Der Haltung und der Mehrung der Freiheit und der Menschenwürde dient unsere Europapolitik." Daß diese Mehrung nicht an den Grenzen stehen bleiben sollte, geht aus einer Äußerung Adenauers in Westberlin vom 1.2. 1953 hervor. Er erklärte, daß die „Sowjetzonenflüchtlinge" „eines Tages wieder dazu beitragen können, den Osten zu kolonisieren". Drei Tage später erörterte Ollenhauer (SPD) die Frage, wie die „Befreiung von 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone am wirksamsten" gefördert würde, über RIAS an die Bevölkerung der DDR. Daß nach einer Wiedervereinigung sich an den Zielen, dem Export von „Freiheit und Menschenwürde", nichts ändern würde, versicherte Adenauer am 11.4. 1953: In diesem Falle bliebe die BRD in der EVG.

Verfechter dieser Europa-Ideologie in der DDR waren die beiden Kirchen, die als einzige Organisationen einheitlich in beiden deutschen Staaten tätig waren. Aus Anlaß der Enteignung von Privateigentum, darunter auch kirchliches Eigentum, beschrieb O. Dibelius, Vorsitzender des Rats der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) und Bischof von Berlin-Brandenburg, im Hirtenbrief zu Pfingsten 1949 die DDR als einen Staat, der die Züge zeige, die den Widerstand der Kirche in der NS-Zeit hervorriefen: als „Gewalt, die über alles Recht hinweggeht, innere Unwahrhaftigkeit, Feindschaft gegen das christliche Evangelium". Im Verlauf dieses Propagandakampfes zur Verteidigung der Freiheit der Ausbeutung und der Freiheit, diesen Tatbestand als gottgewollt in den Schulen verkünden zu dürfen, kamen einige Pfarrer in der DDR vor den Richter, wurde die Junge Gemeinde (Jugendorganisation der evangelischen Kirche) wegen Beteiligung einiger ihrer Mitglieder an Brandanschlägen von Staatsorganen illegal genannt. Dibelius erklärte daraufhin am 24.5. 1953 den Kirchenkampf. Der Gegensatz von Kirche und dem DDR-Staat sei unversöhnlich. In der gleichen Rede heuchelte Dibelius Verständnis für wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter, mit Spekulation auf die stattfindende Auseinandersetzung um die Arbeitsnormen, um die Arbeiter für den Kirchenkampf einzu-



In dem in Brand gesetzten Haus am Potsdamer Platz befand sich eine Zweigstelle der staatlichen Handelsorganisation und die Volkspolizei

Eigentum der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden deutschen Heimatvertriebenen" (Anfrage vom 6.7.82) stark macht.) Jeder Besuch einer ganz normalen CDU-Veranstaltung kann darüber belehren, daß die Zahl von Leuten, die handfestes Interesse an der deutschen „Wiedervereinigung" haben, nicht gering und im Wachsen begriffen ist. Sei's, daß sie sich von der Wiederherstellung der Ausbeutungsfreiheiten in der DDR und den anderen RGW-Ländern persönlich was versprechen, sei's, daß sie sich angesichts des Konjunktureinbruchs in der BRD auf einen wunderschönen Wiedervereinigungsboom Hoffnung machen (lassen).

Mit den geplanten Aufmärschen zum „17. Juni" versucht die Reaktion, die großdeutsche Anhangbildung voranzutreiben. Wir meinen, es ist nötig, sie nach Kräften dabei zu stören. In diesem Sinne wird sich der BWK unter anderem auch an der Demonstration am 17. Juni in Bonn beteiligen, zu der die Marxistische Gruppe aufruft.

Quellenhinweis: Materialien zu Deutschlandfragen 1981/82, Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen; D. Blumenwitz, Was ist Deutschland?, 1982; Alois Mertes, Wie offen ist die deutsche Frage, in: Politik und Kultur 4/82; Vortrag von Herrn Wolff von Amerongen anlässlich der 70. Baden-Badener Unternehmergespräche am 10. April 1983 in Baden-Baden; Joachim Jahnke, Westliche Kreditpolitik gegenüber osteuropäischen Staaten, in: Europa Archiv 15/82.

spannen. Er erklärte, daß die Arbeiterschaft „in den vergangenen Tagen ein gewisses Recht gehabt" habe, „sich über mangelndes Verständnis in der christlichen Kirche zu beschweren. Aber das ist ja nun vorbei." Beide Kirchen haben danach, Ende 1953, Anfang 1954, einen Teil ihrer Forderungen erfüllt bekommen, wie den stärkeren Einfluß an den Schulen sowie die Rückführung einiger kirchlicher Besitztümer.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen in der DDR am 17.6. 1953 war ein Streik gegen die Normenerhöhungen am 16.6. Den Streikforderungen wurde am Abend des ersten Streiktages entsprochen, die Normenerhöhung wurde von der Regierung zurückgenommen. Dennoch fanden auch noch am 17.6. weitere Streiks und Demonstrationen statt. Dem später von den Imperialisten beschriebenen hochwallenden „Gefühl der Deutschen für nationale Einheit" in der „Freiheit" ist mit aus Westberlin und mit Fallschirmabsprüngen herübergeschleusten Plünderungs- und Brandstiftungsbanden mit Waffen, Schwefel-, Phosphor- und Benzinflaschen sowie Flugblättern von westdeutscher und US-Seite ein wenig nachgeholfen worden.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart; Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte; O. Dibelius, Reden, Briefe 1933—1967

Gemeinsame Erklärung der Zentralen Komitees von BWK und KPD zum „17. Juni"

1. Man kann feststellen: Die offene, reaktionäre Wiedervereinigungspropaganda strebt zum 17. Juni hin auf einen neuen Höhepunkt.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat ihren Anspruch auf Einverleibung der DDR und von Teilen der VR Polen und der Sowjetunion („Deutschland in den Grenzen von 1937") gleich als Verfassungsauftrag formuliert und durch mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, so durch das KPD-Verbotsurteil und die Ostvertragsbeschlüsse, bekräftigt. Sie hat sich nie mit der Niederlage im 2. Weltkrieg und dem Verlust ihrer Ausbeutungsfreiheiten östlich der Elbe abgefunden und strebt die Wiederherstellung eines großdeutschen Reiches an, das ihr als Basis für die Beherrschung eines „wiedervereinigten" Großeuropa dienen soll.

Die BRD schreckt bei der Verfolgung dieses Ziels vor keiner Einmischung, keiner Erpressung, keiner Drohung zurück. Ihre Weigerung, die bestehenden Grenzen anzuerkennen, und ihre Anmaßung, „alle Deutschen" zu vertreten, sind eine beständige Bedrohung der osteuropäischen Länder, insbesondere der DDR, der VR Polen und der UdSSR. Immer deutlicher tritt heute zutage, was es mit dem „Gewaltverzicht" auf sich hat, zu dem sich die BRD erklärt: Der „Aggressor" wird festgelegt, die „Kriegsschuld" zugewiesen, der „Verteidigungsfall" ideologisch vorbereitet.

In der ideologischen Vorbereitung des Krieges, den die westdeutsche Bourgeoisie an der Seite ihrer NATO-Partner als großdeutschen Eroberungskrieg zu führen trachtet, hat der „17. Juni" gerade auch in diesem Jahr eine bedeutende Rolle: für die Propaganda der „Freiheit" des westdeutschen Kapitals, für die Mobilisierung von zu allem entschlossenem Fußvolk. Dieser Absicht dienen die Gründungen von „Bürgerinitiativen 17. Juni", die Welle von Veranstaltungen, die Propagandaumzüge, Sternmärsche, Revanchistentreffen und Faschistenaufmärsche.

2. Das ZK des BWK und das ZK der KPD stimmen darin überein,

– daß im Kampf gegen die Kriegsgefahr in der BRD und Westberlin dem Kampf gegen die „Wiedervereinigungs"politik der westdeutschen Bourgeoisie besondere Bedeutung zukommt;

– daß die revolutionären Sozialisten auch deshalb eine besondere Verantwortung haben, der reaktionären „Wiedervereinigungs"propaganda zum „17. Juni" nach Kräften entgegenzutreten, weil das sonst nämlich niemand tut;

– daß also die Entfaltung einer Gegenkampagne zum „17. Juni" notwendig ist, die das Ziel hat, die „Wiedervereinigungs"politik der westdeutschen Bourgeoisie in ihrem aggressiven Charakter zu enthüllen und anzugreifen und die Anhängerbildung unter großdeutsche Flagge zu stören. Gegen die deutsche Wiedervereinigung im imperialistischen Krieg! Die BRD muß endlich alle Ansprüche gegen die osteuropäischen Staaten aufgeben! Völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der polnischen und sowjetischen Grenzen! BRD – raus aus der NATO!

– daß beide Organisationen bei der Durchführung von örtlichen und regionalen Veranstaltungen wie auch bei direkter Konfrontation mit der reaktionären „Wiedervereinigungs"-propaganda zusammenarbeiten und auch die Zusammenarbeit mit anderen revolutionären und fortschrittlichen Organisationen suchen;

– daß alles, was sich gegen die revanchistische Propaganda zum „17. Juni" regt, unsere Solidarität hat.

Verabschiedet auf einer gemeinsamen Sitzung des Zentralen Komitees des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) und des Zentralen Komitees der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 16. April 1983 in Köln

Gegen Ausweitung der Lohnabzüge

München. Betriebsräte und Vertrauensleute des Münchener Zeitungsverlags haben eine Resolution gegen die Koalitionspläne verfaßt, Schicht-, Sonn- und Feiertagszuschläge abgabenpflichtig zu machen: „... Vorerst ist nur die Rede davon, daß dafür die Rentenversicherungspflicht eingeführt wird, doch wenn der Damm erst einmal gebrochen ist, wird die volle Besteuerung nur eine Frage der Zeit sein ... Die Rentenversicherung kann auch anders gesichert werden: z.B. dadurch, daß die gezahlten Beiträge zweckgebunden verwendet werden, nur für Rentenzahlung." Dafür wurden Unterschriften gesammelt.

IG Druck: Nachtarbeit einschränken

München. In einem Beschluß der Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier vom 18.–20. März tritt sie „allen Bestrebungen entgegen, den Frauenarbeitsschutz einzuengen oder ersatzlos zu streichen. Wir fordern den Hauptvorstand auf, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß der Frauenarbeitsschutz überprüft und im Interesse der weiblichen Arbeitnehmer ausgebaut wird". Aus der Begründung hinsichtlich der Nachtarbeit: „Nachtarbeit (ist) für alle Arbeitnehmer gesundheitsschädlich, deshalb ist eine Ausweitung des Nachtarbeitsverbots für weibliche Angestellte und Männer notwendig. Sie ist deswegen auch nur dort zuzulassen, wo sie zur Versorgung der Bevölkerung unbedingt notwendig ist. Wo Nachtarbeit unvermeidbar ist, sollte wegen der gesundheitsschädigenden Wirkung die Arbeitszeit verkürzt werden."

Mit einer ganztägigen Mahnwache am 11. April erinnerte die Düsseldorfer HBV-Gewerkschaft an die Bücherverbrennung der Nazis (Bild). Vier Wochen später hatten die Nazis in anderen Groß- und Universitätsstädten 1933 gleiche Terroraktionen durchgeführt. Die Nazis erklärten in Düsseldorf 900 Kunstwerke in den Museen für „kulturbolschewistisch", vernichteten sie und veröffentlichten Ausbürgerungslisten. Auf der Abendveranstaltung der HBV forderte der Geschäftsführer auf, die erneuten Anfänge der Nazis zu bekämpfen.

Als die Aktionäre des Caterpillar-Konzerns am 14.4. in San Francisco ihre Hauptversammlung durchführten, demonstrierten vor dem Tagungsort streikende Arbeiter. Den Streik gegen den Caterpillar-Kozern führen die 21000 Mitglieder der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW jetzt im siebten Monat. Bild: Streikposten vor dem Hauptwerk in Peoria, Illinois. Da die Lager der Händler leer werden, haben die Kapitalisten einen Teil ihrer Forderungen nach Lohnkürzungen zurückgenommen und zwar die Forderungen nach Beseitigung der bezahlten freien Tage, die im Durchschnitt im Jahr pro Beschäftigten 50 Stunden ausmachen, und die Forderung nach nur jährlicher Inflationsanpassung der Löhne. Die UAW hatte daraufhin die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die UAW fordert die Verlängerung des bisherigen Vertrages um drei Jahre, jährliche Erhöhung des Tarifgrundlohnes um 3% und vierteljährliche Inflationsanpassung. Die Kapitalisten dagegen bestehen weiter darauf, für die nächsten drei Jahre die Tariflöhne nicht zu erhöhen, die Sozialversicherungsbeiträge zu kürzen und die Anwesenheitsprämie zu streichen.

Antifaschisten-Kongreß gegen Schlageter-Feier

Das Antifaschistische Aktionskomitee hatte für den 17. April nach Lörrach zu einem Kongreß zur Vorbereitung der Aktionen gegen den alljährlichen Faschistenaufmarsch aus Anlaß des Todestages des „Ruhrkämpfers" Leo M. Schlageter aufgerufen. Die 68 Teilnehmer fordern in einer Erklärung das behördliche Verbot des Faschistenaufmarsches. Sie wendet sich gegen die These, daß die Faschisten durch „Gegendemonstrationen bloß aufgewertet würden" (v.a. von der örtlichen SPD vertreten) und stellt in diesem Zusammenhang u.a. fest, daß „aus dem Mund des Innenministers Zimmermann die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 gefordert wird, also jene von den Neo-Nazis seit Jahren propagierten Kriegsziele." Es wird zu einer Gegendemonstration zum voraussichtlichen Termin am 22. Mai um 11 Uhr in Schönau aufgerufen.

IGBSE: Musterprozeß gegen Kirchen

Der Verwaltungschef des Paderborner St. Josefskrankenhauses, das vom „Missionshaus der Schwestern vom Kostbaren Blut" getragen wird, verweigerte dem Vertreter der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden (IGBSE) am 30.3. den Zutritt zum Haus. 80 Putzfrauen, die in dem katholischen Krankenhaus arbeiten, aber bei der Gebäudereinigungsfirma Ahr aus Oberhausen beschäftigt sind, wollten in ihrem Aufenthaltsraum erstmalig einen Betriebsrat wählen. Der IGBSE-Vertreter sollte sie dabei unterstützen. Vorsorglich hatte die IGBSE eine einstweilige Verfügung vom Arbeitsgericht erwirkt, die der Gewerkschaft das Zutrittsrecht zuerkennt und im Falle der Zuwiderhandlung ein Zwangsgeld in Höhe von 10000 DM androht. Dennoch wurde der Gewerkschaftssekretär nicht eingelassen. Frech genug, daß ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorschreibt, daß Gewerkschaften zu konfessionellen Krankenhäusern keinen Zugang haben, wenn sie Kontakt zu den Beschäftigten der Träger aufnehmen wollen. Inzwischen hat das Arbeitsgericht die einstweilige Verfügung aufgehoben: Die Gewerkschaft hätte bei der Firma Ahr beantragen müssen, die Betriebsratswahl in Räumen außerhalb des Krankenhauses durchzuführen.

Türkei: Freispruch für S. Buz

Hannover. Der türkische Sozialarbeiter S. Buz aus Hannover, der Mitte September 1982 in der Türkei während eines Urlaubs verhaftet worden war, wurde vor 14 Tagen nach dem dritten Verhandlungstag vor einem türkischen Militärgericht freigesprochen. Buz war vorgeworfen worden, Mitglied einer „illegalen" türkischen Organisation in der BRD gewesen zu sein. Im Gefängnis hatte Buz unter Folter ein entsprechendes Geständnis unterschrieben, das er später widerrief. Die Inhaftierung von Buz war auf vielfachen Protest gestoßen. Zu allen Verhandlungen reisten Rechtsanwälte und Vertreter der Stadt Hannover. Trotz des Freispruchs konnte Buz bisher nicht nach Hannover zurückkehren.

Lehrplanrevision

Von der Tendenzwende zur Ausrichtung auf Regierungspolitik

Stuttgart. Die derzeit in Baden-Württemberg in der Öffentlichkeit unter den Slogans „Mehr pädagogischer Freiraum" und „Entrümpelung" vorgetragene Revision der Lehrpläne muß in ihrem Entstehungszusammenhang verfolgt werden: der von der CDU/CSU ab 1972 propagierten und planmäßig betriebenen Richtungsänderung (Tendenzwende) des öffentlichen Bewußtseins und im Verbund mit den CDU-Kultusministerien durchgeführten Bildungspolitik.

In einer sprachkritischen Rede im Juli 1972 beklagte der bayerische Kultusminister Maier, daß der Begriff „Demokratie" von vielen nicht mehr als Ordnungsbegriff und Beschreibung der gegebenen politischen Zustände verstanden werde, sondern als Anspruch an die Wirklichkeit und der Begriff in seiner „dynamisierten Form ‚Demokratisierung' dabei" sei, „ein Kampfbegriff gegen rechtstaatliche und parlamentarische Status-quo-Befestigung schlechthin zu werden". Zur selben Zeit rief der baden-württembergische Kultusminister Hahn in einem „Offenen Brief an Hochschullehrer, Lehrer, Verleger und im Kultusbereich Tätige" dazu auf, die durch die demokratische und revolutionäre Bewegung ab Ende der 60er Jahre an den Hochschulen verbreitete kritische und revolutionäre Theorie von dort zu verbannen, sowie deren Einfluß auf die Lehrerausbildung und den Geschichts-/Gemeinschaftskundeunterricht an den Schulen.

Ihre programmatische Ausformung erhielt die Wende in den neun Thesen „Mut zur Erziehung", die 1978 auf einem gleichnamigen Forum in Bonn von einem Arbeitskreis reaktionärer Professoren, u.a. Nikolaus Lobkowicz, Hermann Lübbe, vorgestellt wurden. Entgegen den aufklärerischen Ansprüchen der emanzipatorischen und kommunikativen Didaktik, Ergebnis von Bildung müßten kritikfähige und mündige, sich ihres Verstandes bedienende Bürger sein, entwerfen die Thesen das Erziehungsziel des sich in die herrschende Ordnung einfügenden und sie verteidigenden Untertans: „Wir wehren uns gegen den Irrtum, die Schule könne Kinder ‚kritikfähig' machen, indem sie sie dazu erzieht, keine Vorgegebenheiten unbefragt gelten zu lassen. – In Wahrheit treibt die Schule damit die Kinder in die Arme derer, die als ideologische Besserwisser absolute Ansprüche erheben. Denn zum kritischen Widerstand und zur Skepsis gegenüber solchen Verführern ist nur fähig, wer sich durch seine Erziehung mit Vorgegebenheiten in Übereinstimmung befindet." (These 4) These 2 weist den Tugenden des Fleißes, der Disziplin und der Ordnung zentralen Stellenwert zu, weil unter allen politischen Umständen nötig.

Die allgemeinen pädagogischen Zielformulierungen der Lehrplanrevision fußen auf diesen Thesen sowie den entsprechenden Bestimmungen der Landesverfassung und des Schulgesetzes; z.T. findet eine *direkte* Ausrichtung auf die Regierungspolitik statt, wie sie schon immer mit Erlassen der Kultusministerkonferenz (KMK) erfolgt ist. Die Zielangaben zur deutschen Frage orientieren sich quer durch alle Schularten an dem KMK-Beschluß „Die deutsche Frage im Unterricht" vom 23.11.78 (Pol. Ber. 13/82). Die Schüler sollen zur Betroffenheit über die willkürliche Teilung geführt, durch Aufzeigen historischer Gemeinsamkeiten ein Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt und das Verständnis des Rechts der deutschen Nation auf Wiedervereinigung in Freiheit geweckt werden (Lehrplan Geschichte Gymnasien Grundkurs 13.2., Realschule Klasse 10).

Den „sicherheitspolitischen Erfordernissen" angepaßt sind die Lehrplaneinheiten zur „Friedenssicherung'. Im Lehrplan Berufsschulen wurden hier folgende Änderungen vorgenommen: 1. Das Kapitel „Friedenserziehung" des noch gültigen Lehrplans wurde ersatzlos gestrichen, u.a. der Teil „Kennen von Minderheiten und Randgruppen/Vorurteile gegenüber Minderheiten in unserer Gesellschaft". Dieser Abschnitt wurde in den letzten Monaten vor allem von gewerkschaftlich organisierten Lehrern genutzt, um Unterrichtseinheiten über Ausländerfeindlichkeit und ihre Ursachen durchzuführen, oft in Verbindung mit einer Kritik der Ausländergesetzgebung und Reportagen über ihre Ausbeutung (Industriereportagen von Wallraff). Solche Nischen, die es an verschiedenen Punkten der geltenden Lehrpläne gibt, werden beseitigt. 2. Die Lehrplaneinheit Friedenssicherung und Bundeswehr wurde von drei auf acht Stunden erweitert und die Bereiche „Innerstaatliche Konflikte", „Zwischenstaatliche Konflikte" und „Bundeswehr' miteinander verknüpft. Die Begriffe Abrüstung, Entspannung sind gestrichen, Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung stehen nicht mehr gleichwertig untereinander, sondern die Kriegsdienstverweigerung wird als Unterpunkt von „allgemeiner Wehrpflicht" aufgeführt.

Quellenhinweis: Paul Harro Piazolo: 14 Jahre Ära Hahn in: Kultus und Unterricht 13/78.

Schülertransparent beim Juniorenländerspiel BRD-Frankreich am 24.3.82; „MV: Singen fürs Vaterland und nun: Schreien fürs Vaterland!"

Versicherungsgewerbe

Gehaltstarife und Rationalisierungsschutz

Am 16.4. wurde das neue Tarifabkommen für die rund 280000 Beschäftigten im privaten Versicherungsgewerbe abgeschlossen. Die Gehaltserhöhungen von 3,2% und 20 DM für Auszubildende liegen knapp unter dem Abschluß im Bankgewerbe, beinhalten aber ein Rationalisierungsschutzabkommen, durch das der bislang herrschende tariflose Zustand beendet wird. Die Laufzeit beträgt zwölf Monate.

Erstmalig ist der Geltungsbereich des Tarifes auf Teilzeitbeschäftigte (wenn sie mehr als zehn Wochenstunden haben, Reinigungs- und Küchenhilfsdienst ab einem Jahr Betriebszugehörigkeit) ausgedehnt worden. Die Versicherungskapitalisten kündigten für das nächste Jahr einen Stop bei den Ausbildungsvergütungen an.

Das neue Rationalisierungsschutzabkommen hat den Vorteil, daß es vor dem § 111 des Betriebsverfassungsgesetzes eingreift, also für die Rationalisierungsmaßnahmen auf den einzelnen Arbeitsplatz abstellt und keine „Betriebsänderung" mehr voraussetzt. Das Abkommen enthält ferner einige Schutzbestimmungen gegen Abgruppierung und Entlassung. In § 4 heißt es: „Ändert sich aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen die Tätigkeit eines Arbeitnehmers an seinem bisherigen Arbeitsplatz, hat grundsätzlich die

Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses innerhalb des Unternehmens den Vorrang vor dessen Auflösung." Eine Änderungskündigung ist erst nach vier vorgeschalteten Arbeitsplatzangeboten möglich. Der Kapitalist ist dafür beweislastpflichtig, daß er weder gleichwertige noch zumutbare Arbeitsplätze anbieten kann. Wenn eine Versetzung auf einen geringer bewerteten Arbeitsplatz oder eine Herabstufung des bisherigen Arbeitsplatzes durchgeführt werden soll, muß der Kapitalist eine schriftliche Änderungskündigung aussprechen oder aber mit dem Betriebsrat ein schriftliches Einverständnis darüber herbeiführen. Der Betriebsrat erhält also für den Fall einer solchen Umsetzung dieselben Rechte wie bei einer ordentlichen Kündigung.

Der Kündigungsschutz wird insofern verbessert, als ohne besondere gerichtliche Nachprüfung jede einzelne Kündigung als sozial ungerechtfertigt gilt, die ohne Beachtung der Regelungen des Rationalisierungsschutzabkommens ausgesprochen wird. Die Unternehmen werden durch den Tarifvertrag zu Umschulungs- und Einarbeitungsmaßnahmen – auch über eine Dauer von neun Monaten hinaus – verpflichtet. Über Inhalt und Dauer der Einarbeitung oder Umschulung muß mit dem Betriebsrat beraten werden.

Der Tarifvertrag wurde bereits im dritten Verhandlungstermin abgeschlossen. Zu den für die folgende Woche geplanten Aktionen der HBV in verschiedenen Städten kam es nicht.

Krankenhäuser

CDU greift Beschäftigte in der öffentlichen Gesundheitsversorgung an

Westberlin. Das gesundheitspolitische Konzept des CDU-Senats (mittlerweile CDU/FDP-Senat) rundet sich allmählich ab. Nach der Schließung von örtlichen Krankenhausteilbereichen bzw. einzelnen Abteilungen und der gleichzeitigen Einrichtung von Sozialstationen, die ausschließlich von gemeinnützigen Trägern gehalten werden, erfolgt nun der entscheidende Angriff auf die

ÖTV-Demonstration 1982 gegen Krankenhausschließung in Westberlin

städtischen Krankenhäuser. Auf dem Tisch liegt der CDU-Antrag über ein „Gesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes" (LKG), welches 1974/75 als Reformwerk im Krankenhausbereich von der SPD verkauft wurde.

Die entscheidende Änderung des LKG erfolgt in § 21e, der folgende zwei Absätze enthält: „Der Krankenhausbetrieb entscheidet nach Leistungs- und Kostengesichtspunkten eigenverantwortlich, ob er für Teilaufgaben Leistungen eines anderen Krankenhauses einschließlich der gemeinnützigen und privaten Häuser, einer Verwaltungsstelle oder der privaten Wirtschaft gegen Entgelt in Anspruch nimmt." Und: „Das für das Gesundheitswesen zuständige Mitglied des Senats kann im Einvernehmen mit dem Senator für Finanzen zulassen, daß ein Krankenhausbetrieb oder ein örtlicher Bereich eines Krankenhausbetriebes allein oder unter Zusammenschluß mit einem anderen Träger in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt wird." Damit wird die Privatisierung in und von Krankenhäusern praktisch zur Pflicht.

Gleichzeitig wird in dem Änderungsentwurf festgelegt, daß BAT und BMT-G keine Anwendung in solch geänderten Bereichen erfahren. Dies wird inzwischen von den Senatsvertretern als Versehen erklärt, das dadurch zustande gekommen sei, daß man einfach Teile vom SPD-Entwurf abgeschrieben habe. In der ÖTV und unter den Beschäftigten herrscht aber weitgehende Übereinstimmung darüber, daß dies ein dummdreister Versuch war, gesetzlich abzusichern, was praktisch sowieso die Folge der Privatisierung wäre, und dort, wo sie bereits stattgefunden hat, auch ist: weitgehende Entrechtung der Beschäftigten und Senkung des Lohnniveaus. So findet in gemeinnützigen und privaten Krankenhäusern auch das Personalvertretungsrecht keine Anwendung. Die z.B. in kirchlichen Krankenhäusern (und in Westberlin sind die größten gemeinnützigen Krankenhäuser in kirchlicher Hand) existierende Mitarbeitervertretungen haben nur einen Bruchteil der Rechte und Möglichkeiten eines Personalrats und fühlen sich darüberhinaus oftmals selbst mehr der Kirche als den Beschäftigten verbunden. Wählbar ist auch nicht jeder Beschäftigte. So ist bei der Caritas derjenige ausgeschlossen, der keiner Kirche angehört, und die Diakonie will ausländische Beschäftigte vom passiven Wahlrecht ausschließen.

Man wird davon ausgehen können, daß die CDU die Taktik anwendet, immer mehr Teilbereiche zu verscherbeln. An den städtischen Krankenhäusern führt dies dann dazu, daß die Beschäftigten verschiedene Dienstherren haben, z.B. den Senat, das DRK oder die Kirche. Gemeinsame Personalversammlungen gäbe es dann nicht mehr. Die Anwendung von Tarifverträgen und die Personalvertretung wäre unterschiedlich, die Möglichkeit der ÖTV z.B. erheblich eingeschränkt durch das Zutrittsverbot an kirchlichen Einrichtungen. Erprobt wird dieses „Modell" bereits im Bezirk Wedding, wo der vor kurzem ans DRK übergebene Blutspenderdienst auf dem Gelände und in den Räumen des städtischen Krankenhauses seinen Sitz hat. Die Beschäftigten sind vorläufig zwei Jahre ans DRK vermietet.

Schon jetzt besteht ein Verhältnis städtische und universitäre Krankenhausbetten zu gemeinnützigen und privaten von etwa 1,5 zu 1. Wird dieses Verhältnis noch weiter verschlechtert, kann man sich die Folgen, z.B. für das Tarifgefüge im öffentlichen Dienst, leicht ausmalen. Bisher sind die gemeinnützigen Krankenhäuser gezwungen gewesen, zumindest die Lohntarifabschlüsse zu übernehmen und wichtige andere Tarifverträge (wie z.B. den über Zusatzurlaub für Schichtdienstlei-

stende oder den über den Bereitschaftsdienst) anzuwenden, wenn auch oft mit großer Verzögerung. Anderenfalls hätten sie Schwierigkeiten, genügend Personal zu finden. Wird jedoch der Bereich ausgedehnt, für den die ÖTV keine Tarifverhandlungen führt, so wird sich dieser Zustand rasch umkehren.

Die ÖTV mobilisiert mit aller Kraft die Beschäftigten an den städtischen Krankenhäusern gegen diese Gesetzesänderung. Personalversammlungen nur zu diesem Thema werden durchgeführt. Mehrere Vertrauensleute- und Personalrätekonferenzen haben stattgefunden. Eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Abgeordnetenhausfraktionen wurde von etwa 300 Vertrauensleuten aus dem Gesundheitswesen besucht. Die ÖTV befürchtet zu Recht, daß bei Durchsetzung dieser Gesetzesänderung weitere die Westberliner Eigenbetriebe betreffende folgen werden. Langfristig würde somit die Basis der ÖTV untergraben. Die ÖTV droht mit Streik.

FAG Kugelfischer
Streichung nichttarifierter Lohnanteile

Schweinfurt. 1982 hat FAG Kugelfischer, Schweinfurt, „freiwillige soziale Leistungen" in Höhe von 3,9 Mio. DM pro Jahr gestrichen, darunter Fahrtkostenzuschüsse, Praktikantenvergütungen, Kur- und Erholungszuschüsse, freiwillige Urlaubsgratifikation für AT-Angestellte. Auf der letzten Betriebsversammlung im Dezember verkündeten die Direktoren: 1983 werde das „Jahr der Sparsamkeit und des Zurechtkommens in bescheidenen Verhältnissen". Die 1982 vorgenommenen Kürzungen seien nicht so schlimm, da die Lage bei der Einführung in den fünfziger Jahren anders gewesen sei als heute. Jetzt müsse der Abbau des „freiwilligen Weihnachtsgeldes" in Höhe von 4 Mio. DM pro Jahr überlegt werden.

Kurz darauf auf der FAG-Kinderweihnachtsfeier bedankte sich FAG-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Saal „für Weihnachtsfeiern und die freiwilligen Leistungen und Zuwendungen, die in einer so schwierigen Zeit gar nicht selbstverständlich seien". Die Direktoren nahmen diesen dankbaren Hinweis, daß Streichen von nichttarifierten Lohnbestandteilen eigentlich nur normal wäre, zur Kenntnis und erklärten prompt dem Gesamtbetriebsrat im Januar, „daß die betriebliche Altersversorgung neu überdacht werden muß".

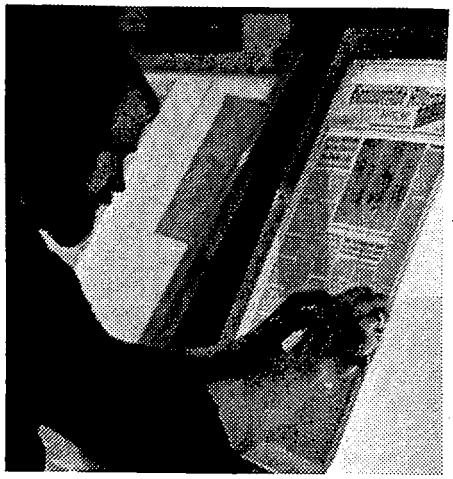
Auf der Wirtschaftsausschußsitzung am 6. April konkretisierten die Direktoren jetzt: Die Betriebsrente soll von 0,5% des ruhegeldfähigen Einkommens/Jahr der Betriebszugehörigkeit auf 0,25% gesenkt werden. Der Betriebsratsvorsitzende begründete seine Zustimmung auf der VK-Sitzung so: Die Kürzung sei halb so schlimm, da die meisten Werksrentner sowieso nicht die volle Werksrente erhalten würden wegen Überschreitens der festgelegten Obergrenze für die Gesamtversorgung aus Sozialversicherungsrente plus Werksrente von 70% des ruhegeldfähigen Einkommens. Da die Direktoren jetzt die Obergrenze gleichzeitig auf 64% senken wollen, wird er mit derselben Argumentation in zwei Jahren erneuten Rentensenkungen zustimmen können.

Ebenfalls zugestimmt hat der Betriebsrat einer anderen pfiffigen Idee des FAG-Direktoriums: Anläßlich des 100jährigen FAG-Jubiläums in diesem Jahr sollen alle Beschäftigten durchschnittlich 450 DM Jubiläumsgeld erhalten, allerdings in Form von FAG-Wertpapieren, die erst dann tatsächlichen Geldwert erhalten, wenn es die FAG-Geschäftslage zuläßt. Auch künftige Jahresprämien sollen in Wertpapierform gezahlt werden. Der von der christlichen Reaktion und dem CMV propagierte Investivlohn hält so Einzug bei FAG, schon lange heiß ersehnt, da FAG als einer der größten Konzerne in Familienbesitz „chronisch an Eigenkapitalmangel und zu hohen Zinsbelastungen leidet".

Madsack
Einführung eines Integrierten Satzsystems

Hannover. Die Madsack-Verlagsgesellschaft (1300 Beschäftigte) beherrscht den Zeitungsmarkt in ca. einem Drittel Niedersachsens. Sie verfügt über das einzige hannoversche Zeitungs-Druckzentrum.

1974 haben die Madsack-Kapitalisten mit Bezug eines Neubaus auf Fotosatz umgestellt. Jetzt wollen sie mit einem neuen System bis 1988 mit 100 Beschäftigten weniger im Satzbereich (bisher 237) auskommen und den direkten Anschluß der Texte an Bildschirmtext erreichen. Das neue System (Installation ab 1985) soll die Einmalerfassung aller Texte am Ursprungsort und weitgehendes Überflüssigmachen der Montagearbeiten möglich machen. Statt zentraler Satzerfassung werden Erfassungspools bei den Redaktionen errichtet. Agenturmeldungen und Artikel von Außenredaktionen werden direkt in das System übermittelt und können am Bildschirm bearbeitet werden. Die Montage soll weitgehend (Bilder und gestaltete Anzeigen müssen vorerst noch einmontiert werden) entfallen, weil das System über Kommandos die Seiten selbst zusammenstellt.



Montageabteilung: bisher 90 Montierer, nach Einführung des neuen Satzsystems bleiben 19 übrig.

Betriebsrat und Belegschaft fordern als erstes eine Betriebsvereinbarung, die Madsack verpflichtet, keine Entlassungen vorzunehmen und den bisherigen *Netto*lohn (Ausgleich für abgabenfreie Zuschläge, die entfallen) bei Umbesetzungen zu garantieren. In einer zweiten Vereinbarung sollen Umschulung, Arbeitsablauf, Arbeitsplatzgestaltung, Gesundheitsschutz usw. geregelt werden. Dabei müssen beträchtliche Probleme gelöst werden. Die Madsack-Kapitalisten werden eine umfassende Intensivierung der Arbeit beabsichtigen: verstärkter Einsatz von Schreibkräften und Ausdehnung der Teilzeitarbeit an den Eingabegeräten.

In der Anzeigenannahme arbeiten die Schreibkräfte (teilweise in Teilzeit) schon jetzt unter solchem Druck, daß die tariflichen Bildschirmarbeitspausen nicht eingehalten werden. An die Verpflichtung zum Einsatz von Fachkräften für bestimmte Tätigkeiten (RTS-Tarifvertrag) und entsprechender Eingruppierung fühlt sich Madsack nicht mehr gebunden. Diese Regelung ist an eine Acht-Jahresfrist gebunden, die abgelaufen sei, weil schon 1974 mit Fotosatz begonnen wurde. Ungünstig ist, daß Madsack bisher schon die anstrengende Korrekturarbeit an den Bildschirmen durchgesetzt hat. Die schnelle, intensive Satzbearbeitung innerhalb des Systems muß also nur noch in den Redaktionen ausgebaut werden, was auch eine Verdichtung der Redakteursarbeit zur Folge haben wird.

Der Betriebsrat tritt für die Schaffung von Misch- und projektbezogenen Arbeitsplätzen ein, um die Herausbildung von stumpfsinnigen Tätigkeiten und erhöhter Gesundheitsbelastung zu verhindern.

Berufsgenossenschaft Chemie

Die häufigste Berufskrankheit ist die Lärmschwerhörigkeit

Hamburg. Die mit großem Abstand am meisten bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie angezeigte Berufskrankheit ist die Lärmschwerhörigkeit. 1981 wurden 676 Fälle angezeigt, was 38% aller gemeldeten Krankheiten bedeutet. Davon hat die Berufsgenossenschaft aber ganze 59 (= 8,7%) als Berufskrankheit anerkannt (Jahresbericht 1981).

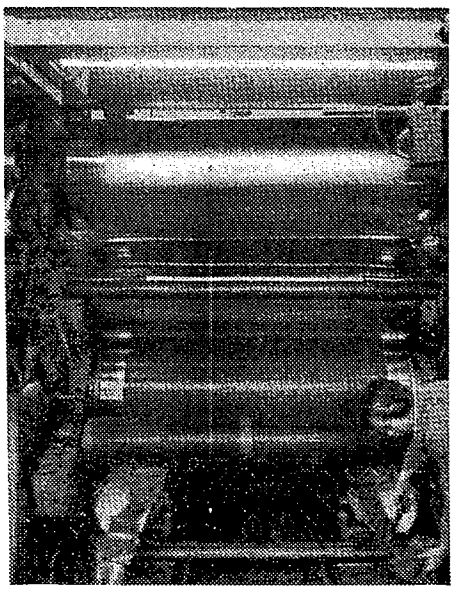
Lärmverhältnisse wie bei der Phoenix AG Hamburg (Kautschukverarbeitung) sind nicht gerade die Ausnahme. Nach Angaben des werksärztlichen Dienstes herrscht in den meisten Abteilungen Lärm von mehr als 90 Dezibel (db/Phon), an Walzwerken und Kalandern bis zu 95 dB. Der Schalldruck ist bei z.B. 90 dB zehnmal so groß wie bei 50 dB (Bürolärm). Lärmschwerhörigkeit, aber auch Herz-, Kreislauf- und Magenerkrankungen sind Folgen. Ernste Hörschäden können ab 80 dB Dauerbelastung auftreten.

Gesetzlich sind die Kapitalisten zwar verpflichtet, „Arbeitsstätten so einzurichten und Arbeitsverfahren so zu gestalten und anzuwenden, daß auf die Versicherten kein Lärm einwirkt" (Unfallverhütungsvorschrift „Lärm", VBG 121), doch die Kapitalisten sehen sich nicht gezwungen, sich daran zu halten. Tatsächlich begnügen sich die Kapitalisten in der Regel mit der berufsgenossenschaftlich vorgeschriebenen Kennzeichnung von Arbeitsplätzen mit besonders hoher Lärmbelastung durch das bekannte blaue Hinweisschild.

Einzige Schutzmaßnahme bei Phoenix ist die zweijährliche Gehörkontrolle durch den Werksarzt, der einem aber im Falle einer festgestellten verminderten Hörfähigkeit lediglich ans Herz legt, die kostenlos verteilten Ohrenstöpsel zu tragen. Diese Stöpsel aus Schaumstoff kosten die Phoenix nur ein paar Pfennige. Für die Arbeiter, die sie tragen sollen, sind sie unangenehm, da sie jucken, unhygienisch, da sie schnell verschmutzen, und störend, da sie eine akustische Verständigung unter den Kollegen fast ganz unterbinden. Durch die Ohrenstöpsel wird der Schalldruck von z.B. 95 dB am Kneter nur auf 80 dB gedrückt, was ja immer noch gesundheitsgefährdend ist. Der Unterschied ist aber, daß die Berufsgenossenschaft bei eingetretener Schwerhörigkeit nicht mehr zahlt, denn Rente wird nur anerkannt bei Lärm von über 90 dB Dauerbelastung. Solcher „Lärmschutz" schützt also gar nicht die Arbeiter vor Lärm, sondern die Kapitalisten vor Zahlung für die Folgen des Lärms.

Untersuchungen, wie die Lärmbelastung in den Fabriken vermindert werden kann, gibt es in ganz geringem Umfang. Für die Kapitalisten beschränkt sich Lärmbekämpfung meist (wenn überhaupt) auf Gehörschutzmittel für die Arbeiter; nur ganz selten lassen sie ihre Ingenieure über schalldämpfende Maßnahmen brüten.

In der Fachzeitschrift „Kautschuk & Gummi" 10/80 wurde der Artikel „Lärmminderungsmaßnahmen in der Kautschukindustrie" veröffentlicht. Die Autoren von der Berufsgenossenschaft Chemie erläutern, warum es auch für die Kapitalisten sinnvoll ist, sich mit Lärmschutz zu befassen: „Es besteht ganz sicher ein Zusammenhang zwischen dem Lärmpegel einerseits und der Arbeitsleistung, dem Arbeitswillen, der Konzentrationsfähigkeit und damit letzten Endes der Arbeitsqualität. Auch Unfallhäufigkeit und Krankenstand können positiv beeinflußt werden". Und: „Eine Lärmrente kostet im Mittel ca. 160000 DM!" Weil diese Untersuchungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur unter dem Gesichtspunkt der Profiterhaltung gemacht wurden, sind die vorgestellten Verbesserungen meistens primitiv, halb wirksam, auf jeden Fall so billig wie möglich, zeigen aber dennoch, daß mit Geldmitteln der Lärm in den Fabriken beseitigt werden kann.



Bis zu 95 dB (Phon) beträgt die ständige Lärmbelastung für Arbeiter am Kalander in der Kautschukindustrie. Das Plakat der BG Chemie droht: Verstopfst du deine Ohren nicht, zahlen wir nicht!

Zu den Hauptlärmquellen in der Kautschukindustrie zählen Elektromotoren, Getriebe, Walzwerke, Pneumatikventile und Stanzen. Überall gilt, daß bereits beim Hersteller der Maschine eingebaute Lärmschutzmittel wirkungsvoller sind als nachträglich installierte. Bei Elektromotoren kann der Lärm durch Veränderungen an den Lüftern (Axial- statt Radiallüfter plus ausgekleidete Lüfterhauben) von 10% bis zu 30% gemindert werden. Die Geräuschentwicklung der Getriebe kann verringert werden durch Verwendung von Schmiermitteln, die eine möglichst hohe Viskosität besitzen, und geeigneten Werkstoffen für die Getriebegehäuse; Gußeisen z.B. isoliert besser als Stahl. Grundsätzlich müssen Motoren und Getriebe auf Schwingmetallen aufgestellt, also akustisch gekoppelt sein, um die Körperschallübertragung zu vermeiden. Für große Antriebseinheiten, bestehend aus Hochspannungsmotor und Getriebe, wie bei Knetern und Walzwerken, empfiehlt der Artikel das Aufstellen von Schirmen aus Tischler- und Hartfaserplatten, an deren oberem Abschluß Dachschrägen angebracht werden sollen.

Der Nutzen einer solch primitiven Konstruktion wäre beschränkt, und mit Sicherheit würde sie die Arbeiter ständig behindern. Der Vorteil dieser Abschirmung soll darin bestehen, daß die großen Mengen an Wärme, die diese Antriebe erzeugen, durch die verbleibenden Öffnungen abgeführt werden können. Natürlich gibt es wirkungsvollere Methoden, doch die Autoren räumen ein: „Eine Kapselung" (von Motor und Getriebe) „mit entsprechender Fremdbelüftung scheitert in vielen Fällen an den hohen Kosten". Also wirksame Verkleidung an der Lärmquelle selbst ist zu teuer.

Negativliste gegen Versicherungsschutz

München. Zum 1. April ist als Teil des Haushaltbegleitgesetzes die sogenannte Negativliste oder Bagatellarzneimittelliste in Kraft getreten. Danach werden von den Krankenkassen Medikamente für Erkältungskrankheiten, Mund- und Rachenentzündungen, Verstopfung, Übelkeit und Erbrechen nicht mehr bezahlt.

In einer Vereinbarung zwischen den Krankenkassen und der Bundesärztekammer heißt es zur derzeitigen Anwendung des Gesetzes: ,,Bei Erkältungskrankheiten ..., es sei denn, es handelt sich um bloße Befindlichkeitsstörungen, sind dagegen die medizinisch gebotenen ... Mittel auch weiterhin auf Kassenrezept verordnungsfähig." (Deutsches Ärzteblatt 11/83)

Für eine jederzeit ausdehnbare Anzahl von Krankheiten ist der bisherige Versicherungsschutz damit zerstört. Der Begriff der Befindlichkeitsstörung verhindert darüber hinaus die rechtzeitige Untersuchung und Behandlung von Krankheiten. Die Einführung von ,,Bagatellerkrankungen" wird die Kapitalisten ermutigen, die Lohnfortzahlung dafür zu beseitigen.

Keinesfalls handelt es sich bei den in der Negativliste aufgeführten Erkrankungen um Bagatellen: 1980 starben in Bayern 7683 Menschen an Erkrankungen der Atmungsorgane, darunter 2906 an Lungenentzündung, 103 an Grippe, 2239 an Bronchitis. Das sind insgesamt 6,25% aller Sterbefälle in Bayern. (Bayerisches Statistisches Landesamt, Die Sterbefälle nach Todesursachen in Bayern 1980)

Keinesfalls soll es bei den jetzt genannten Krankheiten bleiben: ,,Kann man davon ausgehen, daß ... Sie an die Ausgrenzung weiterer Indikationen gehen? – Franke: Ja. Der Bundesverband der Ortskrankenkassen spricht ja von Einsparungen von etwa 20–30%" (Staatssekretär Franke vom Bundesarbeitsministerium in: ,,Ärztezeitung" vom 15.3.1983).

Gestrichen werden sollen als nächstes Schlaf-, Beruhigungs- und Entspannungsmittel, Schmerzmittel, Mittel gegen niedrigen Blutdruck, Umstimmungsmittel, Venenmittel und Augentonika (Beilagenblatt KV Intern 46/1982, München).

Rückkehrförderung

,,Beratungs"stelle zwecks Abschiebung von Türken

Ulm. Für 100000 DM hat das baden-württembergische Sozialministerium in Ulm eine Modellberatungsstelle für rückkehrwillige Türken eingerichtet, die für die einzelnen Fälle Möglichkeiten zur selbständigen Existenzgründung aufzeigen soll. Träger dieses Modells ist der ,,Arbeitskreis Integration und Reintegration" in Heidelberg (AIR), der mit Fachleuten der Handwerkskammern und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zusammenarbeitet. Außerdem unterhält er ein Büro in Ankara, das mit türkischen Ministerien und Banken in Kontakt steht und ist daneben Anlaufstelle für deutsche Firmen mit türkischen Niederlassungen. Bosch hätte z.B. gern den Aufbau eines Produktions- und Vertriebsnetzes für Solarzellen. Ein Kundendienstnetz für deutsche Haushaltsgeräte ist noch eine Marktlücke, im Tourismus werden noch Entwicklungsmöglichkeiten gesehen. Das übergreifende Interesse an diesem Modell besteht darin, gezielt die Türken zur Rückkehr zu bewegen, die in der Türkei nicht auf den ohnehin übersättigten Arbeitsmarkt drängen, sondern ihr bißchen Kapital aus Rentenbeitragserstattung, Rückkehrförderung und begrenzter Kapitalisierung des Kindergeldanspruches zum Aufbau von neuen Arbeitsplätzen einsetzen wollen, denn die Arbeitslosigkeit in der Türkei ist noch weit höher als in der Bundesrepublik.

Türkische Arbeiter bei Videocolor in einer Front mit der Gesamtbelegschaft – jetzt soll ihnen für 'n Appel und 'n Ei die Rückkehr schmackhaft gemacht werden.

Arbeitsschwerpunkte der Beratungsstelle: In einem ausführlichen Fragebogen geben die Interessierten ihre persönlichen Verhältnisse und Pläne an. Dann wird die Realisierbarkeit überprüft: Bekommt der zukünftige Bäcker überhaupt die Erlaubnis zum Einbau eines Backofens in seinem Haus? Ist das Marketing-Konzept des zukünftigen Zitrusfrüchtebauern stimmig? Findet der Tierzüchter in der Nähe seines zukünftigen Betriebes ein Kühl- und Schlachthaus? Geld müssen die Rückkehrwilligen natürlich selber mitbringen, haben sie aber auch, wenn sie sich die Rentenbeiträge – nur Arbeitnehmeranteil, versteht sich – ausbezahlen lassen. Für die Kassen kommt das billiger, als wenn sie später eine Rente auszahlen müssen, zumal sie den Arbeitgeberanteil stillschweigend kassieren.

Warum gerade in Ulm so eine Beratungsstelle? ,,Mit einem 15%igen Ausländeranteil können wir nicht leben", erklärt Ulms OB Lorenser, der den Modellversuch als ,,genau richtig" plaziert begrüßt. 5200 türkische Mitbürger, darunter 1300 Arbeitslose, sind einer 100000-Einwohner-Stadt eben nicht mehr zuzumuten. Durch die Schließung von Videocolor und die umfangreichen Entlassungen in zahlreichen Betrieben ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer in Ulm ungeheuer gestiegen, im letzten Jahr um 79,1 %.

Und so geht die Odyssee der ,,Gastarbeiter" weiter. Zuerst als Handwerker und Bauern im Heimatland unter dem Einfluß der großen Monopole ruiniert, dann für dieselben in der BRD angeworben und verschlissen, sollen sie jetzt ihren letzten Erwerb für die Marktbedürfnisse dieser Konzerne in der Türkei fruchtbar machen. In den ersten vier Wochen haben 100 Interessenten die Beratungsstelle aufgesucht. Davon waren 73 bereit, unter bestimmten Bedingungen noch im selben Jahr zurückzukehren. Der Sozialminister ist von dem Versuch sehr angetan.

Beamtenrecht

Strategie der CSU

München. Die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 21.3.1983 zur ,,Politischen Betätigung von Beamten und Richtern" ist Bestandteil der Strategie der Reaktion gegenüber der grün-alternativen Bewegung mit der Zielsetzung, Ansätze zur Kritik der Staatstätigkeit zu unterdrücken und den Beamtenapparat als Garant der Eigentumsordnung der Kapitalistenklasse von zersetzenden Elementen freizuhalten. Diese Bekanntmachung der Staatsregierung basiert auf der gültigen Beamten- und Richter-

gesetzgebung von Bund und Ländern und schafft nicht erst jetzt „einen preußischen Untertanenstaat, der seine Beamten zu meinungslosen Ja-Sagern degradiert" (SPD-Sprecher Hiersemann), sondern paßt diese Gesetzgebung den konkreten Bedürfnissen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates in Bayern an.

Deshalb heißt es in der Bekanntmachung: „Daraus folgt auch die Verpflichtung, Entscheidungen der Regierung im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit zu unterstützen und zu fördern sowie alles zu unterlassen, was die Durchführung dieser Entscheidungen behindert." Und weiter: „Unvereinbar mit diesen Pflichten ist auch eine Kritik an den Verfassungsorganen in gehässiger, agitatorischer und aufhetzender Weise. Die genannten Verhaltenspflichten gelten auch bei einer Betätigung in Bürgerinitiativen. Dabei können sie ggf. auch die Pflicht umfassen, sich im Rahmen einer derartigen Betätigung von Kräften zu distanzieren, die Ziele verfolgen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind."

Die CSU und die bayerische Staatsregierung versuchen, mit dem Knüppelwink insbesondere auf die Teile Eindruck zu machen, die als Grün-Alternative keine Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung erkennen lassen, und die dieser Haltung auch in dieser Bewegung die Vorherrschaft sichern sollen. Nicht die Kritik an der Atombombe und an der Zerstörungsgewalt atomarer Waffen, sondern „Kritik an Verfassungsorganen in gehässiger, agitatorischer und aufhetzender Weise", die den Einsatz von atomaren und konventionellen Waffen für freiheitlich-demokratische Kriegsziele befehlen, soll unterbunden werden.

Dachau
Ausstellung „Die Stadt und das Lager"

Dachau. Zum 50jährigen Gedenken der Eröffnung des Konzentrationslagers Dachau im März 1933 zeigt in Dachau eine Ausstellung, was sich seinerzeit in der Stadt selbst abspielte.

In einem Vorspann wird die faschistische Machtübernahme im Reich und in Bayern und die Rolle, die das Finanzkapital dabei spielte, dargestellt. Es folgen Tafeln, die den Kampf der Arbeiterparteien SPD und KPD in Dachau gegen den aufkommenden Faschismus und die Unterdrückung dieses Kampfs durch die Behörden aus Archivdokumenten des ehemaligen Bezirksamtes Dachau und mit Bildern belegen. Neben der Errichtung des Konzentrationslagers und des ausgedehnten Garnisons- und Ausbildungszentrums der SS wird dargestellt, was der Faschismus für die Kleinstadt Dachau bedeutete:

Bildtafel zur Arbeiterbewegung

Vereinzelte Widerstandsakte der ersten Jahre; die Gleichschaltung des Gemeinderats; bis in die Jahre 1937/38 hinein Dokumente der Postüberwachung wegen des Verdachts auf sozialdemokratische und kommunistische Aktivitäten; die Jagd der SS nach billigen Arbeitskräften, mit denen die KZs gefüllt wurden; der Einsatz der Häftlinge des Konzentrationslagers in den wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben Dachaus und Umgebung; die Pferchung Tausender deportierter Russen und Polen im „Russendurchgangslager" zwecks Weiterleitung zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft im Landkreis Dachau; der Aufstandsversuch in Dachau einen Tag vor der Befreiung, ausgeführt von einer Gruppe von KZ-Häftlingen – vornehmlich ehemalige Spanienkämpfer der Internationalen Brigaden – und einigen Ortsansässigen.

Die Ausstellung, von einer „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte Dachaus" erstellt, unterscheidet sich erfreulich von sonstiger öffentlicher Aufarbeitung des Faschismus. Dennoch gibt es Versuche der örtlichen Bourgeoisie, die Ausstellung für sich zu vereinnahmen. Der CSU-Oberbürgermeister strickt seit langem an der Legende vom „anderen Dachau", der „Künstlerstadt", die mit dem Konzentrationslager nichts zu tun habe. Bei der Ausstellungseröffnungsfeier schlug er die reaktionäre Bayerische Volkspartei, Vorgängerin der CSU, dem Widerstandslager zu; inzwischen entsteht die Legende vom „Widerstandsnest" Dachau. Möglich wird das durch Lücken der Untersuchungstätigkeit, die den örtlichen Gegner im Kampf gegen den Faschismus bisher nur ungenau zu fassen bekam.

Gewerkschaft der Polizei
Veranstaltung: „Polizei und Datenschutz"

Göttingen. Mehrfach bereits geriet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter gewerkschaftlichen Beschuß, weil sie den Umtrieben der sogenannten „Aufklärungs- und Festnahmekommandos" – als Schnüffel- und Greiftrupps speziell eingesetzt gegen die politische Linke am Ort – samt ihres Sondercomputers „Spudok" Rechtmäßigkeit und kollegiale Unterstützung bescheinigte. Nach zweijähriger Tätigkeit dieser Sondereinheiten und einer Ausbeute von 400 Ermittlungsverfahren und einem Skandalurteil von 30 Monaten ohne Bewährung lud die GdP nun „in aller Sachlichkeit" zu einer innergewerkschaftlichen Podiumsveranstaltung zum Thema „Polizei und Datenschutz" ein.

Ca. 50 Gewerkschafter waren gekommen und wurden bereits draußen und im Foyer durch Angehörige eben dieser Sondertruppen in Augenschein genommen. Der Veranstalter ließ sich nicht dazu bewegen, beim Polizeichef Mogwitz, der im Podium saß, den Abzug der Spitzel zu verlangen.

Das Podium wurde als „ausgewogen" präsentiert: der niedersächsische Datenschutzbeauftragte Tebarth, Schutzpolizeichef Mogwitz, Kripochef Graser, zwei GdP-Funktionäre, je ein Vertreter der CDU und der FDP sowie ein Rechtsanwalt für den DGB. Die SPD war nicht erschienen, die Grünen nicht eingeladen.

Als „absolut unabhängig", „als Vertrauensperson mit Zivilcourage" versuchte sich der Datenschützer zu verkaufen. Vergebens. Er mußte zugeben, daß er erst nach mehr als einem halben Jahr von der Existenz des „Spudok" erfuhr. Und das erst über die veröffentlichten Polizeifunkmitschnitte. Gleiches mußte er über die „Punker-Kartei" in Hannover eingestehen, „weil für die Polizei keine Meldepflicht für die Inbetriebnahme besteht." Vor seiner Prüfung wurden erst einmal 300 Eingaben gelöscht. Ergebnis: „Keine Beanstandungen!" Zahlreiche Anfragen, ob und wie man gespeichert sei, schmierte er hektografiert ab. „Er sei von der Polizei nicht ermächtigt, Auskünfte über Polizeiinternas zu geben."

Peinlich war, daß trotz nachgewiesener Observation einer Lohnkampfkundgebung der HBV, verschiedener Zusammenkünfte des gewerkschaftlichen Arbeitskreises für Frieden und Abrüstung und des AStA der Kommentar des DBG-Kreisvorsitzenden schlicht so ausfiel: „Die Polizei arbeitet für einen demokratischen Staat."

Lohnrahmentarifvertrag II

Die Gewerkschaft IG Metall will mehr Einfluß auf Arbeitsorganisation und Arbeitsablauf

Die Computergesellschaft Konstanz m.b.H., bis 1972 ein Teil der AEG-Telefunken AG, wurde, als Verluste im Großrechnergeschäft auftraten, an die Nixdorf AG abgestoßen.

Zwei Jahre später stieg Nixdorf aus, die Siemens AG übernahm den Laden und konnte über gute Verbindung zu staatlichen Stellen gut 40 Großrechner des Typs TR 440 bei Hochschulen, Bundeswehr und der Finanzverwaltung absetzen. Durch drastische Maßnahmen wurden etwa 1400 der ehemals 2000 Beschäftigten entlassen oder im Siemens-Konzern versetzt.

Heute hat die CGK noch 560 Beschäftigte, davon 90% Angestellte. Fast die Hälfte hat Fachhochschul- oder Hochschulabschluß, ein Drittel der Belegschaft wird außertariflich bezahlt. Die Großrechnerentwicklung ist eingestellt, dafür werden größere Softwareprogramme, Geräte zur automatischen Erkennung von Schriftzeichen und Systeme zur Computerspracheingabe entwickelt. Beispielsweise wurde das rechnergesteuerte Erkennungs- und Auswertesystem für die 1984 kommenden computerlesbaren Personalausweise bei der CGK entwickelt, ein ebenfalls hier entwickeltes Scheck- und Überweisungsformularlesesystem wird ab nächstem Jahr bei der Deutschen, der Dresdner, der Commerzbank und weiteren Kreditinstituten zur Rationalisierung des gesamten Buchungserfassungsverkehrs eingesetzt.

In welchem Umfang kann der Entwurf für einen Lohnrahmentarifvertrag (LRTV), den die IGM für die Tarifgebiete Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern aufgestellt hat, auf diesen Betrieb Anwendung finden? Bietet er genügend Handhabe, der Leistungsverdichtung im Angestelltenbereich entgegenzutreten? Diese Fragen sollen im Folgenden an exemplarischen Arbeitsplätzen untersucht werden.

Das Schreibbüro. Hier werden Studien, Entwicklungsberichte und technische Dokumente getippt. In zwei Räumen stehen drei Textautomaten und mehrere Schreibmaschinen. Der Lärm ist nicht gering, die Wärmeentwicklung für die Räume zu groß. Die hier Beschäftigten klagen über Schlafstörungen, Augenschmerzen, Verspannung der Arm- und Rückenmuskulatur, Streß. Getippt wird acht Stunden am Tag, Pausen gibt es nur durch Unterbrechung des technischen Ablaufs (Manuskriptwechsel) oder dadurch, daß kurzfristig weniger Arbeit da ist. Die Pausenregelung des LRTV würde hier Erleichterung schaffen, die generellen Bestimmungen über Arbeitsablauf und Organisation böten dem Betriebsrat Möglichkeiten, auf andere Räume zu drängen (mehr Platz, Klimatisierung), sowie durch bessere Gestaltung des Arbeitsablaufs (z.B. Mischarbeit) für Entlastung zu sorgen. Allerdings wird hier schon klar, daß die speziellen Probleme der Bildschirmarbeit durch diesen LRTV nur unzureichend erfaßt werden. Die Musterbetriebsvereinbarung der IGM böte hier wesentlich weiterreichenden Schutz (z.B. nur vier Stunden täglich Kontakt mit dem Bildschirm).

Die Rechenzentren. Sie sind, wie viele der dort betriebenen Rechner, völlig veraltet. Der Lärmpegel ist hoch, 76 bis 80 dB Grundgeräusch, 90 bis 110 dB im Druckerraum. Schallschluckende Materialien fehlen völlig. Die Arbeit der Operateure ist monoton, aufs reine Beobachten des Rechners hin zugeschnitten, nur unterbrochen durch das Auf- und Abspannen von Platten und Bändern. Es gibt einen Pausenraum, dessen Aufsuchen während der Arbeitszeit eher geduldet als erlaubt ist. Was den Lärm angeht, so lief vor drei Jahren eine Aktion, lärmdämmende Materialien in den Rechenzentren einzubauen. Mangels konkreter Festlegungen über Mindestnormen verlief sie im Sande, da Investitionen von über 1 Mio. DM hätten erzwungen werden müssen. Der LRTV in seiner derzeitigen Form würde an dieser Lage wahrscheinlich wenig ändern. Die Monotonie der Arbeit könnte dagegen mit Verweis auf §3 und §5 angegangen werden.

Soft- und Hardwareentwicklung. Diese Tätigkeit ist weder monoton noch abwechslungsarm. Sie verlangt von der Analyse des Problems bis hin zur Realisierung des Produktes relativ viel Selbständigkeit. Aber der Termindruck wie auch der Arbeitsumfang nehmen beständig zu. So testet der Entwickler seine Programme heute selber, codiert sie im Dialog am Bildschirm und erstellt die Programmdokumentation druckreif auf dem Rechner (früher alles Tätigkeiten, die zusätzliche Kräfte verrichteten). Der Termin wird vom Management je nach Kosten- und Konkurrenzlage vorgegeben, der Entwickler hat keinen Einfluß mehr darauf. Terminüberschreitungen sind eher die Regel als die Ausnahme, Überstunden zwecks Einhaltung des Termins ebenfalls. Besonderen Belastungen sind die Programmierer ausgesetzt, wenn größere Programmsysteme im Rechenzentrum über einen längeren Zeitraum ausgetestet werden müssen. Die hohe Konzentration bei Lärmpegeln, die selbst die Werte der Arbeitsstättenverordnung überschreiten, führt zu nervösen Erschöpfungszuständen, wenn mehr als zwei Stunden hintereinander getestet werden muß. Vor ähnlichen Problemen stehen die Hardwareentwickler, wenn im Prüffeld (Lärm,

Die Arbeit an Bildschirmgeräten verlangt enorme Konzentration. Den Schreibkräften und anderen Angestellten werden akkordähnliche Bedingungen abverlangt, ohne daß der Betriebsrat dabei auch nur ansatzweise Mitbestimmungsrechte hätte. Eine unhaltbare Situation, die besseren tariflichen Schutz verlangt.

Die Metallkapitalisten wollen verhandeln: aber nur über Almosen

A. Jagenlauf, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Metallindustrie von Südwürttemberg-Hohenzollern in einem Streitgespräch mit F. Steinkühler, ausgestrahlt im Forum Baden-Württemberg des Südwestfunks:

„Diese Forderungen sind für uns keine Verhandlungsgrundlage. Denn würden die Forderungen verwirklicht, dann würden sie die Betriebe mit einer lähmenden und kostspieligen Bürokratie überziehen. Gewerkschaften und Betriebsräte kämen in eine Position der Allmacht durch umfassende Mitbestimmung über das gesamte Betriebsgeschehen ...

... Wir lehnen Verhandlungen über die gekündigten Bestimmungen nicht ab. Gekündigt sind die Bestimmungen über den Leistungslohn. Hierzu haben wir der IG Metall im Januar 1980 Vorschläge übersandt, auf die die Gewerkschaft jetzt erst mit den neuen Forderungen geantwortet hat. Diese neuen Forderungen gehen aber weit über den eigentlichen Leistungslohn hinaus und betreffen in den Bestimmungen, gegen die wir uns wenden, die Arbeitsgestaltung, die Arbeitszeitverkürzung ... Und hier komme ich gleich zu meinem Vorwurf der Verteuerung ... Die Verteuerung besteht darin, daß jeder mindestens 140% des Tariflohns verdienen soll bei gleichzeitig pauschal um 10% verkürzter Arbeitszeit. Die Verteuerung besteht weiter darin, daß der Betriebsrat jede Maßnahme der Arbeitsorganisation und Betriebsgestaltung vor die Einigungsstelle bringen kann, mit der Behauptung, die Arbeit sei nicht menschengerecht gestaltet ... In dem Entwurf der IG Metall sind so viele Vorschriften, die einfach in der Praxis nicht verwirklicht werden können, da es aber Tarif ist, werden die Betriebsräte darauf dringen und es wird endlose und fruchtlose Debatten geben und das wird dazu führen, daß nicht mehr produziert, sondern debattiert wird. Und gerade das ist ein erheblicher Kostenfaktor ...

Mit der weitreichenden Mitbestimmung wird ein großes Konfliktpotential in die Betriebe hineingetragen. Dabei brauchen wir jetzt gerade das Gegenteil, damit wir eine noch stärkere Stellung am Markt wieder erringen können ..."

Durch die Sitzanordnung verhindern die Kapitalisten jedes Gespräch

Zugluft) neuentwickelte Maschinen getestet werden müssen. Unzureichende Ausstattung mit Mikroprozessorenentwicklungsarbeitsplätzen führt bei ihnen darüberhinaus zu Engpässen, die nur durch zeitweilige Mehrschichtarbeit überbrückt werden können. Die Regelung der IGM-Musterbetriebsvereinbarungen zur Bildschirmarbeit würde hier aber schon erhebliche Erleichterungen bringen. Was den Termindruck angeht, ist es fraglich, ob der Ansatz der IGM, über Einführung eines Art Leistungslohnes (z.B. Prämie) und Mitbestimmungsrechte bei der Leistungsfestlegung, um den Leistungsumfang und die Verdichtung der Arbeit zu begrenzen, hier zum Erfolg führen kann. Einerseits käme das den Kapitalisten entgegen, die schon seit einiger Zeit daran basteln, Softwareentwicklung quantifizierbar zu machen, zum anderen käme wahrscheinlich sowieso nichts anderes dabei heraus als eine Art Prämiensystem, welches nur spaltend wirken kann. Eher wäre ein erweitertes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Besetzung von Projekten mit Personal sinnvoll, wie es im Kern bei der Springerregelung (§6) gefordert wird.

Leiterplatinenbestückungsarbeitsplätze. Etwa 13 Frauen bestücken bei der CGK Leiterplatinen im Akkord. Die Arbeitsplätze sind halbautomatisiert. Ein Leuchtpunkt zeigt an, wo der Chip einzusetzen ist. Die Arbeit erfordert hohe Konzentration, ist stupide und schlecht bezahlt (LG III). Hier greifen die Bestimmungen des LRTV. Der Betriebsrat hätte gute Möglichkeiten, mittels Eingriff in die Normalleistungsdefinition das Tempo zu senken, die Pausenregelung schaffen ebenfalls Erleichterungen, die Monotonie der Arbeit müßte aufgelockert werden.

Stichprobensichtung. Diese Arbeit fällt bei der Entwicklung der automatischen Zeichen- und Beleglesemaschinen an. Damit diese Maschinen „lesen" lernen, müssen sie vorher mit den Zeichen, die sie nachher verstehen sollen, belehrt werden. Da die Zeichen je nach Schreibmaschine oder Schreiber variieren, muß durch eine hinreichend große Anzahl gesichert sein, daß im statistischen Mittel alle vorkommenden Variationen der Maschine „bekannt" sind. Typische Zeichenzahlen liegen in der Größenordnung von mehreren hunderttausend bis über 1 Million. Diese müssen von Operateuren am Bildschirm angeschaut werden, um verstümmelte oder sonstwie zerstörte Zeichen auszusondern. Die Arbeit erfolgt praktisch im Akkord, da eine bestimmte Sichtleistung pro Stunde für die Entwicklungstermine vorausgesetzt wird. Die Operateure werden aber im Zeitlohn bezahlt (Gehaltsgruppe T 4). Die Festlegungen des LRTVs über Mindesttaktzeiten würden hier gut greifen (Taktzeit ca. 1 sec), besser wäre aber ein Einschreiten des Betriebsrats in Richtung Aufhebung der Vorgaben für die Sichtleistung.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Der LRTV, ohne wesentliche Abstriche durchgesetzt, würde den Betriebsräten ermöglichen, gegen viele Erscheinungen der Leistungsverdichtung in den Betrieben einzuschreiten. Für den vollen Durchgriff im Angestelltenbereich fehlt eine Festlegung zur Bildschirmarbeit, eine erweiterte Mitbestimmungsregelung über die Personalstärke bei Projekten wäre zu begrüßen. Die Mindestnormen über Taktzeiten, Pausen und Verdienst sind eine wirksame Schranke gegen die Leistungsverdichtung im gewerblichen Bereich. Zu hoffen ist, daß diese nicht zugunsten allgemeiner, aber wenig rechtsverbindlicher Formulierungen über menschengerechte Arbeitsplatzgestaltung, in die eine auf Kompromiß aufgebaute Durchsetzungsstrategie leicht hineinmünden kann, aufgeweicht werden.

Stichwort **Lohnrahmentarifvertrag**

Im Vorwort zur Broschüre „Forderung für einen Lohnrahmentarifvertrag" für die Tarifgebiete der Metallindustrie Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden vom September 1982, schreibt Franz Steinkühler: „... Leitgedanken unserer neuen Tarifforderungen sind:
– tarifliche Mindestforderungen an Arbeitsbedingungen festzulegen;
– tarifliche Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitsbedingungen zu eröffnen;
– zusätzliche Belastungen im Arbeitsprozeß abzubauen;
– für nicht vermeidbare Belastungen einen Freizeitausgleich zu schaffen;
– die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates und die Mitwirkungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers für eine menschengerechtere Gestaltung der Arbeitsbedingungen auszuweiten.

Im zweiten Schwerpunkt regelt die Tarifforderung die besonderen Entlohnungsbedingungen von Leistungslohnarbeitern".

Im Folgenden Auszüge aus dem Vertragsentwurf.

Geltungsbereich (§ 1)
Im Gegensatz zum LRTV II soll der Vertrag auch für Angestellte und Meister gelten. Außerdem umfaßt er auch Teilzeitbeschäftigte und (im Gegensatz zum MTV Südbaden) Heimarbeit. Im Hinblick auf die noch zu erwartenden Rationalisierungen bei Angestellten und der Ausweitung der Heimarbeit mit den neuen Medien wichtige Festlegungen.

Grundsätze (§ 2)
... Die Arbeitnehmer sind vor Unfall- und Gesundheitsgefahren, vor arbeitsbedingten Erkrankungen, vor Fehlbeanspruchungen und gesundheitlichen Spätschäden so zu schützen, daß die von ihnen geforderte Arbeitsleistung ihnen die Berufstätigkeit über die Zeitdauer eines Arbeitslebens ermöglicht ..."

Vermeidung von Fehlbeanspruchung (§ 3)
„... Bei Beurteilung von Fehlbeanspruchung sind ... auch die Leistungsvoraussetzungen des einzelnen Arbeitnehmers und sein eigenes Wohlbefinden zu berücksichtigen."

Anforderungen an die Arbeitsorganisation (§ 4)
„Durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen sind Tätigkeiten zu vermeiden, die abwechslungsarm, inhaltsleer, kurzzyklisch sind oder sich ständig wiederholen oder bestimmte menschliche Organe bzw. Körperteile einseitig beanspruchen und/oder vorhandene Fähigkeiten und Fertigkeiten der Beschäftigten nicht ausreichend berücksichtigen oder auf Dauer einschränken ... Die Lage der vereinbarten und tariflich zulässigen Arbeitszeit sowie Arbeitstempo, Arbeitsrhythmus und Arbeitspausen müssen so gestaltet sein, daß eine vorzeitige Ermüdung, Fehlbeanspruchungen ... unterbleiben, sowie kulturelle, soziale und familiäre Bedürfnisse der Beschäftigten befriedigt werden können ..."

Arbeitsgestaltung und Qualifizierung (§ 5 I)
„Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Arbeitsaufgaben und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß sie den Arbeitnehmern die Sicherung und Erweiterung ihrer Qualifikation in der Arbeit ermöglichen ..."

Fließ-, Fließband- und Taktarbeit (§ 6)
„... Der Kopplung zwischen Mensch und Maschine oder Mensch und Mensch ... ist durch technische Einrichtungen (z.B. Magazine, Zwischenlager, Puffer) oder durch organisatorische bzw. personelle Maßnahmen (z.B. Arbeitsplatzwechsel, Springer) entgegenzuwirken. Zur Erfüllung der Bestimmung der §§ 4 und 5 darf die Sollzeit (Taktzeit/Zykluszeit) ... grundsätzlich 2,5 Minuten nicht unterschreiten."

Äußerst kurze Taktzeiten: Bei Zeiten unter 2,5 Minuten fordert die IG Metall zusätzliche Erholungspausen.

Sichere und gesundheitsgerechte Arbeit (§ 9)
„... Vermutet ein Arbeitnehmer Verstöße gegen Arbeitsschutz – und/oder Unfallverhütungsvorschriften –, hat er den Arbeitgeber oder den Betriebsrat zu informieren. Erfolgt innerhalb angemessener Frist keine Abhilfe, kann sich der Arbeitnehmer ... an zuständige außerbetriebliche Stellen wenden ... Jeder Arbeitnehmer hat das Recht, seine Arbeitsleistung zu verweigern, ohne daß er den Anspruch auf das vereinbarte Arbeitsentgelt verliert, solange der Arbeitgeber nicht ordnungsgemäß seine Unterrichtungspflicht gemäß § 9 (über Unfall- und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz, Schutzmittel etc., d. Verf.) erfüllt oder, wenn der Arbeitgeber im Arbeitsbereich des Arbeitnehmers gegen geltende Gesetze, Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften verstößt oder, wenn er Gefahren für Leben und/oder Gesundheit vermutet.

Vorschlags- und Reklamationsrecht (§ 10)
Betriebsrat oder Beschäftigte können Arbeit reklamieren. „Der reklamierte Sachverhalt wird in einer Kommission, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Geschäftsleitung und des Betriebsrats zusammensetzt, beraten ... Die Zurückweisung einer Reklamation als unbegründet kann nur einstimmig ... erfolgen." Es folgen Festlegungen, was bei begründeter Reklamation getan werden muß.

Erholungspausen und Bedürfniszeiten (§ 11)
„Zum Ausgleich arbeitsbedingter Ermüdung werden allen Arbeitnehmern (im LRTV II nur den Arbeitern, d. Verf.) während der Arbeitszeit Erholungspausen gewährt. Die Erholungspause beträgt mindestens 6 Minuten in der Stunde, nach 19.00 Uhr bis 6.00 Uhr mindestens 12 Minuten in der Stunde. Für diese Zeiten ist der Durchschnittsverdienst zu bezahlen ..." Bei Taktzeiten unter 2,5 Minuten sind darüber hinausgehende Erholungspausen zu gewähren: 1,5 bis 2,5 Min = 1 Min./Std.; 0,5 bis 1,5 Min. = 2 Min./Std.; unter 0,5 Min. = 3 Min./Std.

Grundsätze der Entlohnung (§ 12)
Nach dem Tarifvertrag sind nur zwei Entlohnungsgrundsätze zugelassen:
„Entlohnung *mit* vorgegebener Leistung (Leistungslohn). Unter diesen ... fallen alle Arbeitnehmer, denen eine bestimmte Leistung in einer bestimmten Zeiteinheit zu erfüllen vorgegeben wird und Arbeitnehmer, von denen durch
– Arbeitsablauf und/oder
– Arbeitsorganisation und/oder
– Arbeits- und Betriebsmittel und/oder
– Arbeitsverfahren und/oder
– Aufschreibungen und/oder
– Richtwerte und/oder
– Planzeiten und/oder
– besondere Aufsicht
bestimmte Leistungen direkt oder indirekt abgefordert werden. Hierunter fallen ferner alle Arbeiten mit einem Arbeitszyklus von weniger als 30 Minuten, unabhängig vom Grad der Taktbindung und der möglichen Abweichung von eventuell vorgeschriebenen Arbeitsmethoden.
Entlohnung *ohne* vorgegebene Leistung (Zeitlohn)." Arbeiten, auf die obiges nicht zutrifft.

Bezugsleistung und Richtsatz für den Leistungslohn (§ 13)
„Bezugsleistung für die Leistungsvorgabe im Leistungslohn ist die der Vorgabe zugrunde gelegte Leistung des Arbeitnehmers ... Die Konkretisierung der Bezugsleistung unterliegt in jedem Einzelfall der Mitbestimmung des Betriebsrats. Es gibt keine von vornherein „richtige" Vorgabe, deren Ermittlung eine Art „Rechtsanwendung" wäre ..."

Verdienstgrad und Durchschnittsverdienst (§ 14)
Der Verdienstgrad eines Arbeitnehmers im Leistungslohn kann je nach Leistung im einzelnen Arbeitsauftrag schwanken. „Der erreichte Durchschnittsverdienst des Arbeitnehmers darf jedoch 140% im Lohnabrechnungszeitraum nicht unterschreiten."

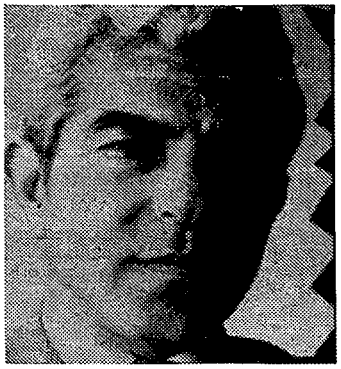
Reklamationsvorschriften (§ 16)
Eine Veränderung der Vorgabe oder des Zeitfaktors kann vom Beschäftigten oder Betriebsrat beantragt werden. Die Veränderung erfolgt, nach Untersuchung durch eine Kommission des Betriebsrats, durch Verhandlung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber.

Niederlande: Lohn- und Rentensenkungen

Die Idee könnte von Blüm stammen: Zum 1. Oktober will die niederländische Regierung nicht nur die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, sondern auch die Zahlungen der staatlichen Sozialversicherungen um 2% *nominal* senken. Gleichzeitig betonen die Christdemokraten, die Senkung der Renten, des Kranken-, des Arbeitslosengeldes usw. werde nur erfolgen, wenn auch die Beamten, Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zum „Verzicht" bereit seien. Sollte die Regierung durchkommen, so bedeutet das – bei einer Teuerung von zur Zeit 5% – eine reale Lohnsenkung im öffentlichen Dienst und eine Senkung der Renten usw. um mindestens 7%. Zudem hat die Regierung bereits angedeutet, daß sie für die Rentenversicherung noch weitere Pläne hat. Die Koppelung der Renten mit dem gesetzlichen Mindestlohn – von Gewerkschaften und Rentnern erst 1979 gesetzlich durchgesetzt – müsse wieder weg. Diese Koppelung hat dazu beigetragen, daß die Mindestrente für Ledige (nach *fünfzig* Beitragsjahren) heute umgerechnet fast 1000 DM beträgt, für Verheiratete fast 1500 DM – für die Kapitalisten ein ungeheuerlicher Luxus. Rentner und Gewerkschaften haben Protestaktionen angekündigt.

PLO-Diplomat Issam Sartawi ermordet

Issam Sartawi, Mitglied im Palästinensischen Nationalrat, nahm als Vertreter der PLO an dem Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) in Portugal teil. Vor dem Attentat auf Sartawi hatten Vertreter der israelischen Labour-Partei gegen die Teilnahme Sartawis protestiert. In seiner Rede, die vom Generalsekretär der SI verlesen wurde, forderte Sartawi dazu auf, das „unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, auf Errichtung eines Staates auf seinem Territorium und auf die freie Wahl seines legitimen Repräsentanten, der PLO" anzuerkennen. Zum Kongreßabschluß setzte sich die SI für die Staatssicherheit des israelischen Staates ein. Damit unterstützt die SI die Aggressions- und Annektionspolitik Israels. Gleichzeitig wurde das Recht auf eine eigene staatliche Souveränität auf eigenem Staatsgebiet für das palästinensische Volk abgelehnt. Wer hat ein Interesse an der Ermordung Issam Sartawis? Die Behauptung der westdeutschen Presse, die einen Tag später schon nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, daß Arafat der Auftraggeber sei, diente der Verschleierung der wahren Hintergründe. Ob nun der israelische Geheimdienst Mossad oder die Gruppe um Abu Nidal, die von der PLO als „Renegaten im Dienste Israels" bezeichnet wird, Ausführungsorgan der israelischen Interessen war, ist kein großer Unterschied.



Italien: Streik für Tarifverträge

Für den 21. April haben die italienischen Gewerkschaften in allen Branchen der Industrie, die noch ohne neuen Tarifvertrag sind, zum Streik aufgerufen. Bisher ist nur in der Chemie- und in der Schuhindustrie abgeschlossen, mit überproportionalen Lohnerhöhungen für die oberen Gehaltsgruppen und mehr „Freiheit" für die Kapitalisten, Überstunden anzusetzen. Nach 16 Monaten tariflosem Zustand versuchen die Kapitalisten, die Arbeiter noch unter die „Grundsatzeinigung" vom 22. Januar zu drücken, mit der die Gewerkschaften u.a. einer Obergrenze für Lohnerhöhungen zugestimmt hatten.

Spanien: Gegen britische Gibraltar-Manöver

Die britischen Manöver in Gibraltar, an denen die „Falkland-Flotte" beteiligt ist, versteht die spanische Regierung als offene Provokation. Nach dem Krieg Großbritanniens um die Malvinen müsse das Erscheinen der britischen Flotte beunruhigen. Die Zahl der Kriegsschiffe ist weitaus höher als bei früheren Manövern. Die Erklärung des britischen Staatsministers Hurd, wenn Madrid nicht vorher Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Gibraltar und dem übrigen Teil der Halbinsel verbessere, werde Spanien nicht Mitglied in der EG, bezeichnete die spanische Regierung als absurd. Die jetzige spanische Regierung habe ohne britische Gegenleistung die Landesgrenzen zu Gibraltar geöffnet und so den Einwohnern der Kolonie große Erleichterungen verschafft. Die Thatcher-Regierung hätte mit der EG-Eintrittsverweigerung schon oft gedroht.

Irland: Gedenkkundgebungen zum Aufstand 1916

Mehr als fünfzig Demonstrationen, Paraden und Kundgebungen führte Irlands republikanische Bewegung Ostern 1983 in Erinnerung an den Aufstand 1916 und gegen die fortdauernde koloniale Besetzung Nordirlands durch. Ostern 1916, mitten im imperialistischen Krieg, wagten Revolutionäre in Dublin den Aufstand gegen die verhaßte Kolonialmacht. Sie lehnten alle Burgfrieden-Apelle angesichts des Krieges ab. Obwohl dieser Aufstand niedergeschlagen und seine Führer, unter anderem James Conolly, umgebracht wurden, war er der Ausgangspunkt für den irischen bewaffneten Befreiungskampf nach dem ersten Weltkrieg, der mit der Gründung des „Freistaates" vorläufig endete. Bei den diesjährigen Osterparaden in Nordirland beteiligten sich wieder Mitglieder der Irisch Republikanischen Armee (IRA) bewaffnet und in Uniform, ohne daß die britische Armee eingreifen konnte. In Belfast verlasen IRA-Kämpfer eine Stellungnahme der IRA-Führung. In der Stellungnahme wurde betont, daß die Irisch Republikanische Armee den bewaffneten Kampf intensivieren werde, daß daneben die republikanische Bewegung auch andere Kampfformen nutzen müsse, wie die im letzten Jahr so erfolgreiche Beteiligung an Wahlen. „Der Aufbau einer offenen, revolutionären politischen Organisation ist entscheidend, wenn wir der sozialen und politischen Freiheit näher kommen wollen und während des Krieges die Massen in ihren täglichen Kämpfen gegen die staatliche Bürokratie, gegen diese kapitalistische Gesellschaft unterstützen wollen." Unser Bild zeigt IRA-Kämpfer bei Salutschüssen an Gräbern gefallener Republikaner.

Wahlen in Grönland bestärken EG-Austritt

Bei den Parlamentswahlen in Grönland erhielt die sozialdemokratische Attasut (Bindeglied) 46,4% (12 Sitze), die sozialistische Siumut (Vorwärts) 42,3% (12 Sitze) und die marxistische Inuit Agatitigit (Menschen, die zusammenarbeiten / Eskimobewegung) 10,6% (2 Sitze) der Stimmen. Damit haben die Anti-EG-Parteien Siumit und Inuit Atagitigit mit 14 Stimmen die Mehrheit im Parlament.

Zimbabwe

Das südafrikanische Siedlerregime führt Terroraktionen durch

Als „unverantwortliche Propaganda" wies der Informationsminister der Regierung von Zimbabwe eine Erklärung der katholischen Bischofskonferenz des Landes zurück, nach der von den Truppen der Regierung eine „Herrschaft des Terrors" im Matabeleland errichtet und „Hunderte unschuldiger Menschen" getötet worden seien. Der Hirtenbrief enthalte Anleihen bei den „gefälschten Berichten der Auslandspresse". Tatsächlich stammte eine der ersten Meldungen über „eine Orgie des Mordens" aus der Feder des Korrespondenten der „Welt", Hans Germani, der bereits Anfang Februar von Johannesburg aus im Matabeleland „Konzentrationslager" und „bürgerkriegsähnliche Zustände" entdeckt haben wollte – einen Monat zuvor hatte er vom gleichen Ort aus einen Artikel von seinen Beobachtungen über „den Widerstand tief im Landesinnern" Mosambiks gegen die „kommunistische Frelimo" verfaßt.

Daß die Quellen für die Meldungen über die angeblichen Greueltaten der Armee Zimbabwes meist in Südafrika zu finden sind, ist kein Zufall. Die Imperialisten betreiben über ihr Siedlerregime gegenüber Zimbabwe wie auch gegenüber den anderen angrenzenden Staaten des südlichen Afrikas eine gezielte Politik des Terrors und der Sabotage. In südafrikanischen Zeitungen wird offen erörtert, „alle Terroristen aus allen Ländern, mit denen wir gemeinsame Grenzen haben, hinauszujagen, und wenn es sein muß, mit militärischer und wirtschaftlicher Gewalt" (Rand Daily Mail). Damit werden offene militärische Überfälle wie z.B. auf Lesotho ebenso gerechtfertigt wie Sprengstoffanschläge und die Förderung verschiedener Banden in Mosambik, Angola und seit einiger Zeit verstärkt in Zimbabwe.

So verursachen ständige Sabotageaktionen auf die Ölpipeline von Beira in Mosambik nach Zimbabwe immer wieder Benzinknappheit und zwingen die Regierung zu Rationierungen. Anfang Dezember fanden zwischen Regierungsvertretern Zimbabwes und Südafrikas Verhandlungen über Öllieferungen aus Südafrika statt. Nachdem sich die Vertreter Zimbabwes weigerten, auf die Forderung Südafrikas nach Verhandlungen auf Ministerebene und Abschluß eines langfristigen Vertrages einzugehen, glaubte niemand an einen Zufall, als am 9. Dezember die Ölpipeline und Vorratslager in Beira in die Luft gesprengt wurden und so in Zimbabwe eine ernste Versorgungskrise entstand. Am 9. Januar, kurz vor der Wiederinbetriebnahme, wurde erneut die Rohrleitung gesprengt. Zimbabwe muß inzwischen wieder Öl per Bahn über südafrikanisches Territorium transportieren.

Südafrika unterhält im Transvaal insgesamt vier Ausbildungslager für Sabotagetrupps nach Zimbabwe, darunter das Lager von Phalaborwa in der Nähe der Grenze zu Mosambik und Zimbabwe. In diesem Grenzgebiet wurden im August letzten Jahres drei uniformierte Weiße von Armeeangehörigen Zimbabwes bei einer bewaffneten Auseinandersetzung getötet. Die Söldner waren ehemalige Soldaten der rhodesischen Armee, die in den Dienst Südafrikas getreten waren. Nachdem der südafrikanische Oberbefehlshaber Viljoen zunächst bestritten hatte, daß die drei südafrikanischen Soldaten auf Befehl gehandelt hatten, wurde von anderen ehemals rhodesischen Armeeangehörigen enthüllt, daß Spezialeinheiten zur „Destabilisation" bei der südafrikanischen Armee ausgebildet werden. In den Lagern an den Grenzen werden diese „Reconnaissance Commandos" trainiert, denen ehemalige „Selous Scouts" (Spezialeinheit des Smith-Regimes im einstigen Rhodesien), Soldaten der „Hilfstruppen" des Bischof Muzorewa, ehemalige rhodesische Soldaten sowie Deserteure aus der Befreiungsarmee ZIPRA angehören. Weitere Terrortruppen befinden sich in Flüchtlingslagern von Botswana oder operieren im Matabeleland. Sie sind verantwortlich für den Überfall auf die Luftwaffenbasis bei Gweru am 24. Juli 1982, wobei 13 Flugzeuge, ein Viertel des gesamten Bestandes der Luftwaffe Zimbabwes, zerstört wurden, eine Explosion in einem Munitionslager nahe bei Harare Ende 1981 und Anschläge auf das Haus des Ministerpräsidenten Mugabe und eines Ministers im Juni 1982. Seit Weihnachten und Neujahr haben sie ihre Aktivitäten im Matabeleland verstärkt.

Südafrika bildet Sabotage- und Terrortrupps aus, die sich aus den ehemaligen Kolonialsöldnern (Bild: Rhodesische Armee) zusammensetzen.

Die südafrikanischen Söldnertruppen stützen sich dabei zum Teil auf eine geringe Zahl von ehemaligen Kämpfern der ZIPRA (Befreiungsarmee der ZAPU), die nach der Eingliederung der Befreiungsarmeen in die reguläre Armee ihre Waffen nicht abgegeben hatten und ihren Lebensunterhalt durch Raubüberfälle sicherten (siehe Politische Berichte 7/83). Die ZANU und die Regierung Zimbabwes kämpfen gegen alle Versuche Südafrikas, das Matabeleland zu einem ständigen Unruheherd zu machen.

Quellenhinweis: Entwicklungspolitik, Spiegel der Presse 1—7/83; New African, März u. April 1983; africa now, April 1983

Brasilien

Demonstrationen von Arbeitslosen

Am 4.4.1983 versammelten sich mehrere Tausend Arbeitslose zu einer Demonstration in Sao Paulo, zu der die „Bewegung gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung" unter Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, höhere Löhne, Arbeitslosenversicherung und Unkündbarkeit des Arbeitsplatzes aufgerufen hatte. Linke Organisationen, Gewerkschaften und Studenten, Vertreter der größten Oppositionspartei, der PMDB, z.B. der Kongreßabgeordnete Aurelio Peres, unterstützten diese Demonstration.

Die Stadtpolizei von Sao Paulo, berüchtigt wegen ihrer brutalen Einsätze und in den letzten Wochen von dem PMDB-Gouverneur Montoro verschiedentlich angegriffen, überfiel einzelne Demonstrationsgruppen, verletzte 33 Demonstranten und verhaftete über 150. In den folgenden drei Tagen erschoß sie bei weiteren Demonstrationen einen Arbeitslosen und nahm über 600 fest. Besonders Jugendliche lieferten sich erbitterte Straßenschlachten mit der Polizei und versorgten sich mit Lebensmitteln und Kleidung in den exklusiven Geschäften der Innenstadt. Militärs und Bundesregierung forderten den Einsatz von Bundestruppen und ein härteres Durchgreifen der Polizei. Eine reaktionäre Pressekampagne versucht, die Oppositionsparteien von der Unterstützung der Arbeitslosen abzubringen.

Die Lage des immer größer werdenden Arbeitslosenheeres in den Städten Brasiliens wird immer verzweifelter. Die Preissteigerungsrate stieg im März auf über 12% (seit 1964 die erste zweistellige Monatsinflationsrate). Die imperialistischen Konzerne hatten in den letzten drei Jahren Tausende von Arbeitern entlassen und kleine brasilianische Betriebe in den Konkurs getrieben: Allein zwischen November 1980 und September 1981 wurden in Sao Paulo 280000 Arbeiter arbeitslos.

Offiziell sind dort 12,8% arbeitslos und 18,4% unterbeschäftigt, ohne die Tausenden von nichtregistrierten Jugendlichen. Eine Arbeitslosenversicherung existiert nicht. Die geringen Abfindungen, die z.B. die jetzt zu Tausenden von der Regierung aufgrund des Kreditdiktats des Internationalen Währungsfonds und der imperialistischen Gläubigerbanken Brasiliens entlassenen Beschäftigten der öffentlichen Dienste erhielten, sind schnell aufgebraucht. Häufig bleibt den Arbeitslosen nur noch der Verkauf der Wohnungseinrichtung.

Quellenhinweis: FAZ v. 7./9.4.83; Lateinamerika Nachrichten Nr.98

Indien
Textilarbeiterstreik in entscheidender Phase

Am 9. April besuchte die indische Ministerin für Handel, Frau Dulari Sinha, die Hauptstadt des Bundesstaates Maharashtra, Bombay, um mit den am Textilarbeiterstreik beteiligten Parteien Gespräche zu führen. Der Streik dauert jetzt bereits über 15 Monate an. Von rund 200000 Textilarbeitern sind inzwischen 127000 in die Fabriken zurückgekehrt, der Kern der Facharbeiter und die Arbeiter aus den großen Fabriken befinden sich allerdings nach wie vor im Ausstand. Eine nationale Untersuchungskommission, die vor einem Jahr von der damaligen Bundesregierung eingesetzt worden war, um die Lage und die Forderungen der Textilarbeiter zu begutachten, war zu dem Ergebnis gekommen, daß insbesondere das „Badli-System" (tägliche Neueinstellung der Arbeiter, Krankheit und Anwesenheit werden nicht gezahlt) ungerecht und die Forderung nach der Abschaffung berechtigt ist.

Inzwischen waren die im letzten Monat begonnenen Gespräche zwischen der Regierung des Bundesstaates und Dr. Datta Samant, dem Vorsitzenden der Textilarbeitergewerkschaft MGKU, festgefahren, unter anderem weil ein Gewerbegericht der Ansicht der Textilkapitalisten recht gab, daß die RMMS (der regierenden Congress Partei (I) nahestehende Gewerkschaft) der einzig legitime Verhandlungspartner sei. Diese Gewerkschaft allerdings unterstützt weder die Forderungen noch den Streik, sondern hat dazu aufgerufen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Von 60 Textilfabriken sind jetzt 32 mit drei Schichten, 16 mit zwei Schichten und fünf mit einer tätig. Die anderen, unter ihnen zwei der größten Betriebe, werden nach wie vor voll bestreikt.

Der Regierungschef von Maharashtra, Patil, bezeichnete Dr. Samant im Parlament am 8. April als einen „Hitlertyp, der eine Gangsterbande führt". Dr. Samant hatte gefordert, daß die über 1000 inhaftierten Textilarbeiter, die nach einem Gesetz zur nationalen Sicherheit festgesetzt sind, freigelassen werden. Auf der anderen Seite bieten die Textilkapitalisten Arbeitswilligen inzwischen Löhne, die in etwa dem entsprechen, was die Gewerkschaft zu Beginn des Streiks gefordert hatte. Auch wurden teilweise Sozialversicherungen und Altersversicherung angeboten, damit die Arbeiter zu ihren Arbeitsplätzen zurückkehren. Verschiedene große indische Banken (z.B. Reserve Bank of India, Industrial Development Bank of India u.a.), die um weitere Kredite und Zinsnachlässe angegangen worden waren, haben ihre Zusicherung gegeben, allerdings, so betonte die Ministerin, sei eine baldige Einigung notwendig. Die Ministerin führte auch mit Dr. Samant Gespräche.

Am 14. April haben die streikenden Textilarbeiter in einer Demonstration und Kundgebung betont, daß sie entschlossen sind, den Streik bis zu einer Einigung fortzusetzen. Dr. Samant besteht nach wie vor auf den Forderungen nach genereller Abschaffung des Badli-Systems, Sozialversicherung, Freilassung der Inhaftierten und Anerkennung seiner Gewerkschaft als Verhandlungspartner.

Quellenhinweis: Times of India, Bombay, diverse Ausgaben; Die Tageszeitung, 13.4.83.

Nicaragua
US-Umsturzpläne diplomatisch isoliert

Am Ende der ersten Aprilwoche sind US-Kriegsschiffe in die territorialen Gewässer Nicaraguas eingedrungen. Gleichzeitig befinden sich nach der US-Fernsehgesellschaft ABC ca. 100 CIA-Agenten auf dem Territorium von Nicaragua, um die konterrevolutionären Aktionen anzuleiten. Die von den USA ausgebildeten und bewaffneten konterrevolutionären Gruppen werden zudem von US-Flugzeugen und Hubschraubern, die von Honduras und Costa Rica starten, mit Sendern über die Truppenbewegung in Nicaragua informiert. Nach Angaben der Regierung von Nicaragua existieren sechs Kampfgebiete, in die Konterrevolutionäre hauptsächlich von Honduras, aber auch von Costa Rica, eingeschleust werden. Dörfer konnten von den Konterrevolutionären nicht besetzt bzw. gehalten werden. Einige Gruppen der Konterrevolutionäre konnten eingekreist oder aufgerieben werden.

1000 demonstrierten am 16.4. in Düsseldorf gegen die US-Interventionspolitik in Nicaragua. Für den 23.4. sind weitere Demonstrationen angekündigt.

Fast alle latein-, mittelamerikanischen und karibischen Regierungen sprachen sich gegen eine weitere militärische Eskalation und für Verhandlungen aus. Die USA lehnen Verhandlungen nach einer Erklärung vom 11.4. entschieden ab. Ihre Absicht, über das Errichten einer Gegenregierung auf kleinem Territorium und einem darauffolgenden offenen Krieg durch Honduras zu einem Umsturz der jetzigen Regierung von Nicaragua zu kommen, wäre bei einer Durchführung von Verhandlungen praktisch gescheitert. Nicaragua befürwortet Verhandlungen. Gespräche, die der Innenminister Nicaraguas positiv einschätzte, zwischen dem Innenminister Nicaraguas und

dem Außenminister Costa Ricas über Überfälle der konterrevolutionären Truppen, die von Costa Rica in das Territorium Nicaraguas eindrangen, sowie über Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Ländern fanden bereits statt. In den USA fanden Protestaktionen gegen die Mittelamerika-Politik der US-Regierung statt. In New York z.B. führten 5000 Menschen vor dem UNO-Gebäude eine Demonstration gegen die US-Interventionspolitik durch.

Die BRD-Regierung unterstützt die Umsturzbestrebungen der USA in Nicaragua. Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit V. Köhler (CDU) erklärte im Deutschlandfunk, daß sich nicht nur Honduras von Nicaragua bedroht fühle.

Quellenhinweis: UZ und FAZ, 1.4.—15.4.; Gramma, 15/1983

USA

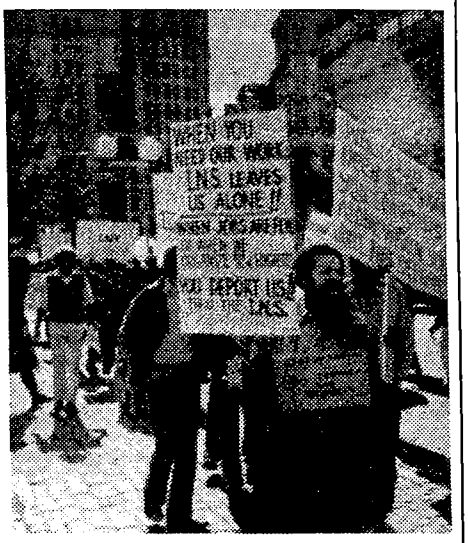
Neue Gesetze gegen „illegale" Einwanderer

Die Reagan-Regierung verletze internationale Abkommen über Wanderarbeiter, behandele die Arbeiter aus anderen Ländern wie Kriminelle und versuche, mit der Drohung der Abschiebung ihre Löhne weiter zu senken. Mit dieser schroffen Ablehnung reagierte der Vorsitzende der mexikanischen Telefonarbeitergewerkschaft, Francisco H. Juarez, auf die neuen „Simpson-Mazzoli"-Gesetze gegen illegale Einwanderer, die seit dem 17. Februar im US-Kongreß zur Beratung und Beschlußfassung vorliegen.

Seit Jahren fordern die mexikanischen Gewerkschaften wie auch der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO, daß die Regierung die Rechtlosigkeit der illegal eingewanderten Arbeiter in den USA beseitigt. Zwischen vier und sechs Millionen solcher Arbeiter leben heute in den USA, die meisten von ihnen kommen aus Mexiko. Mehr als 600000, so wird geschätzt, kommen jedes Jahr dazu, auf eigene Faust, angeheuert von kriminellen Schlepperbanden oder direkt von den US-Kapitalisten angeworben. Für die Kapitalisten, insbesondere die Farmkapitalisten in den Südstaaten und in Kalifornien, stellen sie ein riesiges Arbeitskräfteheer dar, vollständig rechtlos und für die schmutzigsten, gefährlichsten und anstrengendsten Arbeiten zu Spottlöhnen rekrutierbar.

Auch die neuen Gesetzesvorlagen sollen daran nichts wesentliches ändern. Zwar sollen die US-Kapitalisten künftig bis zu 2000 $ Bußgeld für die wissentliche Ausbeutung „illegaler" Arbeiter zahlen – aber woher sollen sie denn wissen, daß ihre Arbeiter „Illegale" sind? Ganz abgesehen davon, daß das Bußgeld dermaßen gering ist, daß sich kein Kapitalist davon beeindrucken lassen wird.

Vor allem aber soll die Drohung mit der jederzeitigen Abschiebung aufrechterhalten bleiben. Zwar sieht das Gesetz eine „Amnestie" für diejenigen



Protestkundgebung gegen die Verfolgung und Rechtlosigkeit der „Illegalen", Boston 1979

illegal eingewanderten Arbeiter vor, die vor dem 1.1.1980 in die USA gekommen sind – was ungefähr die Hälfte der vier bis sechs Millionen „Illegalen" umfassen dürfte. Doch wer von diesen Arbeitern kann das nachweisen? Zudem sollen diejenigen, die vor dem 1.1.1980 in die USA kamen, selbst wenn sie dies nachweisen können und so eine sofortige Abschiebung verhindern können, erst nach acht Jahren die US-Staatsbürgerschaft erwerben können. Vorher bekommen sie lediglich ein Aufenthaltsrecht, das bei den geringsten Vergehen, etwa der „Nötigung" des Kapitalisten, wieder aufgehoben werden kann.

Quellenhinweis: National Journal, Washington, 19.3.1883; Gramma, Havanna, 3.4.1983; US News & World Report, Washington, 7.3.1983

Portugal

Eisenbahnerstreik – eine Provokation ?

Für elf Tage haben Mitglieder der Eisenbahner-Gewerkschaft (S.I. Maguinistas) gestreikt. Letzte Woche ist der Streik ergebnislos abgebrochen worden. Weder konnte die geforderte Lohnerhöhung durchgesetzt noch die Entlassung von ca. 100 Streikführern verhindern werden. Die Streikaktionen spiegeln die Zerstrittenheit der Gewerkschaften untereinander wider.

Nachdem im Februar die drei für das Transportgewerbe zuständigen Gewerkschaften ihre Forderung nach 28%iger Lohnerhöhung beschlossen hatten, plazierte die Regierung eine Lohnleitlinie von 17%. Die Administration der portugiesischen Eisenbahn unterbreitete ein Angebot von 14,33%. Die größte Gewerkschaft für das öffentliche Transportgewerbe, die in der CGTP-IN Mitglied ist, wollte unter keinen Umständen vor dem 25. April (Neuwahlen in Portugal) einen Streik. Sie akzeptierte die 14,33% mit der Maßgabe, daß nach dem 25. April neu verhandelt wird. Die mit 1600 Mitgliedern kleinste Gewerkschaft, die S.I. Maguinistas, setzte für den 8. bis 11. März einen Streik an, gerade jene Gewerkschaft, die sich in der Vergangenheit an keinem der angesetzten Generalstreiks beteiligt hatte und die bisher den Part einer Spaltergewerkschaft übernommen hatte. Einen Tag vor Streikbeginn unterbreitete die S.I. Maguinistas der Administration einen Kompromißvorschlag: kein Abschluß unter der offiziellen Lohnleitlinie. Der Kompromiß blieb unbeantwortet, vielmehr schaltete sich der Verkehrsminister Viana Batista in die Verhandlungen ein. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Regierung ihre Lohnleitlinie als Maximum und nicht als Minimum versteht. Daraufhin rief die Gewerkschaft für den 30. März den Streik aus, der insgesamt elf Tage andauerte. Für vier Tage setzte die Regierung Militär und pensionierte Zugführer ein, gegen 100 Arbeiter wurde die Entlassung ausgesprochen.

Der Streik selbst fand keine Unterstützung, sowohl unter der Bevölkerung wie auch bei den anderen Gewerkschaften nicht. Hierfür gab es zwei Gründe. 1. Hauptsächlich war die Bevölkerung, die auf die öffentlichen Verkehrslinien existenziell angewiesen ist, betroffen, nicht der Transport von Waren. 2., so vermuten und argumentieren die anderen Gewerkschaften, habe die rechte Gewerkschaft S.I. Maguinistas diesen Streik in Absprache mit der Regierung als „Scheingefecht" geführt, um der Regierung den Anlaß zu präsentieren, insgesamt gegen die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung vorzugehen. Daß die jetzt noch bestehende Regierung der Demokratischen Allianz dies als Abschluß ihrer Tätigkeit beabsichtigt, zeigt die Erklärung des Ministers Batista, daß Streiks gegen die Regierung illegal seien, und, daß der Gewerkschaft S.I. Maguinistas als Ersatz für den durch den Streik entstandenen Schaden 5 Mio. Esc. abverlangt werden. Nicht auszuschließen ist, daß für eine solche Linie selbst die Sozialisten zu gewinnen sind.

Großbritannien

Widerstand der Automobilarbeiter gegen weitreichende Kapitalistenpläne

Vier Wochen lang streikten 4500 Arbeiter im Ford-Werk Halewood (Liverpool) gegen die Entlassung eines ihrer Kollegen; seit drei Wochen stehen die Bänder im Werk Cowley des Konzerns British Leyland still, weil die Belegschaft für die Beibehaltung von sechs Minuten Waschzeit streikt. Angesichts der vielfältigen und schweren Niederlagen, die britische Arbeiter in den letzten Monaten erlitten, und angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen waren die Kapitalisten nach eigenen Aussagen von beiden Streiks „überrascht". Margret Thatcher griff, unter breiter Zustimmung der bürgerlichen Presse, wütend die Streikenden an und warf ihnen „Unvernunft" und „Mord an ihren Arbeitsplätzen" vor.

Die 4500 Arbeiter aus der Montagehalle des Ford-Werkes Halewood bei Liverpool stellten Anfang März die Arbeit ein, weil die Kapitalisten den jungen Bandarbeiter Paul Kelly entlassen hatten. Sie warfen ihm vor, absichtlich ein Teil in einem Wagen auf dem Band beschädigt zu haben, um einen Stopp des Bandes und damit eine kurze Arbeitspause zu erreichen. Jeder weiß von Bandarbeit, wie berechtigt solche verzweifelten Widerstandshandlungen gegen die unerträgliche Schinderei sind. Im Falle Paul Kellys aber waren die Vorwürfe dazu noch unwahr, die „Beweise" für den „Vandalismus", den die Firma ihm zur Last legte, bestanden nur aus der Zeugenaussage eines Meisters, die durch andere Aussagen widerlegt wurde.

Die Ford-Kapitalisten waren sowohl vom Streik überrascht wie davon, daß die Gewerkschaft TGWU ihn, obwohl mit Verzögerung, zum offiziellen Streik erklärte. Die Auseinandersetzung wurde in der letzten Woche beendet: Ford erklärte sich nach vier Wochen Streik damit einverstanden, daß die Entlassung von einer Untersuchungskommission überprüft wird. Die TGWU hatte schon zu Beginn des Streiks dieses Verfahren angeboten, und die Vertrauensleute sind der Ansicht, daß „zu 90% sicher ist, daß Paul Kelly wieder eingestellt wird."

Ford Großbritannien führt zur Zeit eine innerbetriebliche „Produktivitätskampagne" unter dem Titel „After Japan" (Japan hinterher) durch. Die Gewerkschaften sollen der Entlassung von 3000 der 9700 Halewood-Beschäftigten zustimmen, „damit das Werk die Effektivität des Werkes Saarlouis (in Westdeutschland, der Verfasser) erreicht". Ford geht mit folgenden Zahlen hausieren: 236 Mio. Pfund seien in den Jahren zwischen 1976 und 1982 in Halewood investiert worden, in Saarlouis dagegen nur 170 Mio. Pfund, trotzdem werde dort mit weniger Beschäftigten mehr produziert. Mit diesem Argument verlangt Ford, daß vor allem „unnötige und ineffektive Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Arbeitsplätzen, Gewerken, Werkzeugen und Maschinen, Arbeitsvorgängen und Schichten" beseitigt werden. Mit einem Wort: Jeder Arbeiter soll überall einsetzbar sein, jeder soll zur Schichtarbeit eingesetzt werden, und mit dem Verschwinden besonderer Qualifikationsanforderungen für bestimmte Arbeiten – auf die von den Gewerkschaften geachtet wird – werden die Kapitalisten auch die Löhne weiter drücken können.

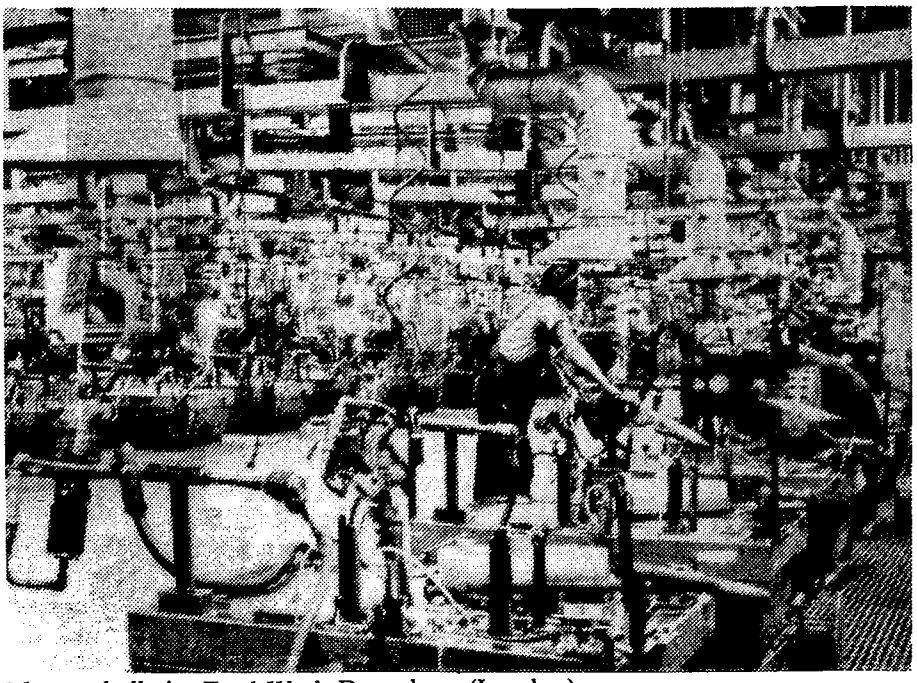
Die Vertrauensleute waren sich darüber im klaren, daß in einer solchen Lage der Streik gegen die Entlassung Paul Kellys unbedingt nötig war, aber den bevorstehenden Kampf nicht erleichtert. Die TGWU zahlt nur 14,50 Pfund Streikgeld in der Woche, das sind etwa 250 DM im Monat, dazu kommt noch Sozialhilfe von höchstens 150 bis 200 DM bei Arbeitern mit Familien. Steve Broadhead, Sprecher der Vertrauensleute in der Montagehalle, sagte deshalb auch schon vor Beendigung des Streiks: „Sie versuchen, uns für den tatsächlichen Angriff auf die Arbeitsbedingungen weichzuklopfen. Sie hoffen, daß wir pleite sind, wenn wir wieder arbeiten, und nicht genug Kraft für einen weiteren Kampf haben."

Die Arbeiter rechnen damit, daß sie bald wieder streiken müssen, denn im Werk Halewood will Ford Großbritannien die „neuen Arbeitsmethoden" ausprobieren. Der Streik kann schon in dieser Woche beginnen.

British Leyland, der staatliche Automobilkonzern, gibt ein gutes Beispiel für die Intensivierung der Arbeit, die britische Automobilkapitalisten in den letzten Jahren durchgesetzt haben. Unter Führung des südafrikanischen Peitschenschwingers Michael Edwardes, extra als Vorstandsvorsitzender importiert, setzte der Konzern die Arbeitsleistung von 5,9 Wagen pro Arbeiter im Jahr 1979 auf 10,1 Wagen pro Arbeiter im Jahr 1982 hinauf, dabei kürzte Edwardes die Beschäftigtenzahl um 96000 und schloß 19 Werke.

Die Nachfolger von Edwardes wollten der Belegschaft des Werkes Cowley die Waschzeiten von je drei Minuten vor der Hauptpause und vor Arbeitsschluß nehmen. „Der Grund für die Abschaffung der Waschzeiten ist einzig und allein der, daß es jetzt noch 66 Minuten in der Woche gibt, wo sie uns nicht anscheißen können", sagte ein Arbeiter auf der Betriebsversammlung. Ein anderer wird mit der Bemerkung zitiert, sie würden inzwischen von den Meistern wie Vieh behandelt.

In Cowley produziert Britisch Leyland (BL) den neuen „Maestro", der etwa in der Golf-Klasse liegt. Für die Produktion dieses gut verkauften Wagens stellte der Konzern mehr als 1000 Arbeiter neu ein, die meisten sehr jung und unerfahren. „Sie werden wirklich fertig gemacht", zitiert die Zeitung Socialist Worker einen Arbeiter. „Ihre



Motorenhalle im Ford-Werk Dagenham (London)

Bandgeschwindigkeiten sind höher als tarifvertraglich vereinbart, sie sind alle mit drei Monaten Probezeit eingestellt worden und haben keine Gelegenheit, sich vernünftig zu organisieren."

Am Montag, 28. März, sollte der Wegfall der Dreiminutenzeiten in Kraft treten. Am Freitag davor beschlossen die Vertrauensleute einstimmig, einer Betriebsversammlung am Montag einen Streik zu empfehlen. Die BL-Kapitalisten begannen die Auseinandersetzung damit, daß sie den Gewerkschaften verboten, eine Betriebsversammlung abzuhalten – in der Hoffnung, daß die neuen Arbeiter sich einer „illegalen" Betriebsversammlung nicht anschließen würden.

Ihre Hoffnung wurde getäuscht. Am Montag früh stoppte die Produktion und wurde bis heute nicht wieder aufgenommen. In der letzten Woche autorisierte die Gewerkschaft den Streik, d.h. sie zahlt Streikgeld.

Die Streiks der britischen Automobilarbeiter richten sich gegen die Intensivierung der Arbeit, bei deren Durchsetzung die Kapitalisten in den letzten Jahren weit vorgedrungen sind, ohne erheblichen Widerstand. Britisch Leyland brüstet sich damit, daß Longbridge, die „militanteste" der BL-Fabriken, 1982 „zu 95% streikfrei" gewesen sei, Ford, daß sie bei Ford Dagenham in London 3000 Entlassungen ohne Widerstand durchsetzen konnten, nachdem sie in wenigen Jahren „die Produktivität um 28% steigern" konnten. Die Steigerung der britischen Automobilproduktion – BL verliert durch den „Maestro"-Streik zum Beispiel jetzt kräftig Marktanteile – verbessert die Situation in diesen Kämpfen etwas.

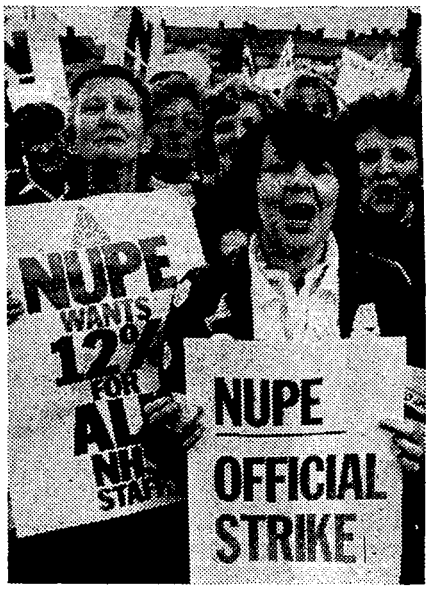
Die ideologischen Hauptwaffen des Kapitals sind chauvinistische Argumente, in Bezug auf die japanischen und westdeutschen Arbeiter z.B. Da ist es wenig hilfreich, wenn die TGWU sich monatelang vor allem damit beschäftigte, wie man die Häfen blockieren könne, um die Einfuhr im Ausland produzierter Wagen zu verhindern. Die Kapitalisten haben mit der Einführung ihrer „Weltautos", die in vielen Werken rund um den Erdball gebaut werden und die beliebig in Teilen oder ganz hin- und herexportiert werden, ihre Kampfbedingungen verbessert. Die passende Antwort darauf ist, den Zusammenschluß der Arbeiter zu verbessern. Es müßte doch eigentlich möglich sein, daß die Ford-Arbeiter aus Saarlouis mit genauer Aufklärung darüber, *wie* mörderisch ihre Arbeitsbedingungen sind, den Kapitalisten ein wichtiges Argument aus der Hand nehmen, und gleichzeitig bei sich im Betrieb Argumente für die Einschränkung der Antreiberei haben.

Quellenhinweis: Financial Times, versch. Ausgaben; Socialist Worker, 2.4. u. 9.4.; The Economist, 7.4.

Thatcher verlangt viktorianische Tugenden von den britischen Arbeitern

Vor wenigen Wochen empfahl Großbritanniens Premierministerin Thatcher der Bevölkerung der Insel, sich auf „viktorianische Tugenden" zu besinnen. Unter der Königin Viktoria, die von 1837 bis 1901 regierte, wurde das Königreich zum Empire, machte die britische Bourgeoisie ihre größten Kolonialräubereien, bildete sich eine Arbeiteraristokratie heraus und lebten die meisten Arbeiter in beträchtlichem Elend.

Viktorianisch jedenfalls, und durchaus den von Charles Dickens in seinen Romanen geschilderten Verhältnissen ähnlich, sind die Lebensumstände breiter Arbeiterschichten, die in den baufälligen Stadtvierteln Ostlondons, Birminghams oder Manchesters wohnen müssen, in denen die Senkung der Arbeiterlöhne und die steigende Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat in zunehmender Verslumung sichtbar werden.



Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehören zu den niedrigst bezahlten Arbeitern

Ein Anzeichen für die Verelendung ist der rapide Anstieg der Zahl der Tuberkulosekranken, vor allem in den Städten. In dem Ostlondoner Stadtbezirk Tower Hamlets z.B. sind jetzt 80 von 100000 Personen an TBC erkrankt, verglichen mit einem Schnitt von 15,5 pro 100000 in ganz England. In Tower Hamlet leben viele arme Arbeiter, unter ihnen viele Einwanderer aus Asien. Diejenigen, die Arbeit haben, gehen in die Fabriken wie z.B. Ford Dagenham, andere, vor allem Frauen, schuften in den kleinen Textilklitschen in Hinterzimmern und Kellerlöchern.

Nach vier Jahren Regierung muß Thatcher jetzt eine Neuwahl innerhalb der nächsten Monate ansetzen. Sie hat die ihr von der Kapitalistenklasse vor vier Jahren gesetzten Ziele gegen die Massen größtenteils erfüllt. Eine Studie des halboffiziellen Instituts für Steuerstudien zeigt, daß eine „typische" Arbeitslosenfamilie etwa 15 Pfund weniger verfügbares Einkommen pro Woche hat als 1979, das sind 230 DM monatlich. Die Familie eines angelernten Arbeiters verfügt über 8 Pfund weniger pro Woche, das sind monatlich rund 124 DM. Dagegen erhält der „typische" Company-Direktor 119,80 Pfund mehr in der Woche – etwa 1850 DM *mehr* im Monat. Die Veränderungen sind die Ergebnisse von niedergewalzten Streiks, von geschickten Änderungen in den Steuertarifen und von Kürzungen bei den Arbeitslosengeldern und Sozialhilfeleistungen.

Die Regierung senkte z.B. das Arbeitslosengeld um 5%, es beträgt jetzt 25 Pfund in der Woche als Basissatz. Das entspricht etwa 400 DM monatlich. Dazu kommen noch 15,45 Pfund für jeden abhängigen Erwachsenen und 0,30 Pfund für jedes Kind, außerdem eine kleine, einkommensbezogene Summe. Eine Familie kommt selten über 700 DM Arbeitslosengeld im Monat. Zur Zeit gibt es 3,3 Mio. Arbeitslose in Großbritannien.

Zu den Errungenschaften der Regierung Thatcher gehört auch die Änderung der Krankengeldregelung, nach der jetzt die Kapitalisten das Krankengeld vorstrecken und von der Versicherung zurückerhalten. Sie werden auch für die Kontrolle verantwortlich, daß „Personen, die durch eigene Schuld arbeitsunfähig werden" oder sich ohne Grund einer Untersuchung entziehen oder „Verhaltensmaßregeln nicht beachten", bis zu sechs Wochen lang kein Krankengeld erhalten. Unter Margret Thatcher wurden die Rezeptgebühren auf 4,70 DM erhöht, die Grundgebühr für die Zahnarztbehandung auf 47 DM – und die Krankenkassenbeiträge der Kapitalisten gesenkt.

Für die nächste Legislaturperiode plant Thatcher weitere drastische Einsparungen. Ihren Wahlkampf will sie mit dem Schwergewicht auf den Krieg um die Malwinen (Falkland-) Inseln führen. Die Ausgaben für die Flotte und für die Falkland-Garnison sollen ebenfalls drastisch steigen.

Quellenhinweis: Financial Times, 24.3.; Socialist Worker, 16.4.; BBC-Nachrichten

„Tootsie"

Gewohntes aus Hollywood: „Das Weib sei dem Manne untertan"

Die Feuilletonspalten einschlägiger Zeitschriften sind voll des Lobes: Der Film „Tootsie" sei nicht nur ein Kassenschlager, sondern, gerade weil er für ein breites Publikum gefertigt sei, diene er den Anliegen der Frauenemanzipationsbewegung ganz besonders – also ein Film aus Hollywood, in dem Frauen einmal nicht wie gewohnt die Rolle zu spielen haben, in der einen oder anderen Weise für das leibliche Wohl einiger Herren der Schöpfung zu sorgen? Zweifel erwiesen sich als berechtigt. Der Regisseur Sydney Pollack greift Gedanken auf, wie sie beim dem bürgerlichen Liberalismus nahestehenden Teil der Frauenbewegung gängig sind: Die Individuen je verschiedenen Geschlechts seien geprägt durch je verschiedenes „Rollenverhalten". So spielt das ganze nicht ohne Grund im Schauspielermilieu. Der Held des Filmes, der ständig arbeitslose Schauspieler Michael Dorsey – er verkracht sich mit jedem Regisseur, weil er eigentlich lieber mit einigen Freunden avantgardistisches Theater spielen möchte –, wechselt seine „Geschlechterrolle". Nachdem eine ebenfalls arbeitslose Bekannte, mit der er für die Probevorstellung bei einer Fernsehgesellschaft die Rolle „empörte Frau" übt und bei dieser Gelegenheit mit ihr ins Bett geht, abgelehnt wird, verkleidet sich Michael Dorsey als Frau und erhält so als Dorothy Michaels die Rolle in der Fernsehserie. Zunächst scheint der Regisseur die Handlung mit Kritik an sattsam bekanntem Verhalten von männlichen Vorgesetzten gegenüber unterstellten weiblichen Beschäftigten fortsetzen zu wollen. Die Fernsehserie handelt davon: Chefarzt fällt über Krankenschwestern her; die Produktion der Serie verläuft entsprechend: Der Regisseur nimmt jede Schauspielerin ins Bett, und in solcher Atmosphäre vermeint auch der schon leicht vertrottelte Schauspieler, der den Chefarzt mimt, sich bei den zahlreichen Kußszenen seinen Anteil holen zu können. Michael, dem als Dorothy alle weiblichen Reaktionen bewußt werden, weil er sie spielen muß, läßt sich das nicht gefallen. Statt wie im Drehbuch vorgesehen, sich als neue Verwaltungschefin im Krankenhaus vom Chefarzt verführen zu lassen, haut sie ihm beim ersten Annäherungsversuch Bücher auf den Kopf. Der Regisseur will die Szene zunächst streichen lassen, aber die Produzentin besteht mit sicheren Geldinstinkt auf Sendung: Dorothy wird bald zum Schwarm aller Sekretärinnen, erscheint als Titelbild auf allen Frauenzeitschriften. Zugleich sorgt der Mann in der Frauenrolle dafür, daß sich das Verhalten der Männer im Studio ändert: Den Regisseur fährt Dorothy an, wenn er sie „tootsie" (Schätzchen) nennt, die übrigen Schauspielerinnen werden selbstbewußter und der Schauspieler des Chefarztes stößt auf Widerstand bei seinen plumpen Annäherungsversuchen. Jedoch im weiteren Fortgang der Handlung läßt der Regisseur die Kritik, die sich mit dem „Rollentausch" entwickelt, in „Seid nett zueinander"-Gefühlsduselei enden. Jessica, blond und auch sonst ein Abbild Marylin Monroes, spielt die Krankenschwester, der alle nachstellen, und hat ein Verhältnis mit dem Regisseur, der sie betrügt. Aus einer früheren Liebschaft hat sie außerdem ein uneheliches Kind. Michael Dorsey in seiner Rolle als Dorothy stärkt ihr weibliches Selbstvertrauen, überzeugt sie, daß sie ihr Verhältnis mit dem Regisseur besser beendet, verliebt sich aber dabei in Jessica. Umgekehrt verliebt sich der Vater von Jessica in die vermeintliche Dorothy. Er hat seine vielgeliebte Frau vor längerer Zeit verloren, ist der Typ des „anständigen", biederen Amerikaners und meint „Mann ist Mann, und Frau ist Frau", als er seinen Heiratsantrag macht. Nach soviel Liebesgefühlen und mit Komik, die sich aus dumpfer Ablehnung der Homosexualität nährt, scheint dem Regisseur der Boden bereitet, um die bewährte Ordnung als unumgänglich darzutun. Dorothy enthüllt sich in der Fernsehserie als Mann, der in Frauenkleidern seine Schwester rächt, die unter dem Chefarzt leiden mußte. Nun kann er als Michael endlich seine Jessica kriegen. Man hört, ein „Oscar" sei bereit gestellt, um das Familienrührstück zu prämiieren.

„Aktion wider den undeutschen Geist"

Die Verfasser der teils älteren Aufsätze in dem Sammelband „10. Mai 1933. Bücherverbrennung und die Folgen" klären auf über die „Aktion wider den undeutschen Geist", den die Deutsche Studentenschaft im Mai und April 1933 entfachte. Geklärt scheint, daß der Reichspropagandaminister Goebbels sie in seine Strategie zur Vernichtung der Theorie der Arbeiterklasse und der literarischen Träger demokratischer und pazifistischer Strömungen einbaute. Ungeklärt bleibt, warum die Schriftsteller, die ins Exil getrieben wurden, zwar gern verwendet wurden für den Nachweis eines besseren Deutschland, womit sie eben als Nationalschriftsteller hochgehalten wurden, nicht gelesen wurden. Wichtig ist zu erfahren, wie diejenigen Autoren, die die sogenannte „Innere Emigration" für sich in Anspruch nahmen, sie nach 1945 rechtfertigten, um ihre reaktionären Grundauffassungen beibehalten zu können, da deren Texte die ersten neuen Schullesebücher füllten. Interessant sind Schnells Darlegungen, daß es seit 1933 nicht nur einen Bruch gegeben habe, sondern auch Kontinuität bestimmter Autoren, die für die Behauptung eines völligen Neuanfangs hergehalten haben, in Wirklichkeit aber schon früher und selbst in einer nationalsozialistischen Zeitschrift ihre Sachen veröffentlicht haben. Die falsche These, daß die Gleichgültigkeit der Intellektuellen die Republik zugrundegerichtet habe, zieht sich leider auch durch.

10. Mai 1933, Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen, hrsg. von U. Walberer, Fischer TB 4245, 9,80 DM

Deutsche Chronik 1933 bis 1945

Es gibt nicht viele Bücher zum deutschen Faschismus, die man empfehlen kann. Eine Ausnahme ist zweifellos H. Bergschickers „Deutsche Chronik – Alltag im Faschismus 1933 – 1945", das Anfang diesen Jahres in 2. Auflage erschien. Es enthält das wohl umfangreichste und interessanteste Material (v.a. Fotos), das in einem Buch über diese Zeit erreichbar ist; und es ist so ausgewählt, daß es sowohl jedem nützt, der antifaschistisch arbeitet, als auch jedem, der sich ohne Vorkenntnisse einen Überblick verschaffen will, ohne gleich eine bürgerliche Theorie miteinkaufen zu müs-

sen: „So sind die Bilder, die uns über diese Zeit erreichen, häufig nicht nur falsch, sondern gefährlich. Zu oft transportieren sie noch die Optik derjenigen, die sie mit viel Kenntnis faschistischer Propaganda für ihren Zweck gemacht haben. Denn verständlicherweise gibt es nur wenige Bilder des deutschen Faschismus, die aus der Perspektive des Widerstandes ausgewählt wurden" (aus dem Klappentext). Dem Autor ist letzteres in zehnjähriger Arbeit gelungen. In dem Buch ist die übersichtliche Form der Kombination von thematischem und chronologischem Aufbau gewählt. Der thematische Abschnitt wird vorher inhaltlich zusammengefaßt. Die Fotos, mit treffenden Untertexten versehen, sind von Zeitleisten begleitet. Dann folgen Schrift- und Bilddokumente, Schaubilder und Statistiken zu dem entsprechenden Thema, die durch einen guten Registeranhang auch einzeln schnell greifbar sind. Eine Schwäche ist zweifellos die fehlende Bibliographie und fehlende Angaben zur Herkunft von Fotos und Dokumenten. Während die seit kurzem gerade für diese Zeit in Mode gekommene bürgerliche Alltagsforschung allerhand Einzelheiten scheinbar zusammenhanglos erfaßt, werden wirtschaftliche Interessen und soziale Auswirkungen in diesem Buch ebenso deutlich wie der imperialistische Charakter des 2. Weltkrieges. Für eine Zusammenstellung auch nur eines Bruchteils des vorgelegten Materials bedürfte es sonst mühsamer Suche in zahllosen Publikationen. Daher der wirklich hohe Preis.

Hans Bergschicker, Deutsche Chronik – Alltag im Faschismus 1933 – 1945, Berlin 1983, Elefanten Press, 49.50 DM

Enthüllungen eines „Republikflüchtlings"

Was macht einer, der es in der DDR bis zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Fernsehens gebracht hat, dem dann aber die unerträgliche Schmach angetan wurde, wegen seiner rotzlöffeligen Kritik an gewöhnlichen Arbeitern von seinem Posten abgesetzt zu werden und stattdessen drei Monate lang als Steinträger auf Baustellen schmachten zu müssen? Er beschließt, „Republikflüchtling" zu werden, fährt am 5. Januar 1961 mit der Berliner Stadtbahn über die Grenze und landet nach so erfolgreich durchgeführter Republikflucht sofort als Redakteur beim Südwestfunk Baden-Baden. Knapp zwanzig Jahre später hat nun dieser „Republikflüchtling" Gerhard Jäger seine gesammelten Erkenntnisse über den Kommunismus unter dem Titel „Die Revolution geht in Rente. Von den Schüssen aufs Winterpalais bis zur Pleite in Polen" veröffentlicht. Schon vor Jahren, so Jäger freimütig, habe ihm der hiesige Verfassungsschutz geraten, „ich solle doch irgendwo einen Job suchen, in dem ich meine Kenntnisse über ‚Ostpolitik' nutzen könnte". Entsprechend sind dann auch seine Erkenntnisse. Da sind die Verträge von Jalta, Potsdam, die Oder-Neisse-Grenze, die „eingekesselte Halbstadt West-Berlin" ebenso wie die Ostverträge der 70er Jahre die „katastrophalen Folgen ... schludriger westlicher Denkweise", da ist Taiwan das „freie Restchina", da gehören Friedensbewegung, Anti-Kernkraftbewegung, Hausbesetzer und Neonazis zu den von Kommunisten „beeinflußten Organisationen", da ist der Sieg des Befreiungskampfes in Nord-Korea und Nord-Vietnam in den vierziger und fünfziger Jahren in Wirklichkeit ein Ergebnis russischer Putsche, Stalin war „ein besonders perfides Exemplar der kommunistischen Spezies", die Redaktion der Zeitschrift „Konkret" ist vom Osten gesteuert usw. usf. Wir überlassen es den Lesern, sich die weiteren Erkenntnisse dieses „Republikflüchtlings" zu Gemüte zu führen. Interessant an dieser Veröffentlichung ist eher, daß diese Sorte antikommunistischer, von Blut- und Mordgeschichten nur so triefender und von „Republikflüchtlingen" verfaßter „populärwissenschaftlicher Sachbücher" (so der Verlag) jetzt neuerlich auf den Markt geworfen wird, sowie die ungenierte Propaganda für die Wiedererrichtung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse in den Ländern des Ostens, die damit einhergeht. Wie anders soll man es verstehen, wenn der Autor am Ende seines Buches seine Kritik darin zusammenfaßt, daß in diesen Ländern keine Möglichkeit mehr bestehe, „mit Fleiß (oder/und Ellenbogen), Ideen oder durch Aufnahme von Risiken ein kleines Vermögen anzusammeln" und daß für die Arbeiter in diesen Ländern „der materielle Anreiz zur Entfaltung notwendigen Arbeitseifers nicht ausreicht"?

Gerhard Jäger, Die Revolution geht in Rente, Knaur-Wissen aktuell Band 4004, München 1982, 7,80 DM

Institut für Auslandsbeziehungen

Mit Kulturarbeit Expansion vorbereiten und absichern

In der kulturellen Szene Stuttgarts haben die Ausstellungen des dort beheimateten Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA) ihren festen Platz. Der Öffentlichkeit werden völkerkundliche Themen ebenso dargeboten wie z.B. ausländische Kunst. Während jedoch fast überall gekürzt wird, soll das IfA erstaunlicherweise auch künftig vom Bund, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart mit insgesamt 14 Mio. DM gefördert werden. Ist es reiner Idealismus, der die Regierenden dazu veranlaßt, so großzügig „die Kenntnis fremder Länder und Völker ... sowie ihre Beziehungen zu Deutschland zu fördern" (Satzung des IfA)?

Betrachtet man den Kreis der Vorstandsmitglieder des IfA, kommen Zweifel auf. Neben Regierungsvertretern und Wissenschaftlern gehören dazu: Dr. Hausmann von der Zentralverwaltung der Siemens AG, Heinz Hoppe, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, sowie Götz Küster, Abteilungsdirektor der Robert-Bosch GmbH. In einem Artikel des „Auslandkurier" (2/80) wird der Aufgabenbereich des IfA denn auch deutlicher benannt: „Allzuoft werden fremde Völker in ihren kulturellen oder politischen oder wirtschaftlichen Traditionen und Aktivitäten isoliert betrachtet. Die Perspektive auf einen Einzelaspekt einer fremden Nation ... kann gerade im wirtschaftlichen Bereich auch konkrete, in Mark und Pfennig zu berechnende Nachteile im Auslandsgeschäft schaffen." Dem soll das IfA abhelfen. Zu diesem Zweck werden zwei- bis dreitägige Intensivseminare durchgeführt, eine „Dienstleistung vornehmlich für die Industrie", die der „Information und Vorbereitung deutscher Fach- und Führungskräfte für den Einsatz in überseeische Länder" dienen soll (so ein Faltblatt des IfA). Die Seminare werden vorbereitet von Vertretern des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg, von Kapitalistenverbänden (IHKs) und sonstigen staatlich geförderten Einrichtungen wie z.B. Universitätsinstituten. Informiert wird bei dem im April stattfindenden China-Seminar z.B. über „Finanzierung und Zahlungsabwicklung im China-Geschäft" von Wilhelm Seibert, Direktor bei der Dresdner Bank, oder es findet ein „Rundgespräch mit Experten" statt über „Geschäftspraxis – Umgang und Verhaltensweise". Bei einem früheren Mexiko-Seminar lautete ein Thema „Produzieren in Mexiko", vorgetragen von Otto Adams, Leiter des Bereichs „Beteiligungen Ausland" der Volkswagen AG, die hierin ja reichlich Erfahrung hat.

Neben der direkten Zuarbeit für die Wirtschaft hat das IfA aber auch die Aufgabe, die Machtstellung der BRD in der Welt mit ideologischen Mitteln zu fördern und abzusichern. Hildegard Hamm-Brücher beruft sich in ihrer Rede zur 60-Jahr-Feier des IfA 1977 auf den kaiserlichen Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der 1913 gesagt hat: „Ich bin von der Wichtigkeit, ja der Notwendigkeit einer auswärtigen Kulturpolitik überzeugt ... Wir ... haben vielleicht allzuviel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann." Kommentar dazu von Hamm-Brücher: „Für das Wort ‚Gewalt' können wir heute getrost das Wort ‚Wirtschaft' setzen"! Deutlicher kann der imperialistische Anspruch der BRD kaum ausgedrückt werden. „Die Bundesregierung", so führt Hamm-Brücher weiter aus, „betrachtet deshalb den Kulturaustausch neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen als gleichrangigen Bereich der Außenpolitik, als ihre ‚dritte Dimension', die zur ‚Höhe' und ‚Breite' die stabilisierende ‚Tiefe' hinzufügen soll." Sie nennt auch gleich die Ziele, die erreicht werden sollen, nämlich eine geschlossene europäische Macht, möglichst reibungslose Durchsetzung der imperialistischen Interessen gegenüber den Entwicklungsländern, vornehm „Interessensausgleich" genannt, sowie Rückgewinnung von Ostdeutschland unter dem Mantel der „gemeinsamen deutschen Kultur".

Hildegard Hamm-Brücher kann bei ihren Ausführungen mit Recht „lebendige Kontinuität" betonen. Denn das 1917 gegründete Institut war wegen seiner vielfältigen Kontakte zu deutschen Volksgruppen im Ausland nach 1933 ein wichtiges Instrument für faschistische Expansionspolitik. Seine Aufgabe war, „dem auslandsdeutschen Volksgenossen das Neue Reich möglichst nahe zu

bringen und verständlich zu machen." (Stuttgarter NS-OB Strölin 1935). Das Institut führte beispielsweise besondere Schulungen für Führungskräfte der SA und der HJ durch, die diese auf ihre Funktion als Grenzland- und Volkstumsreferent in der jeweiligen Organisation vorbereitete. Diese wiederum sollten die deutschstämmige Bevölkerung in der CSR, Polnisch-Schleswig, Posen usw. an den nationalsozialistischen Staat heranführen und so die Einverleibung dieser Gebiete ideologisch vorbereiten.

Wird auch diese Phase in der Geschichte des IfA heute in offiziellen Stellungnahmen nie erwähnt, so fügt sie sich doch nahtlos in die viel gefeierte Tradition des IfA ein. Damals wie heute wird das Institut von Wirtschaft und Staat nicht einiger kultureller Aktivitäten wegen, die es in der Öffentlichkeit durchaus positiv erscheinen lassen, gefördert, sondern aufgrund der handfesten Dienste, die es dem westdeutschen Imperialismus leistet.

Quellenhinweis: Auslandskurier 2/80 und 16/75; Tätigkeitsberichte des Instituts für Auslandsbeziehungen; Hamm-Brücher, Alte und neue Aspekte der auswärtigen Kulturpolitik, veröffentlicht im „Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 124 vom 7.12.77, S.1141ff; Wirtschaftspartner China. Analysen, Daten, Dokumente, Hintergründe. Göppingen, 1976 (Schriftenreihe des Institut für Auslandsbeziehungen, Reihe Dok.6); Amtsblatt 9/83; Ernst Ritter: Das deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart, Wiesbaden 1976

„Dauernde Befriedung Europas"

Deutscheuropa-Strategie, NATO und Westeuropäische Union (II)

Am 24. März 1946 – also zehn Monate nach der bedingungslosen Kapitulation der „Wehrmacht" bzw. Absetzung und Verhaftung der letzten Reichsregierung (Dönitz) – hielt der seinerzeitige Erste Vorsitzende der CDU der britischen Besatzungszone, Dr. K. Adenauer, vor 4000 Zuhörern in der Kölner Universität eine programmatische Rede. Darin stellte er mit gelassener Bestimmtheit u.a. folgendes fest:

„Außenpolitik wird Deutschland vorerst nur in beschränktem Umfang treiben können. Sein Ziel muß sein, an der ... Vereinigung der Nationen gleichberechtigt teilzunehmen ... Europa ist nur möglich, wenn eine Gemeinschaft der europäischen Völker *wieder*hergestellt (Hervorhebg. v. d. Red.) wird, in der jedes Volk seinen ... Beitrag zur europäischen Wirtschaft ... liefert ... Ich kenne die Besorgnisse der westlichen Nachbarn Deutschlands ... Ich halte es für unrichtig, sie zur Beruhigung auf die heutige politische Machtverteilung in Europa hinzuweisen. Alles ist ständig im Fluß und ändert sich unter der Sonne! – Es muß eine Lösung der deutschen Frage gefunden werden, die organischer Natur und darum von Dauer ist und die unsere westlichen Nachbarn beruhigt ... Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer ... Deshalb bin ich ... in den zwanziger Jahren für eine organische Verflechtung der französischen, der belgischen und der deutschen Wirtschaft zur Sicherung eines dauernden Friedens eingetreten ... Heute sind ganz andere Zukunftsmöglichkeiten für Westeuropa, für ganz Europa möglich als damals. – (Von daher/ Red.) ... muß meines Erachtens das Problem der Vereinigten Staaten von Europa unter Einschluß Deutschlands ... in Angriff genommen werden ... Bis zur Begründung der Vereinigten Staaten von Europa lassen sich für diese Nachbarn ... genügend Sicherungen treffen: ... Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und seiner westlichen Nachbarn einschließlich derjenigen Englands ..." (1)

In diesem Zitat ist die Wieder-Herstellung einer „Gemeinschaft europäischer Völker" deswegen (redaktionell) hervorgehoben, weil die Propagierung dieses Ziels mit größtem Freimut die Fortsetzung des soeben (1945) verlorenen „Europäischen Einigungskriegs" (Reichsaußenminister v. Ribbentrop, Sept. 1943) mit anderen Mitteln – nämlich denen der ökonomisch-politischen Allianzbildung, einläutete. Bei nüchterner Betrachtung der unmittelbaren Nachkriegslage der westeuropäisch-nordamerikanischen Konkurrenten bzw. Rivalen der (ehemals reichsdeutschen, jetzt) westdeutschen Monopole ergab sich tatsächlich ein Schnittpunkt von (gemeinsamen) Interessen, an dem mit Aussicht auf Erfolg angeknüpft werden konnte. Drei Faktoren sind im wesentlichen bestimmend für diesen Schnittpunkt – der später in Gestalt der Montan-Union/EWG bzw. WEU/NATO institutionalisierte Formen verliehen bekam:

1. Die westeuropäischen Konkurrenten bzw. Rivalen der reichsdeutschen Monopole litten unter heftigen wirtschaftlichen und politischen Streikkämpfen ihrer Arbeiterbewegungen und ideologisch unter breiter Sympathie für die Idee bzw. Forderung der Aufrichtung des Sozialismus im eigenen Land sowie unter breiter Sympathie für die revolutionäre Sowjetunion und die Aufrichtung von Volksdemokratien in Osteuropa. Außerdem litten sie unter heftigen Schlägen der antikolonialen Befreiungskriege der afro-asiatischen Völker in den Kolonien bzw. Dominions. Wechselseitiges Bündnis dagegen war somit notwendig, weil all diese Sachen an den Existenzgrundlagen dieser Konkurrenten bzw. Rivalen fraßen (2).

2. Zum anderen litten diese Konkurrenten bzw. Rivalen unter der Abhängigkeit von den US-Monopolen, bei denen sie sich im Verlaufe des 2. Weltkriegs hatten (in erheblichem Umfang) verschulden müssen und denen sie darüberhinaus ihre Kolonien bzw. Dominions hatten öffnen müssen (als Stützpunkte bzw. zu „Schutzzwecken"). Als militärische Sieger (der Anti-Hitlerkoalition) waren sie dennoch ökonomische Verlierer, die dem Ansturm des nordamerikanischen Finanzkapitals auf die Rohstoffquellen der „überseeischen Besitzungen" und die Binnenmärkte ihrer „Mutterländer" tatsächlich wehrlos gegenüberstanden. Schaffung konkurrenzfähiger Monopole durch Aufrichtung eines zollfreien westeuropäischen Treibhauses mit „assoziiertem" kolonialem Freiland in „natürlicher Ergänzung dazu" war daher existentiell geboten und in gemeinsamem Interesse.

3. In Anbetracht der eigenen ökonomischen Stärke und der Vorteile, welche sich vermittels des zollfreien westeuropäischen Binnenmarktes dem dort operierenden bzw. investierten US-Kapital boten, sowie in Anbetracht des Interesses an der Niederhaltung der dortigen Arbeiterbewegungen (bzw. Verhinderung der sozialen Revolution in diesen westeuropäischen Ländern) und der Niederhaltung der Kolonialvölker waren die US-Monopole brennend an der Aufrichtung einer ökonomisch-politischen „Westeuropäischen Union" interessiert (3).

Diese drei Faktoren haben zunächst zur „Westunion" (durch Erweiterung des britisch-französischen Paktes von Dünkirchen (1947) zum Brüsseler Pakt (1948, zwischen Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Ländern) geführt und wenig später zur Nordatlantischen Allianz (durch Erweiterung des Brüsseler Pakts zum Nordatlantik-Pakt 1949). Es waren somit bei Aufrichtung der BRD im Jahre 1949 bereits wesentliche Voraussetzungen zur Verwirklichung jener, am 24. März 1946 propagierten o.a. Ziele westdeutscher Außenpolitik vorhanden – an diese galt es Adenauer zufolge nunmehr anzuknüpfen:

„Wagt man es wirklich (zur SPD gewendet, Red.), die europäische Gemeinschaft durch Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht zustandekommen zu lassen? ... Meine Damen und Herren, jeder von uns weiß doch, wie es um Europa steht. Jeder von uns weiß, daß ganz Europa von der maßgebenden Stellung, die es noch vor wenigen Jahrzehnten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet einnahm, herabgestürzt ist. – Jeder von uns weiß, daß die europäischen Länder durch die beiden Kriege auf das empfindlichste geschwächt sind, daß andererseits infolge dieser Kriege so starke Übermächte entstanden sind, daß kein Land in Europa daran denken kann, jemals wieder allein für sich eine Rolle in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft zu spielen. – Jeder von uns weiß, daß nur der Zusammenschluß Europas (in seinen „Erinnerungen 1945 – 1953", Stuttgart 1965, S. 534, bekräftigt er dessen Notwendigkeit „durch die beiden Kriege, durch Revolutionen und Aufstände, die sich an sie anschlossen ...", d. Red.) zu einer Einheit der Wirtschaft, der Politik ... Europa wieder maßgeblichen Einfluß in der Welt verschaffen kann. – Nun spricht man (gemeint ist die SPD, Red.) in geringschätzender, fast verletzender Weise von Kleineuropa. Es ist kein kluges, es ist ein unkluges Wort, und es ist ein falsches Wort. Es ist nicht klug, meine Damen und Herren; denn lieber fange ich klein an und vergrößere mich, als daß ich nichts tue und die Hände in den Schoß lege und Gottes Wasser über Gottes Erde laufen lasse. Es ist ein falsches Wort ... denn dieses ‚Kleineuropa' umfaßt 160 Millionen Europäer. Das sind so viele Menschen, wie in den Vereinigten Staaten leben, und annähernd so viele wie in Sowjetrußland! ... und dieses Kleineuropa ist ein Wirtschaftsgebiet von größter Bedeutung" (3.12.1952, Stenographische Berichte d. Deutschen Bundestags, Blatt Nr. 1143).

Wenngleich jene Feststellung „lieber fange ich klein an und vergrößere mich" ziemlich freimütig war, so war sie dennoch nicht frei von hinzugefügten Besorgnissen folgender Art:

„Wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir wollen nicht nur für jetzt den Frieden ... für Europa retten, sondern wir wollen dafür sorgen, daß auch nach 10 und 20 Jahren, wenn die Welt vielleicht wieder anders aussieht und wenn die europäischen Staaten wieder zu stärkeren Staaten geworden sind, ein Krieg in Europa ... ein für allemal unmöglich gemacht wird. (Lebhafter Beifall von den Regierungsparteien ...) – Das ist ... eines der Hauptziele, die wir bei unserer Politik verfolgen müssen, ein Ziel, das wir über die augenblickliche Spannung hinaus nicht aus den Augen verlieren dürfen ... Darum betrachte ich – lassen sie mich das nochmals sagen – die *Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft* neben der Schaffung des Schumanplans (d.h. der Montanunion, Red.) als ein ganz *wesentliches Element einer dauernden Befriedung Europas.*" (Hervorhebungen i. Original – Stenographische Berichte, 7.2.1952, Blatt 8103 und 8104). Diese Besorgnisse hinsichtlich der Ausschaltung binneneuropäischer Konkurrenzkriege waren nicht unbegründet; denn nur die tatsächliche Zusammenfassung zu einer integrierten supra- (EVG) oder multinationalen politisch-militärischen Allianz

(NATO/WEU) vermochte Sicherheit vor der militärischen Gegenwehr ökonomisch niedergekämpfter Konkurrenten bieten. Exakt diesen Punkt hatte der spätere Bundeskanzler K. G. Kiesinger im Auge, wenn er folgendes konstatierte: „Ja, meine Damen und Herren, haben wir nicht von Anfang an und immer wieder erklärt, daß diese Europäische Verteidigungsgemeinschaft keineswegs nur gegen eine Bedrohung vom Osten her geschlossen worden ist, sondern deswegen, weil wir in Europa reinen Tisch machen wollen und auch die unter uns (d.h. unter den westeuropäischen Konkurrenten, Red.), die einmal virtuelle (d.h. mögliche, Red.) Angreifer sein könnten, zusammenführen wollten zu einem Frieden?" (Stenogr. Berichte, 4.12.1952, Blatt 11374).

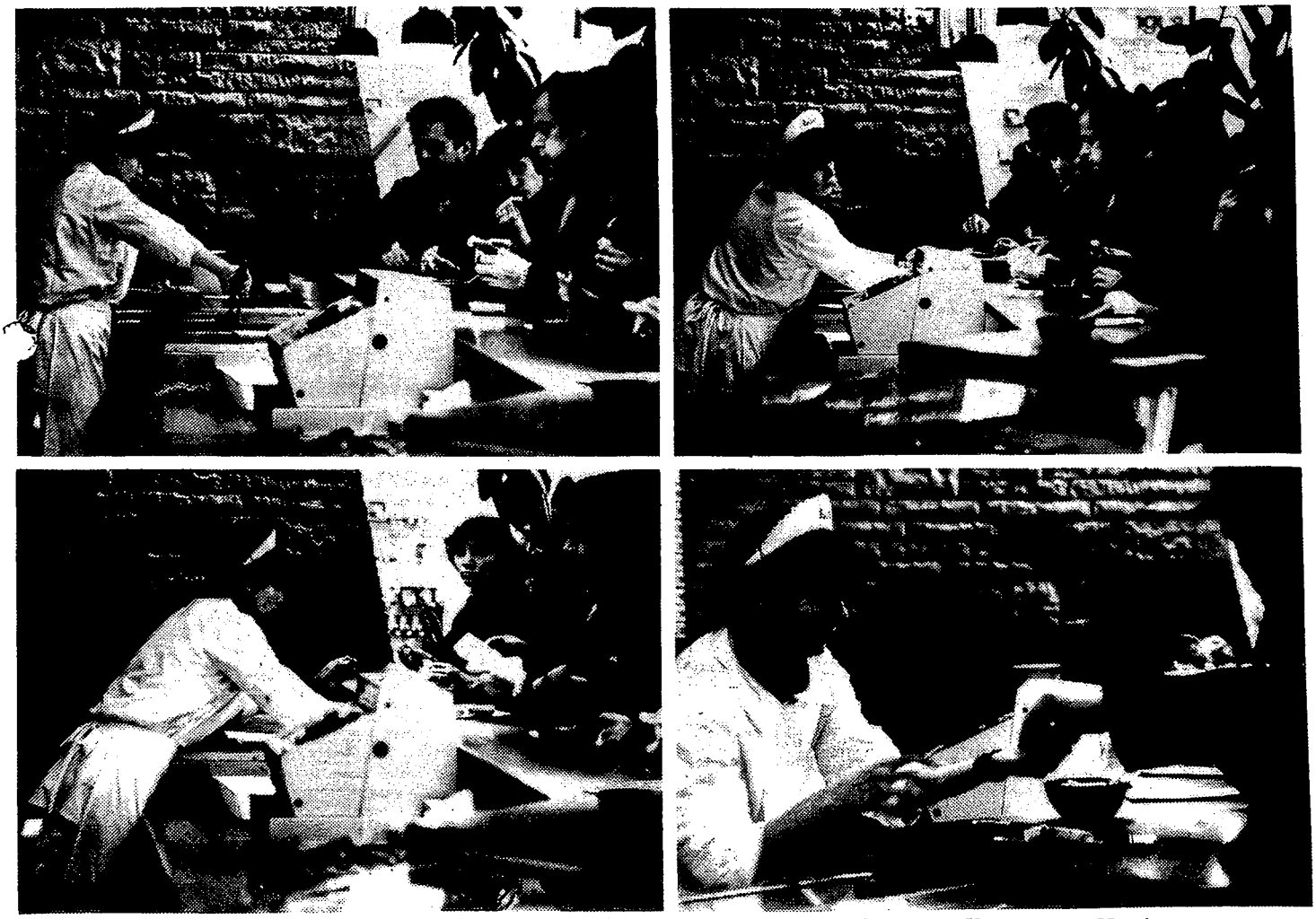
Im Hinblick auf den Beitritt der BRD zur Westeuropäischen Union (WEU) bzw. NATO – die 1952 vertraglich beschlossene EVG scheiterte schließlich 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung bzw. Regierung – sowie im Hinblick auf die Möglichkeit bzw. Gefahr militärisch ausgetragener Konkurrenz zwischen den nordamerikanischen und westeuropäischen Monopolen ist es nunmehr abschließend notwendig, auf einige wesentliche Elemente des Brüsseler Vertrags (WEU) bzw. des NATO-Vertrags einzugehen:

Der seinerzeitige Bericht (4) des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (24.2.1955) hebt hinsichtlich des Beitritts der BRD zur WEU bzw. NATO v.a. vier Gesichtspunkte hervor. Erstens ist die WEU bzw. der zugrundeliegende neuabgefaßte Brüsseler Vertrag vom 23.10.1954 (zwischen Großbritannien, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Italien und der BRD) auf 50 Jahre unkündbar abgeschlossen – d.h. vor dem 23.10.2004 kann dieser Vertrag nur aufgrund einstimmig festgestellten Wegfalls des Vertragsgrundes aufgelöst werden. Zweitens ist der NATO-Vertrag vom 4.4.1949 auf 20 Jahre abgeschlossen worden; Frankreich ist bereits vorher (1966/67) aus der „militärischen Integration" dieser Allianz ausgetreten – ansonsten ist dieser Vertrag seit dem 4.4.1969 über eine Einjahresfrist jederzeit kündbar. Drittens enthält der WEU-Vertrag eine „automatische Beistandspflicht" für die o.a. Mitglieder; dagegen ist diese Beistandspflicht im NATO-Vertrag „aus Rücksicht auf das Verfassungsrecht der Vereinigten Staaten elastischer gehalten" (s. Art. 5). Viertens hat sich Großbritannien zum ersten Mal in seiner Geschichte zur ständigen Stationierung britischer Kontingente auf dem Kontinent (v.a. in der BRD) verpflichtet; ausgenommen von Fällen „akuten Notstandes in Übersee" können diese Truppen nicht gegen den Willen der Mehrheit der übrigen Vertragspartner vom Kontinent auf die britischen Inseln zurückgezogen werden. Zu dieser Bestimmung hat Adenauer am 15.12.1954 im Bundestag angemerkt, daß die automatische Beistandspflicht bereits in dem ursprünglichen EVG-Vertrag enthalten war; es brauche nicht näher ausgeführt zu werden, welche Bedeutung gerade wir Deutschen einer solchen Beistandspflicht beimessen müssen". Ihre „praktische Bedeutung" würde u.a. durch jene ständige Anwesenheit britischer Truppen auf dem europäischen Festland „unterstrichen" (Stenogr. Berichte, Blatt 3126).

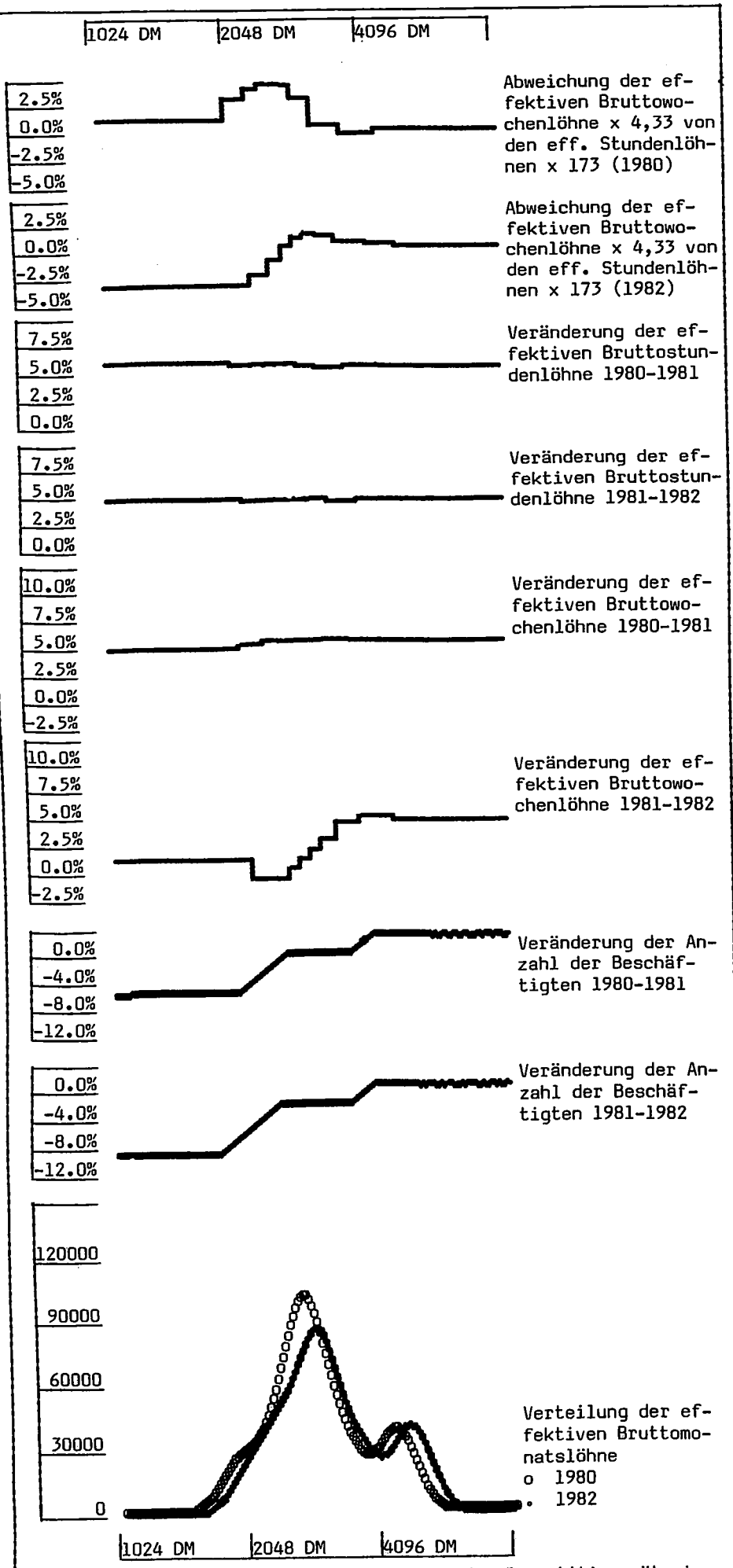
Nimmt man die, zwar weniger strikt, aber immerhin ebenfalls vertraglich vereinbarte ständige Anwesenheit US-amerikanischer Kontingente in Westeuropa bzw. in der BRD hinzu zu dieser britischen Selbst-Verpflichtung, und ergänzt man diesen Nachkriegs-Tatbestand um jene historisch „leidvollen" (und von Hitler oft verfluchten) Erfahrungen des reichsdeutschen Imperialismus, daß die angloamerikanischen Rivalen in beiden Weltkriegen als lachende Dritte in den kontinentaleuropäischen „Einigungskrieg" einzugreifen versuchten – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg für die USA bzw. Großbritannien – so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß jene Truppen gleichsam den Charakter von Faustpfändern im Rahmen der Deutscheuropa-Expansionsziele der BRD haben: einerseits ist darüber die „Befriedung" des NATO/WEU-Gebiets im o.a. Sinne gewährleistet, und zum anderen können sie auf gar keinen Fall aus der praktischen Durchsetzung der östlichen Gebietsansprüche der BRD „herausgehalten" werden bzw. es kann von daher der vertraglichen Verpflichtung zur Unterstützung dieser Gebietsansprüche nur schwerlich die praktische Wirksamkeit entzogen werden. Dies ist – historisch betrachtet – gewiß mehr als jemals zuvor von deutschen Monopolen und ihren Regierungen auf Dauer zustandegebracht wurde.

(1) K. Adenauer, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, Hrsgb. H.P. Schwarz, Stuttgart 1975, S. 104f.; (2) dokumentiert in: Archiv der Gegenwart, Jge. 1945ff. und Europa-Archiv, Zeitregister ab Jg. 1947ff.; (3) dokumentiert in: Documents on American Foreign Relations, ab Vol. VIII, July 1/1945 – December 31/1946 bis Jg. 1955, New York; (4) Stenograph. Berichte d. Deutschen Bundestags, 69. Sitzung, 24.2.1955, Blatt 3626–3645 (Drucksache Nr. 1061)

Fotografie



Verkäuferin in einer Würstchenbude in Hamburg während der Mittagszeit. Arbeitsstudien, mas, Kunstgruppe Hamburg



Alle Berechnungen für die Beschäftigten der Investitionsgüterindustrien (Stat. Bundesamt, Löhne und Gehälter Okt. 80, 81, 82)

Rechnet man auf Grundlage der in der Effektivlohnstatistik für die Investitionsgüterindustrie in den Jahren 1980, 1981, 1982 fü den Monat Oktober ausgewiesenen effektiven Stundenverdienste, so ergibt sich folgender Lohn- und Gehaltsdurchschnitt:

1980 = 2706,91 DM/Monat
1981 = 2870,08 DM/Monat
1982 = 3001,75 DM/Monat

Danach wäre der Lohn- und Gehaltsdurchschnitt von 1980 auf 1981 um 6,0% gestiegen und von 1981 auf 1982 um 4,6%.

Rechnet man auf Basis der in der Effektivlohnstatistik ausgewiesenen Bruttowochenverdienste, so ergibt sich ein anderes Bild:

1980 = 2771,35 DM/Monat
1981 = 2925,75 DM/Monat
1982 = 2979,93 DM/Monat

Danach wäre der Lohn- und Gehaltsdurchschnitt von 1980 auf 1981 um 5,6% getiegen und von 1981 auf 1982 nur noch um 1,9%.

Das ist ein auffälliger und großer Unterschied, der erklärt werden muß. Er kommt so zustand: Auf Basis der Stundenlöhne unterstellten wir 173 bezahlte Stunden im Monat. Setzt man die Bruttowochenverdienste an, so werden diese, wenn zum Beispiel im großen und ganzen die Kapitalisten mehr als 173 Stunden arbeiten ließen, höher sein, wenn sie weniger arbeiten ließen, dann niedriger.

1980 liegt der Lohn- und Gehaltsdurchschnitt auf Basis der Wochenlöhne um rund 2,4% über dem auf Basis der Stundenlöhne, 1981 um 1,9% darüber und 1982 um 0,7% darunter.

Die beiden ersten Darstellungen in der Schaubildserie zeigen, in welchen Lohn- und Gehaltszonen der Effekt auftritt:

Die Plus-Abweichung 1980 ist im Bereich der Facharbeiter mittlerer Lohnlage am stärksten. Das heißt: die Kapitalisten pumpten aus diesen die meisten Überstunden heraus.

Die Minus-Abweichung 1982 ist im untersten Lohnbereich am stärksten. Das heißt: Die Kapitalisten trieben dort die Arbeitsintensivierung so weit, daß sie nicht nur - im Monatsdurchschnitt - auf Überstunden fast ganz verzichten konnten, sondern auch noch kurzarbeiten ließen.

Die beiden nächsten Schaubilder zeigen, daß die Veränderung der Monatslöhne auf Basis der Stundenlöhne gerechnet sowohl von 1980 auf 1981 als auch von 1981 auf 1982 relativ gleichmäßig ausfallen (jedenfalls relativ zu den Entwicklungen beim Vegleich auf Wochenlohnbasis)

Die Schaubilder fünf und sechs hingegen zeigen, daß die Einkommenslage sich von 1980 nach 1981

Effektivlohnentwicklung 1980 - 1982 in der Investitionsgüterindustrie

doch ziemlich anders entwickelt hat als dann von 1981 nach 1982.

Während von 80 nach 81 der Lohn-und Gehaltsdrift relativ gleichmäßig über die ganze Einkommensskala veteilt liegt, ist das von 81 nach 82 nicht mehr der Fall. Im unteren bis mittleren Arbeiterlohnbereich treten direkt negative Entwicklungen auf.

Diese mögen zum Teil auf Kurzarbeit zurückgehen und folglich nicht in ihrer ganzen Härte auf das Haushaltseinkommen durchschlagen. Jedoch ist das Faktum sehr beachtlich und zwar in zweierlei Hinsicht:

Erstens für die Kapitalisten: Die Beschäftigung in der Investitionsgüterindustrie hat 1980 etwa 3824000 betragen, 1981 etwa 3751000 und 1982 etwa 3622000.

Die von den Kapitalisten der Investitionsgüterindustrie verausgabte Lohn- und Gehaltssumme wäre danach von 1980 nach 1981 um runde 3,6% gestiegen, vn 1981 nach 1982 aber wäre sie um runde 1,4% gesunken. Ohne Zweifel muß dieser Sachverhalt noch an Hand anderer Daten nachgerechnet werden. Sollte er sich indessen bestätigen, so wäre die Arbeiterklasse in einem Ausmaß bei dieser Lohnbewegung betrogen worden, das man nur als erstaunlich bezeichnen kann. Denn schließlich ist bei allen diesen Berechnungen die Inflationsrate noch gar nicht abgezogen.

Zweitens für die Arbeiter: Die Lohnverluste müssen sehr vielen nicht als Folge verfehlter gewerkschaftlicher Politik, sondern als anscheinend ganz einfache Folge schlechte Geschäftslage erschienen sein. Denn wenn, wie dies z.B im Oktober im Bundesdurchschnitt der Investitionsgüterindustrie der Fall war, der mittlere Bruttowochenlohn um rund 5,1% (Inflationsrate nicht berücksichtigt) unter dem des Vorjahres steht, der mittlere Stundenlohn in derselben Leistungsgruppe aber um 3,6% darüber, so wird das vielen für sich sprechen.

Wir waren über diese Ergebnisse überrascht. Sie bedürfen auch noch der Nachprüfung im Einzelnen. So muß geprüft werden, ob sich dieser Trend auch im Vergleich Januar 82 mit Januar 83 fortsetzt. Insbesondere wäre wichtig nachzurechnen, wie sich der Effekt in den verschiedenen Bundesländern und Teilindustrien der Investitionsgüterindustrie dargestellt hat.

Sollte diese erste Betrachtung jedoch zutreffen, so war die Lohnbewegung Metall eine von den vorgebrachten Argumenten her armseelig ausgerüstete Sache, die für die Kapitalisten rein geschäftlich einen traumhaften Ausgang genommen hat.

WSI des DGB zur Tarif- und Effektivverdienstentwicklung

In der Märzausgabe der Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB werden die Ergebnisse der Tarifbewegungen 1982 untersucht: "Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer erhöhte sich um 4,1 vH; gleichzeitig wurde die Anzahl der abhängig Beschäftigten um fast 2 vH abgebaut, so daß das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nominal nur noch um 2,4 vH anstieg. Das bedeutet real ein Minus von 3 vH. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhöhten sich dagegen um 5,5 vH. Die Lohnquote am Volkseinkommen sank dementsprechend von 74,3 vH auf 73,7 vH. Die realen Nettolöhne und -Gehälter sanken 1982 erneut stärker als die Bruttoverdienste, und zwar um 2,2 vH. Damit haben sich die Realeinkommen der beschäftigten Arbeitnehmer seit 1980 um inzwischen fast 4 vH verringert."

Beim Vergleich zwischen Tarif- und Effektivverdienstentwicklung von Juli 1981 nach Juli 1982 kommt die Autorin Ingrid Kurz-Scherf zu folgenden Ergebnissen:

"Im Jahre 1982 häuften sich die Meldungen über Kürzungen von übertariflichen Leistungen, über Anrechnungen von Tariferhöhungen auf die Effektivverdienste und nicht selten auch über Versuche, den Arbeitnehmern tarifvertraglich abgesicherte Leistungen vorzuenthalten. Die IG Metall hat Anfang 1983 ein Weißbuch vorgelegt, in dem eine Vielzahl von Unternehmen aufgeführt werden, die die Betriebsräte und die einzelnen Arbeitnehmer vor die Alternative gestellt haben, entweder Lohnkürzungen zu akzeptieren oder Entlassungen in Kauf zu nehmen und so teilweise beträchtliche Lohnzugeständnisse erzwungen haben.

Vor diesem Hintergrund war für 1982 eine negative Lohndrift zu erwarten ... (Die Enwicklung der Tarif- und Effektivverdienste) zeigt jedoch, daß sich die effektiven Bruttos-Stundenverdienste der Arbeiter und effektiven Bruttomonatsverdienste der Angestellten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt jeweils um 0,1 vH-Punkte stärker erhöhten als die entsprechenden Tarivverdienste. Für die weiblichen Angestellten wird ... eine positive Lohndrift von 0,3 vH-Punkten ausgewiesen.

Insbesondere in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung, in der Chemischen Industrie und in der Elektotechnischen Industrie, bei den Frauen darüber hinaus in der Eisen- und Stahlindustrie, im Maschinenbau und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, stiegen die Effektivlöhne stärker als die Tarifverdienste. Bei den Angestellten ist in der Chemischen Industrie, in der Investitionsgüterindustrie, im Baugewerbe und im Einzelhandel eine positive Lohndrift festzustellen. Umgekehrt hat sich sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten im gesamten Verbrauchsgütergewerbe sowie im Baugewerbe eine negative Lohndrift ergeben.

Die Vermutung liegt nahe, daß sich die schwach positive Lohndrift in der Mehrzahl der Wirtschaftsbereiche und im gesamtwirtschaftlichen Duchschnitt zumindest zum Teil aus Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur ergibt und zwar dadurch, daß Arbeitnehmer ohne übertarifliche Zulage überproportional von Entlassungen betroffen waren und sich dadurch das durchschnittliche Niveau der übertariflichen Zulagen erhöhte.

Zumindest in einem Teil der Wirtschaftsbereiche muß die positive Lohndrift darüber hinaus allerdings auch als ein Indiz dafür interpretiert werden, daß die Tarifsteigerungen 1982 die Verteilungsspielräume nicht voll ausgeschöpft haben. In diesen Bereichen ist es den Unternehmerverbänden vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit offensichtlich gelungen, Tarifabschlüsse durchzusetzen, mit denen sie sich den Spielraum für übertarifliche Zulagen nicht nur sicherten, sondern sogar erweiterten. Andererseits hat nachweislich in vielen Betrieben und Branchen ein so relevanter Abbau von übertariflichen Lohnsbestandteilen stattgefunden, daß dort die auf eine positive Lohndrift hinwirkenden Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur überkompensiert wurden und sich auch statistisch eine negative Lohndrift errechnet."

Im nächsten Heft

BRD

Nach der „Stahlsanierung" nun die „Werftensanierung"

Am 21.4. soll eine „Werftenkonferenz" zusammentreten, um über die „Sanierung der deutschen Werftindustrie" zu beraten. Die Aufgabe: wie die Schlagkraft der westdeutschen Werftindustrie erhalten und ausbauen, obwohl schon jetzt etwa in der Tankerschiffahrt riesige Flotten ungenutzt vor Anker liegen? Die Kapitalisten planen Lohnsenkungen, Massenentlassungen, fordern noch mehr Staatszuschüsse. Flottenrüstung als „Arbeitsplatzsicherung"?

UdSSR

„Völkergefängnis"propaganda – Vorwand für imperialistische Aggression

Die Sowjetunion sei ein „Vielvölkergefängnis" – ob alliierte Interventionstruppen zur Wiedererrichtung der Zarenherrlichkeit, ob Hitlerfaschisten, schon immer rechtfertigten die Imperialisten ihre Expansionsvorhaben gegen die UdSSR mit der Behauptung, dort würden die Völker des Ostens unterdrückt. Gegen alle „Menschenrecht"kampagnen der Imperialisten: Mag auch eine Wirtschaftspolitik, die die verschiedenen Regionen ungleich entwickelt, das Verhältnis der verschiedenen Nationen in der UdSSR spannungsreich gestalten, so ist die rechtliche und materielle Lage eines Arbeiters oder Bauern nichtrussischer Nationalität in der Sowjetunion auf jeden Fall unvergleichbar besser als die eines Chicanos, Puertoricaners oder Schwarzen in den USA.

Vertriebenenverbände

Staatlich geförderte „Bildungs"arbeit für Großdeutschland

Vielfach werden die sog. Vertriebenenverbände als aussterbende Greisenvereine unterschätzt. Demgegenüber haben sie in systematischer und weitgehend unbehelligter Weise „Bildungs"einrichtungen aufgebaut, Nachwuchs herangezogen und ausgebildet sowie insbesondere die Schulen durchsetzt. Lüneburg ist ein Zentrum ihrer Tätigkeit. Das „Ostpreußische Jagd- und Landesmuseum" erhält aus Bundes- und Landesmitteln einen Neubau. Ausgehend von der deutsch-baltischen Landsmannschaft wurde das „Nordostdeutsche Kulturwerk" und die „Ostakademie" gegründet. In zahlreichen überregionalen Seminaren werden Lehrer, Soldaten, Ausbilder und Schüler ausgerichtet.

Frankreich

Reaktionen der Gewerkschaften auf das Regierungsprogramm

Wie reagieren die Gewerkschaften auf die Erhöhung von Steuern und Tarifen durch die Regierung Mitterand? Die CGT führt in den Betrieben Versammlungen durch. Bei Renault in Le Mans hat ein Warnstreik gegen die Regierungsbeschlüsse stattgefunden. Regierung und Kapitalisten verlangen Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate – die CGT fordert für Renault Lohnanhebung um 10%. Auch die CFDT bereitet Aktionen vor.

Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

01 Stahl- und Metallindustrie
02 Druckindustrie
03 Chemie und übrige Industrien
04 Handel, Banken, Versicherungen
05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
07 Studierende Jugend
08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel.: 0221/517376
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.
Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.
Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.
Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel.: 0221/517457